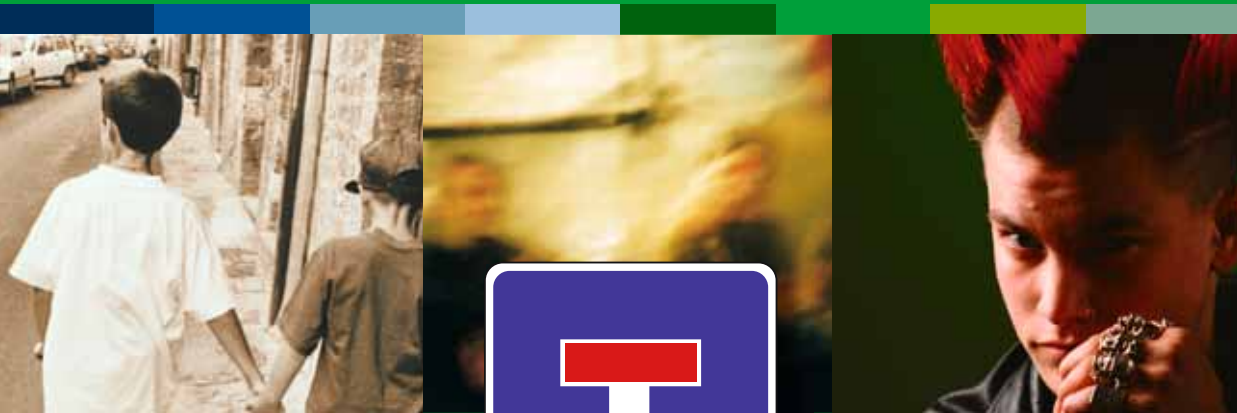


Raus aus der Sackgasse!

Dokumentation des Programms
„Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“




LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg

Wir stiften Zukunft

Impressum

Raus aus der Sackgasse!
Dokumentation des Programms
„Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“

Herausgeber

LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg gGmbH
Im Kaisemer 1
D-70191 Stuttgart

Verantwortlich

Birgit Pfitzenmaier

Redaktion

Dipl. Psych. Eva-Maria Engel
Evangelische Fachhochschule Freiburg

Abbildungen

Projektträger

Konzeption und Gestaltung

srp. Werbeagentur GmbH, Freiburg

Druckerei

Burger Druck Waldkirch
© September 2006, Stuttgart

Schriftenreihe der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg, Stuttgart 2006; 20

ISSN 1610-4269

[Inhalt]

Raus aus der Sackgasse! Dokumentation des Programms „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“

Seite

Grußwort 5

Vorwort der Landesstiftung Baden-Württemberg 6

[Teil 1]

Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

1.	Einleitung	8
1.1	Definition und Begriffsbestimmung	9
1.2	Anzahl der Straßenkinder und SchulverweigerInnen in Deutschland	12
1.3	Handlungsmöglichkeiten	13
<hr/>		
2.	Das Förderprogramm der Landesstiftung Baden-Württemberg: „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“	16
<hr/>		
3.	Forschungsdesign	20
<hr/>		
4.	Einzelanalyse der Projekte	26
4.1	Projekt „Notschlafstelle des Schlupfwinkel“ in Stuttgart	27
4.2	Projekt „Straßeneckenschule“ in Esslingen	29
4.3	Projekt „S“ (Straßenkinder auf der Korber Höhe) in Waiblingen	33
4.4	Projekt „Mädchen-Sleep-In“ in Mannheim	35
4.5	Projekt „Lern x anders“ in Pforzheim	39
4.6	Projekt „BauStellen“ in Freiburg	42
4.7	Projekt „Niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene in besonderen Lebenslagen“ in Konstanz	45
4.8	Projekt „Schulverweigerer und Schulschwänzer“ in Reutlingen	48
4.9	Projekt „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ in Göppingen	51

>>>

[Inhalt]

Seite

[Teil 1]		
	5. Übergreifende Auswertung: Bedeutsame Themen	54
	5.1 Bedarfsanalyse	55
	5.2 Zugang und Niederschwelligkeit	56
	5.3 Struktur und Regeln	57
	5.4 Zieldefinition	58
	5.5 Beziehung	59
	5.6 Unterstützung der MitarbeiterInnen	60
	5.7 Vernetzung	61
	5.8 Nachhaltigkeit	63
	6. Zusammenfassung: Kriterien für eine erfolgreiche (sozial-)pädagogische Arbeit mit der Zielgruppe Straßenkinder und SchulverweigererInnen	64
	6.1 Ausgangspunkt und Konsequenzen	64
	6.2 Struktur der Angebote	66
	6.3 Flexibilität	67
	6.4 Pädagogische Haltung	67
	6.5 Prozessschritte	68
	7. Literatur	70
[Teil 2]	Selbstdarstellungen der Projekte	72
	A. Projekt Notschlafstelle des „Schlupfwinkel“ in Stuttgart	73
	B. Projekt „Straßeneckenschule“ in Esslingen	75
	C. Projekt „S“ (Straßenkinder auf der Korber Höhe) in Waiblingen	79
	D. Projekt „Mädchen Sleep-In“ in Mannheim	83
	E. Projekt „Lern x anders“ in Pforzheim	88
	F. Projekt „BauStellen“ in Freiburg	91
	G. Projekt „Niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene in besonderen Lebenslagen“ in Konstanz	95
	H. Projekt „Schulverweigerer und Schulschwänzer“ in Reutlingen	101
	I. „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ der Jugendberufshilfe Future in Göppingen	105

[Grüßwort]



Ministerin für Arbeit und Soziales
Dr. Monika Stolz MdL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die großen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft lassen sich nur lösen, wenn wir auf eine optimistische junge Generation bauen können, auf eine Generation mit Perspektiven. Die junge Generation wird unsere Gesellschaft zukünftig mehr und mehr maßgeblich mitgestalten und tragen. Dies kann sie nur, wenn wir sie in diese Gesellschaft integrieren und bei ihnen vor allem die Voraussetzungen für Ausbildung und Beschäftigung schaffen. Alle Kinder haben ein Recht darauf, dass wir ihnen positive Zukunftsperspektiven aufzeigen und Chancen für eine eigenständige Lebensgestaltung eröffnen.

Häufiges Schulschwänzen führt fast zwangsläufig zu ungünstigen schulischen Entwicklungen und verhindert oftmals einen erfolgreichen Schulabschluss. Dies bedeutet zugleich, dass die Chancen für einen Ausbildungseinstieg deutlich geringer sind. Damit steigt auch die Gefahr in soziale Randlagen abzugleiten, bis hin zum „Leben auf der Straße“. Angesichts der steigenden Zahl der Jugendlichen, die von diesen Folgen bedroht sind, kommt den Projekten der Landesstiftung eine besondere Bedeutung zu.

Daher bin ich der Landesstiftung Baden-Württemberg sehr dankbar, dass sie mit Hilfe des Modellprogramms „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“ versucht, bei diesen Kindern die Grundlagen für eine Rückkehr in einen normalen Lebensalltag wieder herzustellen und ihnen damit eine neue Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

Ich bin davon überzeugt, dass die Projekte der Landesstiftung dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für gefährdete Jugendliche positiv zu stabilisieren. Es wäre darüber hinaus zu begrüßen, wenn hiervon auch Impulse für andere Beteiligte ausgehen könnten, eine offensive Bewältigung dieser gesellschaftlichen Herausforderung anzugehen.

Monika Stolz

Dr. Monika Stolz MdL

[Vorwort]



*Herbert Moser
Geschäftsführer der LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg*

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Landesstiftung Baden-Württemberg zählt zu den größten deutschen Stiftungen und engagiert sich in besonderem Maße für die Menschen in unserem Land. Sie trägt dazu bei, ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg zu gestalten und allen Bewohnern die Chance zu geben, Teil dieser Zukunft zu sein. Dabei investiert die Landesstiftung insbesondere in die junge Generation, denn sie ist für die künftige Gestaltung unserer Gesellschaft am wichtigsten. Die Landesstiftung fördert daher auf vielfältige Weise Programme für Jugendliche und Kinder. Eines davon ist das Förderprogramm „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“, über dessen Modellprojekte die vorliegende Dokumentation berichtet.

Wer, aus welchem Grund auch immer, seinen Lebensmittelpunkt auf die Straße verlegt oder sich schulischen Angeboten verweigert, bedarf unserer besonderen Unterstützung. Wo klassische Hilfesysteme nicht greifen, müssen neue Wege gefunden werden. Den Kindern und Jugendlichen, die häufig am Rand unserer Gesellschaft unter extremen Bedingungen leben, müssen Angebote gemacht werden, die ihnen eine Perspektive aufzeigen.

Die Landesstiftung hat dies in den Mittelpunkt ihres Förderprogramms gestellt. Ziele sind die niedrigschwellige Kontaktaufnahme mit Jugendlichen und die Schaffung geeigneter Zugänge zu vorhandenen oder neuen Hilfesystemen. Idealerweise können die jungen Menschen mit Hilfe der Modellvorhaben in den normalen Schul- oder Lebensalltag zurückgeführt werden.

Die Modellprojekte dieses Programms haben sich auf sehr unterschiedliche Weise dieser Aufgabe gestellt und entsprechende Angebote erarbeitet. Die Landesstiftung würde es sehr begrüßen, wenn die von ihr angeschobenen und erprobten Projekte ihren Weg in die längerfristige Realisierung finden könnten. Die vorliegende Dokumentation mag für diesen Entscheidungsprozess eine nützliche Hilfe sein. Denn sicher ist, dass die Probleme und die Zahl junger Menschen, die für sich keine Perspektive sehen, nicht von selbst verschwinden werden.

Die Landesstiftung dankt allen, die die Durchführung des Programms durch ihr Mitwirken ermöglicht haben; den Projektträgern für ihre Bereitschaft und ihr großes Engagement, sich der Problematik anzunehmen und geeignete Hilfsangebote zu entwickeln, der Evangelischen Fachhochschule Freiburg für die wissenschaftliche Begleitung und kompetente Aufarbeitung der Ergebnisse. Der Dank und die Anerkennung der Landesstiftung gilt vor allen aber denjenigen, die diese Angebote angenommen und sich auf den Weg in eine andere Zukunft begeben haben.



*Birgit Pfitzenmaier
Leiterin des Bereichs Soziale
Verantwortung und Kultur
LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg*

Herbert Moser Birgit Pfitzenmaier

Herbert Moser

Birgit Pfitzenmaier

[Teil I]

Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung

Klaus Fröhlich-Gildhoff, Tina Dörner, Eva-Maria Engel und Kerstin Genz
Zentrum für Kinder- und Jugendforschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg

1. Einleitung

Die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH hat ein Förderprogramm mit dem Titel „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“ realisiert. Mit diesem Programm sollte Kindern, die auf der Straße leben und mit den klassischen Angeboten der Jugendhilfe nicht mehr erreicht werden können, eine neue Zukunftsperspektive gegeben werden.

In den folgenden Abschnitten werden die Begriffe „Straßenkinder“ und „SchulverweigerInnen“ und das quantitative Vorkommen in Deutschland erläutert sowie die Handlungsmöglichkeiten – vor allem von Seiten der Jugendhilfe – beschrieben.

1.1 Definition und Begriffsbestimmung

Für beide Begriffe existieren eine Reihe unterschiedlicher Definitionen, die sowohl in der Literatur und als auch in der (Fach-)Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden. In der folgenden Darstellung werden einige dieser Konzepte herausgegriffen und zusammengefasst dargestellt.

Straßenkinder

Der Begriff „Straßenkinder“ wurde ursprünglich dazu verwendet, das Dritte-Welt-Phänomen von Kindern zu beschreiben, die aufgrund hoher Armut der Eltern zu unterschiedlichen Lebensarten auf der Straße gezwungen sind (Hansbauer 1998). Da dieser Begriff sehr allgemein gehalten ist, sollte er mit Blick auf den deutschen Kontext genau definiert werden. Das Deutsche Jugendinstitut (1995) bezog bei seiner Definition das Verhalten und die Lebensweise der Kinder mit ein; folgende Merkmale sind demnach bezeichnend für „Straßenkinder“:

- › weitgehende Abkehr von gesellschaftlich vorgesehenen Sozialisationsinstanzen wie Familie, Jugendhilfeeinrichtungen sowie Schule und Ausbildung
- › Hinwendung zur Straße, die zur wesentlichen oder auch einzigen Sozialisationsinstanz und zum Lebensmittelpunkt wird

[1.1]



- › Hinwendung zu einem Gelderwerb auf der Straße durch Vorwegnahme abweichenden, teilweise delinquenten Erwachsenenverhaltens, wie Betteln, Diebstahl, Prostitution, Drogenhandel
- › faktische Obdachlosigkeit (S. 138).

Für Seidel (2002) muss die Hinwendung zur Straße einen gewissen Verfestigungsgrad erreicht haben, außerdem ist bei Straßenkindern das Vorhandensein eines räumlichen Bruchs zwischen Beziehungspersonen und Minderjährigen kennzeichnend. So definiert Seidel Straßenkinder in Deutschland als „all diejenigen (...), die minderjährig sind und sich ohne offizielle Erlaubnis (Vormund) für einen nicht absehbaren Zeitraum abseits ihres gemeldeten Wohnsitzes aufhalten und faktisch obdachlos sind“ (ebd., S. 40).

Nach Hansbauer (1998) ist das Wort „Kinder“ irreführend bzw. nicht zutreffend, da Straßenkinder mehrheitlich 14 Jahre oder älter sind, nach dem KJHG aber Kinder als unter 14-Jährige definiert werden. In der Vorgeschichte der betreffenden Kinder und Jugendlichen finden sich oft Erfahrungen von Vernachlässigung, Ausgrenzung und z. T. massiver Traumatisierung. Sie weisen entsprechende sog. „frühe Persönlichkeitsentwicklungsstörungen“ auf (vgl. z.B. Adam & Peters 2003, Streeck-Fischer 1995); ihre innerseelische Struktur ist oftmals dadurch gekennzeichnet, dass sie sich als „Verlierer“ erleben und den Glauben an sichere, haltgebende Beziehungen – besonders zu Erwachsenen – aufgegeben haben. Durch ein entsprechendes, tiefes Misstrauen und abwehrende – dann dissozial wirkende – Verhaltensweisen reinszenieren sie immer wieder diese Ablehnungserfahrungen (vgl. z.B. Fröhlich-Gildhoff & Hanne 1996, Hufnagel & Fröhlich-Gildhoff 2002, Fröhlich-Gildhoff i. Dr.).

Bozenhard und Lindenthal (2002) kommen in ihrer Studie zur Wohnungsnot bei jungen Menschen zu dem Ergebnis, dass sich „die Beziehung zwischen jungen Menschen in prekären Wohnsituationen und den verschiedenen Hilfesystemen, denen sie auf ihrer Suche nach Lösungen begegnen, (...) offensichtlich häufig ebenfalls als prekär [erweist]“ (ebd., S. 133). Dies liegt einerseits daran, dass aus der Sicht der Jugendlichen die Erwachsenen nicht adäquat auf ihr Anliegen reagieren, andererseits – aus Sicht der Erwachsenen – die Radikalität und Kompromisslosigkeit der Jugendlichen als problematisch erlebt wird.

SchulverweigerInnen

Für das unerlaubte Fernbleiben von der Schule finden sich neben dem Begriff Schulverweigerung viele unterschiedliche Formulierungen wie z.B. Schulumüdigkeit, Schulverdrossenheit, Schulabsentismus, Schulschwänzen oder Schulangst, die auf mögliche Erklärungen für das Fernbleiben hinweisen (vgl. Schreiber-Kittl & Schröpfer 2002). Dabei

ist es bedeutsam, die Schulverweigerung von der Schulangst – als einer abgrenzbaren Form einer kindlichen/jugendlichen seelischen Erkrankung – zu unterscheiden (vgl. z.B. Petermann et al. 2000). Schulze und Wittrock (2001) verwenden den Begriff „schulaversives Verhalten“ als Oberbegriff und subsumieren darunter drei Kategorien:

- (1) Schulabsentismus (mit wiederum drei Unterformen: Schulschwänzen, Schulverweigerung und Zurückgehaltenwerden), d.h. eine fehlende Anwesenheit in der Schule
- (2) Unterrichtsabsentismus, d.h. dass ein/e SchülerIn sich zwar in der Schule aufhält, aber teilweise während des Unterrichts nicht in der Klasse ist
- (3) Unterrichtsverweigerung, d.h. die SchülerInnen sind zwar anwesend, verweigern aber die Teilnahme am Unterricht.

Eine andere Unterscheidung ist die zwischen aktiver und passiver Schulverweigerung (Schreiber-Kittl & Schröpfer 2002). Zu passiven SchulverweigerInnen zählen SchülerInnen, „die zwar im Unterricht (körperlich) anwesend sind, sich aber geistig den schulischen Anforderungen entziehen“ (ebd., S. 38), wobei sie sich aber unauffällig verhalten und deshalb oft erst zu spät als SchulverweigerInnen identifiziert werden können. Konsequenz dieser Verweigerungshaltung ist, dass die Jugendlichen den Leistungsanforderungen der Schule nicht mehr gerecht werden können. Eine andere Form von passiver Schulverweigerung besteht darin, dass SchülerInnen durch ärztliche Atteste, Entschuldigungen der Eltern oder Ausreden ihr Fernbleiben kaschieren. Passive SchulverweigerInnen verhalten sich in der Regel schulkonform und fallen den LehrerInnen nicht negativ auf.

Dagegen bringen aktive SchulverweigerInnen „mit ihrem Verhalten offen zum Ausdruck, dass sie nicht gewillt oder in der Lage sind, schulischen Anforderungen nachzukommen. Ihr Verhalten ist eher nach außen gerichtet und soll für Lehrkräfte, Eltern und andere Bezugspersonen geradezu sichtbar sein“ (Schreiber-Kittl & Schröpfer 2002, S. 39). Dabei unterscheidet sich die Intensität des Verhaltens von stundenweisem Schulschwänzen bis zur vollständigen Abwesenheit. Aktive SchulverweigerInnen, die weiterhin zur Schule kommen, fallen dort aber durch aggressives bzw. destruktives Verhalten gegenüber anderen SchülerInnen und den LehrerInnen auf. Für die Lehrkräfte ist es oft nicht einfach, Verweigerungstendenzen rechtzeitig zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren. Schreiber-Kittl & Schröpfer schlagen deshalb vor, schulinterne Fortbildungen zum Thema Schulverweigerung anzubieten sowie Fehlzeiten systematisch zu dokumentieren.

„... die zwar im Unterricht (körperlich) anwesend sind, sich aber geistig den schulischen Anforderungen entziehen.“

Außerdem ist bei Straßenkindern das Vorhandensein eines räumlichen Bruchs zwischen Beziehungspersonen und Minderjährigen kennzeichnend.

1.2 Anzahl der Straßenkinder und SchulverweigerInnen in Deutschland

Genaue Angaben über die Anzahl von Straßenkindern und SchulverweigerInnen können eigentlich nicht gemacht werden, zum einen da es schwierig ist zu definieren, ab wann ein Kind oder ein/e Jugendliche/r ein Straßenkind bzw. ein/e SchulverweigerIn ist, zum anderen weil Ableitungen aus den amtlichen Statistiken nur bedingt möglich sind.

Straßenkinder

Hansbauer (1998) versuchte über verschiedene Zugangswege, die Zahl der Straßenkinder in Deutschland realistisch zu schätzen. Hierzu ergänzte er die Zahl der als vermisst gemeldeten Minderjährigen (im Jahr 1998: 1.873) durch Hochrechnungen von Szeneschätzungen durch ExpertInnen und der Angaben zu Jugendlichen, die vor Erfüllung ihrer Pflichtschulzeit ausgeschult wurden. Hansbauer kam zu dem Schluss, dass bei Berücksichtigung der verschiedenen Einschätzungsmöglichkeiten einigermaßen genaue Straßenkinderzahlen nur für den kommunalen Bereich gefunden werden können. Insgesamt gelangt er zu einer Schätzung von 5.000 bis 7.000 Straßenkindern. Seidel (2002), der mit der Organisation Off-Road-Kids bundesweit Kontakt zur Straßenkinderszene hat, schätzte die Anzahl der Straßenkinder im Jahr 2002 geringer ein, nämlich auf 1.500 bis 2.500.

SchulverweigerInnen

Auch über den Umfang von Schulverweigerung existieren keine gesicherten empirischen Befunde. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes (2005) haben 82.200 SchulabgängerInnen mit Beendigung der Vollzeitschulpflicht im Schuljahr 2003/04 die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, das sind – unabhängig von der Schulform – 8,3% aller AbgängerInnen bzw. AbsolventInnen. Eine Studie von Schulze und Wittrock (2001) in den Klassenstufen 5 bis 10 aller Schulformen in Mecklenburg-Vorpommern ergab, dass 3% aller SchülerInnen mindestens sieben Stunden pro Woche unentschuldig gefehlt haben. Aufgrund von Hochrechnungen können 1 bis 2% der SchülerInnen von allgemein bildenden Schulen als verfestigte SchulverweigerInnen sowie 2% als regelmäßige SchulschwänzerInnen bezeichnet werden. Eine Untersuchung zu Schulversäumnissen in Berlin (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport 2002) kam zu dem Ergebnis, dass 3,5% der SchülerInnen im zweiten Schulhalbjahr 2001/2002 21 bis 40 Tage fehlten und somit 20 bis 40% des Unterrichts versäumten. 1,3% der SchülerInnen hatten Fehlzeiten von über 40 Tagen, was einem Unterrichtsversäumnis von über 40% entspricht. Betrachtet man die Schularten getrennt, so fällt auf, dass der Anteil der SchulverweigerInnen in Sonder- und Hauptschulen am höchsten ist.

[1.3]

1.3 Handlungsmöglichkeiten

Straßenkinder

Die Jugendhilfe ist herausgefordert, ihr Angebot für Straßenkinder zu verbessern und anzupassen. Oberstes Ziel sollte dabei sein, die Einstiegsschwelle für Straßenkarrieren möglichst hoch zu halten und im Vorfeld attraktive Angebote zur Integration bzw. zur Verhinderung des „Ableitens“ in ein Straßenleben zu bieten. Die präventive Arbeit sollte die möglichst frühe Konfliktbearbeitung in Familien im Auge haben und könnte z.B. gemeinwesenorientierte Angebote wie Kinder- und Familienzentren beinhalten.

Darüber hinaus muss die Jugendhilfe Straßenkindern beim Leben auf der Straße auch im akuten Bedarfsfall passende Hilfen anbieten können. Da herkömmliche Jugendhilfemaßnahmen Straßenkinder nicht erreichen, weil diese zu hochschwellig sind, müssen situationsadäquate Angebote für Straßenkinder konzipiert werden. Permien und Zink (1998) stellten anhand einer Befragung von Straßenkindern fest, dass die Jugendhilfe auch nach deren Einstieg ins Straßenleben noch lange Einfluss hatte. Folglich kann Jugendhilfe eigentlich in allen Phasen von Straßenkarrieren ihre Chancen nutzen, Jugendliche zu erreichen, denn kaum ein Jugendlicher möchte „Szenerentner“ werden. Jugendhilfe hat zwar die Sogwirkung der Straße als Konkurrenz, vor allem bei pendelnden Straßenkindern tritt sie jedoch auch in ein gewisses Koexistenzverhältnis zur Straße (Hansbauer et al. 1997). Es stellt sich dabei die Frage, wie die Jugendhilfe Straßenkinder, deren Vertrauen in Erwachsene und in vielen Fällen auch in Institutionen der Jugendhilfe erschüttert wurde, noch erreichen kann.

Ein Ansatz ist die niederschwellige aufsuchende Straßensozialarbeit (Streetwork), die es inzwischen in vielen großen deutschen Städten gibt. StreetworkerInnen gehen gezielt auf die Straße und suchen die Begegnung und den Kontakt mit den Jugendlichen dort. Zum Teil wurden als ergänzende Bausteine für diese Arbeit feste Anlaufstellen eingerichtet, die Angebote der Beratung, Versorgung und Betreuung machen. Manche Anlaufstellen haben Übernachtungsmöglichkeiten und können als Notschlafstellen bezeichnet werden. Andere haben Jugendwerkstätten angegliedert oder setzen z.B. einen Schwerpunkt auf erlebnispädagogische Maßnahmen.

Pfennig (1996) unterscheidet verschiedene Ebenen von Unterstützungsleistungen von niederschwelligen bis höherschwelligen Jugendhilfeangeboten, wobei „von jeder Stufe aus (...) die Vermittlung in weiterführende Unterstützungsmaßnahmen mit nur wenig höherschwelligen Eingangsbedingungen gewährleistet sein [sollte]“ (ebd.,

„Die Jugendhilfe ist herausgefordert, ihr Angebot für Straßenkinder zu verbessern und anzupassen.“

S. 153). Die vier Stufen sind – mit zunehmender Schwelle – Streetwork, Notschlafstelle, Betreutes Wohnen sowie Therapieangebote. Das Stufenmodell von Pfennig fordert von Jugendlichen nicht den Entschluss zum Ausstieg aus dem Milieu, sondern ermöglicht ihnen zunächst ein Nebeneinander von Szene und Jugendhilfe. Dies wiederum kann langsame Ablösungsprozesse begleiten und begünstigen.

SchulverweigerInnen

Schreiber-Kittl und Schröpfer (2002) weisen darauf hin, dass SchülerInnen, welche die Schule verweigern, eine heterogene Gruppe in Bezug auf Alter, Geschlecht, Schultyp und Nationalität darstellen. Entsprechend finden sich unter den verschiedenen Projekten für SchulverweigerInnen zielgruppenspezifische Angebote, z.B. für Analphabeten, für Jugendliche mit Migrationshintergrund, für Mädchen, für Straßenkinder oder für Jugendliche in Erziehungshilfen (vgl. ebd., S. 203ff). Die Autorinnen fassen die vorliegenden Ansätze zu Prävention und Reintegration von SchulverweigerInnen zusammen und unterscheiden folgende Angebote (vgl. ebd., S. 208ff):

(1) Angebote am Lernort Schule

Die meisten Projekte, die mit schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen arbeiten, bieten Unterricht in eigenen Räumen des Projektträgers außerhalb des Lernortes Schule an. Andere Projekte arbeiten dagegen mit ergänzenden Maßnahmen zusätzlich zum Schulunterricht, z.B. über Kooperationen mit LehrerInnen oder SchulsozialarbeiterInnen, um präventiv ein „Herausfallen“ aus der Schule zu vermeiden. Gemeinsam ist diesen Projekten, dass sie sich meistens an jüngere SchülerInnen wenden, deren Verweigerungshaltung sich noch nicht manifestiert hat.

(2) Außerschulische Lernangebote

Bei SchülerInnen, die über längere Zeit hinweg die Schule verweigern, stößt die Schule an ihre Grenzen, da intensive Hilfen für lern- oder verhaltensauffällige SchülerInnen nicht zur Verfügung gestellt werden können. Hier setzen außerschulische Angebote der Jugendhilfe an, bei denen die sozialpädagogische Arbeit mit den Jugendlichen und/oder therapeutische Unterstützung einen deutlich größeren Umfang einnimmt, als dies in Schulen möglich sein kann.

(3) Sozialpädagogische Hilfen

Sozialpädagogische Angebote, wie z.B. individuelle Einzelberatung, Beratung zur schulischen/beruflichen Entwicklung, präventive Arbeit mit suchtgefährdeten Jugendlichen, Elterngespräche oder Erlebnispädagogik, können im schulischen und außerschulischen Kontext stattfinden und beziehen die gesamte Lebenswelt der Jugendlichen mit ein.

(4) Verbindung zwischen Schule und Arbeitswelt

Die meisten Projekte kombinieren die Vorbereitung auf einen Schulabschluss mit Maßnahmen zur Berufsvorbereitung. Dabei sollen neben schulischem Wissen auch (Schlüssel-)Qualifikationen erworben werden, die für Ausbildung und Beruf relevant sind. Zentrale Unterrichtsthemen sind Berufswahlentscheidungen und die Ausbildungsplatzsuche, z.B. über praktische Projektarbeit, Erstellen von Bewerbungsunterlagen oder Vermittlung von Büro- und Kommunikationstechniken.

Schreiber-Kittl und Schröpfer (2002) weisen darauf hin, dass in den meisten Projekten für SchulverweigerInnen eine strikte Trennung zwischen schulischem und außerschulischem Lernort nicht existiert, sondern eine mehr oder weniger verbindliche Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe umgesetzt wird (S. 207).

Auch Thimm (2002) betont die Handlungsmöglichkeiten von Schule und Jugendhilfe, um Schulverweigerung entgegenzuwirken. Schule ist nach Thimm zuständig für den präventiven Bereich: So muss es ein Ziel von Schule sein, „Schulakzeptanz und Identifikation mit der Schule zu erhöhen, um damit die Attraktivität des Schwänzens zu dämpfen“ (ebd., S. 14). Bereichernd ist dabei eine Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit bzw. der außerschulischen Jugendbildung. Wenn sich das schulverweigernde Verhalten verfestigt hat und die Jugendlichen von der Schule nicht mehr erreicht werden können, sind Maßnahmen und Angebote seitens der Jugendhilfe notwendig, z.B. über Streetwork, aktivierende Einzelbetreuung oder familiengerichtetes Vorgehen. Simon (2003) geht ebenfalls auf verschiedene Modellprojekte für SchulverweigerInnen ein, wobei auch er eine enge Verzahnung zwischen Schule und Jugendhilfe hervorhebt: „Nur wo dieser interdisziplinäre Arbeitsansatz gelingt, werden Chancen für SchulverweigerInnen eröffnet“ (S. 49).

„... dass SchülerInnen, welche die Schule verweigern, eine heterogene Gruppe in Bezug auf Alter, Geschlecht, Schultyp und Nationalität darstellen.“



2. Das Modellprogramm der Landesstiftung Baden-Württemberg: „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“

Insgesamt wurden von der Landesstiftung Baden-Württemberg neun Modellvorhaben für eine Förderung ausgewählt, die unterschiedliche Schwerpunkte hatten und eine große Angebotsbreite repräsentierten. Unter den Projekten waren

- › zwei Notschlafstellen (Projekt 1 und 4)
- › eine Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene (Projekt 7)
- › ein Angebot für Jugendliche, unter Anleitung selbst Wohnraum zu bauen (Projekt 6)
- › ein Angebot zur Nachmittagsbetreuung (Projekt 3)
- › zwei Beschulungsmaßnahmen (Projekt 2 und 5)
- › zwei Angebote zur Wiedereingliederung von SchulverweigerInnen (Projekt 8 und 9).

Die einzelnen Projekte werden im Folgenden kurz dargestellt, wobei der Schwerpunkt auf den angestrebten Zielen liegt; eine ausführliche Beschreibung der Projekte findet sich in den Selbstdarstellungen im zweiten Teil dieser Broschüre.

1. Projekt „Notschlafstelle des Schlupfwinkel“ in Stuttgart (vgl. Schlupfwinkel 2002)

Der Schlupfwinkel in Stuttgart ist eine Kontaktstelle für Kinder- und Jugendliche. Mit den Fördermitteln der Landesstiftung sollte dort eine Notschlafstelle eingerichtet werden mit dem Ziel, Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren (in Ausnahmefällen auch bis 21 Jahren) eine kurzfristige unbürokratische Übernachtungsmöglichkeit anbieten zu können. Der Zugang zur Notschlafstelle beruht auf Freiwilligkeit, wobei bei Jugendlichen unter 16 Jahren die Sorgeberechtigten bzw. das Jugendamt nach spätestens drei Übernachtungen benachrichtigt werden. Die Jugendlichen können bis zu sieben Übernachtungen pro Monat in Anspruch nehmen. Durch die Notschlafstelle soll der „Kreislauf nach unten“ durchbrochen werden, indem Jugendliche im Anschluss an die Übernachtung mit PädagogInnen der Einrichtung gemeinsam Perspektiven entwickeln können.

2. Projekt „Straßeneckenschule“ in Esslingen (vgl. Stiftung Wilhelmspflege 2002)

Das Projekt richtet sich an acht bis neun SchülerInnen ab 14 Jahren aus dem Landkreis Esslingen, die von einem Schulausschlussverfahren bedroht sind oder vom Besuch der Schule ausgeschlossen wurden. Ziele der Straßeneckenschule sind der Aufbau eines vertrauensvollen

Verhältnisses zwischen Jugendlichen und MitarbeiterInnen, die Vorbereitung der Jugendlichen auf die Arbeitswelt, die Vermittlung sozialer Kompetenzen, die Reintegration in „normale“ Klassen und der Aufbau eines Netzwerkes zur Unterstützung der Jugendlichen. Dies sollte ermöglichen, dass die SchülerInnen erfolgreich einen Hauptschulabschluss erreichen. Hierzu bedarf es einer engen Verzahnung zwischen Schule und sozialpädagogischen Strukturen.

3. Projekt „S“ (Straßenkinder auf der Korber Höhe) in Waiblingen (vgl. Kompass 2002)

Mit dem Projekt sollen Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 7 und 14 Jahren, die sich nachmittags nach der Schule ziel- und orientierungslos auf der Straße aufhalten, erreicht und ihnen eine Anlaufstelle geboten werden. Die Kinder und Jugendlichen sollen die Möglichkeit haben, zu Gleichaltrigen und zu erwachsenen Betreuungspersonen Beziehungen aufzubauen. In den Räumlichkeiten des Gemeindezentrums soll ein Ort geschaffen werden, an dem die Kinder versorgt werden, sich wohl fühlen und ihre Freizeit sinnvoll verbringen können. Neben verschiedenen unverbindlichen Aktivitäten wie Billard, Darts oder Tischtennis werden zusätzliche Angebote (z.B. „Kinderrestaurant“, in dem Kinder für Kinder kochen, Geburtstagsfeiern, Hausaufgabenbetreuung oder Gesprächsgruppen für ältere TeilnehmerInnen) durchgeführt.

4. Projekt „Mädchen-Sleep-In“ in Mannheim (vgl. Katholisches Kinderheim St. Josef 2002)

Zielgruppe der Notschlafstelle sind gefährdete jugendliche Mädchen bis zum 18. Lebensjahr, für die die Straße zum Lebensmittelpunkt geworden ist und deren Tagesablauf unstrukturiert und durch wenig Regelmäßigkeit gekennzeichnet ist. Zur Verfügung stehen maximal vier Plätze, die längstens drei Monate lang belegt werden können. Vorrangiges Ziel des Mädchen-Sleep-In ist, den Mädchen Unterstützung anzubieten, damit sie langfristig den Ausstieg aus dem Straßenleben finden können. Die Notschlafstelle wird dabei als Clearing-Stelle zur Vermittlung weiterführender Hilfen (vor allem im Netzwerk der Jugendhilfeeinrichtungen) gesehen.

5. Projekt „Lern x anders“ in Pforzheim: Soziale Gruppenarbeit mit Beschulungsmaßnahme in der Kleingruppe (vgl. Familienzentrum Au 2002)

Das Projekt „Lern x anders“ wurde für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 10 und 16 Jahren konzipiert (bei der Umsetzung dann vor allem 14- bis 18-jährige TeilnehmerInnen), die entweder von der Schule ausgeschlossen wurden oder als SchulverweigererInnen bereits mehrmals die Schule gewechselt haben. Ziel des Projektes ist, durch

die Verknüpfung von sozial- und erlebnispädagogischer Betreuung und der Beschulung in einer Kleingruppe die Verweigerungshaltung der Jugendlichen abzubauen und die TeilnehmerInnen zu motivieren, sich auf den externen Hauptschulabschluss vorzubereiten. Hierbei sind individuelle Erfolgserfahrungen in der Kleingruppe von besonderer Wichtigkeit.

6. Projekt „BauStellen“: Wohnen und Qualifizieren von sozial benachteiligten jungen Menschen in Freiburg (vgl. Diakonisches Werk Freiburg 2002)

Zielgruppe des Projekts „BauStellen“ sind Jugendliche im Alter zwischen 16 und 21 Jahren (ursprünglich geplant als Modellprojekt mit jungen Menschen im Alter von ca. 17 bis 25 Jahren), wobei die TeilnehmerInnenanzahl von anfänglich vier bis sechs im Verlauf des Projekts auf maximal zwölf gesteigert werden soll. „BauStellen“ zielt darauf ab, dass die TeilnehmerInnen durch die eigene Schaffung und Gestaltung von Wohnraum und die dabei stattfindende Qualifizierung in verschiedenen Bauberufen oder im kaufmännischen Bereich den Kreislauf von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit durchbrechen können. Weitergehende Ziele sind die persönliche und soziale Stabilisierung durch die pädagogische Begleitung, eine langfristige berufliche Integration sowie die Erlangung eines Schulabschlusses (in Kooperation mit einer Fernschule).

7. Projekt „Niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene in besonderen Lebenslagen“ in Konstanz (vgl. Stadt Konstanz 2002)

Das Projekt richtet sich an junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 26 Jahren der Innenstadtszene von Konstanz. In einer Wohnung können sich zwei Personen mit bis zu drei Hunden für einen Zeitraum von maximal drei Monaten (im Verlauf des Projekts erweitert auf sechs Monate) aufhalten. Während der Wohndauer findet eine regelmäßige pädagogische Betreuung (ein bis zwei Gesprächstermine pro Woche) statt mit dem Ziel, den ProjektteilnehmerInnen neue Perspektiven zu eröffnen, ihre Selbstverantwortung zu stärken sowie Regeln und Strukturen für die Bewältigung von Alltagsanforderungen zu erarbeiten. Die Teilziele werden individuell festgelegt und kontinuierlich überprüft.

8. Projekt „Schulverweigerer und Schulschwänzer“ in Reutlingen (vgl. ridaf Reutlingen 2002)

Ziel des Projekts ist die Wiedereingliederung von SchulverweigererInnen in das reguläre Schulangebot. Das Konzept sieht vor, dass ein aufsuchend tätiger Sozialpädagoge Kontakt mit SchülerInnen, die durch Schulverweigerung auffällig geworden sind, und deren Eltern

aufnimmt, wobei von Jugendamt und Schulamt gemeinsam entschieden wird, welche SchülerInnen in das Projekt aufgenommen werden sollen. Ziel ist, die bzw. den Jugendliche/n wieder zu einem adäquaten Lernort hinzuführen. In diesem Zusammenhang ist – neben der Arbeit mit der Familie – eine Kooperation und Vernetzung mit der Schule bzw. der Schulsozialarbeit, dem Jugendamt und ggf. Beratungsstellen, Polizei und verschiedenen Bildungsträgern von großer Wichtigkeit.

9. Projekt „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ in Göppingen (vgl. Jugendheim Deggingen 2002)

Zielgruppe des Projekts sind SchülerInnen von Haupt-, Förder- und beruflichen Schulen, die aufgrund ihres Verhaltens nicht in den Klassenverband integriert werden können und denen ein Schulausschluss droht, sowie SchülerInnen, welche die Schule verweigern. Im Projekt werden diesen Jugendlichen verschiedene Angebote unterbreitet (z.B. freizeit-/sportpädagogisch, künstlerisch-kreativ), um einen positiven Beziehungsaufbau zwischen SchülerIn und Pädagogin zu fördern. Das Projekt zielt darauf ab, die Jugendlichen schrittweise in den Klassenverband zu reintegrieren bzw. sie für den Besuch einer neuen Schule zu motivieren, so dass sie die Möglichkeit haben, einen Schulabschluss zu erlangen.

3. Forschungsdesign

Die wissenschaftliche Begleitung hatte das Ziel, den Verlauf der Projekte zu dokumentieren und Aussagen über mögliche Effekte zu treffen – wohl wissend, dass bedingt durch die Unterschiedlichkeit allgemeine Aussagen zur Wirksamkeit der einzelnen Angebote nur eingeschränkt getroffen werden können. Ein Prüfkriterium waren jedoch die von den Modellvorhaben selbst gesetzten Ziele (vgl. Kapitel 2).

Die Fragestellungen, die in diesem Zusammenhang untersucht wurden, lauteten:

- Welche Jugendliche (der Zielgruppen) werden in welcher Intensität mit den Angeboten erreicht?
- Wie werden die Angebote a) von den Jugendlichen bzw. b) von relevanten Personen der Fachöffentlichkeit (ExpertInnen) bewertet?
- Welche langfristigen Effekte in Richtung der gesetzten Ziele (z.B. „Integration in den normalen Lebensalltag“) lassen sich absehen?

Da die Projekte zu Beginn der wissenschaftlichen Begleitung schon angelaufen bzw. z.T. fast abgeschlossen waren, ließ sich eine „konsequente“ Verlaufs- und Ergebnisevaluation (Prä-Post-Vergleich) nicht realisieren. Aus diesem Grund wurde der Verlauf und die erzielten



Ergebnisse durch Dokumentenanalyse, Fragebögen und Interviews mit den in den Projekten involvierten Fachkräften rekonstruiert.

Folgende Methoden und Instrumente wurden eingesetzt:

- › ein „Strukturfragebogen“ zu Fragen bzgl. MitarbeiterInnen, Supervision, Fortbildung, TeilnehmerInnen und finanzielle Ausstattung, der von den ProjektleiterInnen ausgefüllt wurde
- › strukturierte Leitfadeninterviews mit ProjektleiterInnen, MitarbeiterInnen, KooperationspartnerInnen (z.B. von Jugendamt, Polizei oder Schule) zu den Zielen des Projekts, dem Projektverlauf, der Vernetzung und Kooperation sowie der Nachhaltigkeit des Projekts
- › strukturierte Leitfadeninterviews mit Jugendlichen zu ihrer eigenen Person, ihren Erfahrungen im Projekt, den Kontakten zu den MitarbeiterInnen, bisherigen Jugendhilfeeferfahrungen und ihren Zukunftswünschen.

Insgesamt konnten über alle neun Projekte hinweg Interviews mit 34 Erwachsenen und 17 Jugendlichen geführt werden, wobei es in vier Projekten nicht möglich war, teilnehmende Jugendliche zu befragen. Zu beachten ist, dass die interviewten Jugendlichen in erster Linie diejenigen waren, bei denen sich ein „Erfolg“ zeigte; die AbbrecherInnen bzw. Nicht-Erreichbaren konnten im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung nicht erfasst werden.

Bei der Auswertung der Interviews wurde in mehreren Schritten vorgegangen: Zunächst wurden die Interviews einzeln transkribiert und zusammengefasst. Anschließend wurden die Aussagen von den jeweiligen InterviewpartnerInnen pro Projekt miteinander verglichen, wobei die drei Qualitätsdimensionen Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität als Raster dienten. Diesen drei Dimensionen wurden wiederum folgende Ziele, Handlungsziele und Indikatoren zugeordnet (vgl. auch Möbius 1998, Steffan & Krauß 1998, Bodenmüller & Piepel 2003, Hansbauer 2004):

(1) Strukturqualität

Ziele	Handlungsziele	Indikatoren
Organisatorische Rahmenbedingungen	Trägerschaftsstruktur	Anzahl der Träger
	Organisationsstruktur	Konzept
	Vernetzung und Kooperation	KooperationspartnerInnen Gremienbeteiligung Bekanntheitsgrad
	Kommunikationskultur (praktische Ideologie)	Mitarbeiter-Besprechungen Qualitätszirkel/Reflexionsrunden Eigene Evaluationen Fortbildungen/Weiterbildungen Supervision Interdisziplinarität im Team
Ausstattung/ Ressourcen	Räumlichkeiten	Größe, Gestaltung, Lage
	Personalstellen	Anzahl, geschlechtliche Besetzung Art der Arbeitsverträge
	Fachliche Qualifikation	Vorwissen/Berufserfahrung Berufsausbildung
	Finanzierung	Spendenakquirierung Bezuschussungsanträge Verhandlungen mit Stadt/Jugendamt

Tabelle 1: Strukturqualität: Ziele, Handlungsziele, Indikatoren

Zu beachten ist, dass die interviewten Jugendlichen in erster Linie diejenigen waren, bei denen sich ein „Erfolg“ zeigte.

(2) Prozessqualität

Ziele	Handlungsziele	Indikatoren
Vorhandene Aktivitäten	Angebote für Jugendliche	z.B. Spektrum der Grundversorgung Beratungsangebote individuelle Unterstützung Unterrichtsformen/Lernen Geschlechtsspezifisch etc.
	Öffentlichkeitsarbeit	Einsatz unterschiedlicher Medien Bekanntheitsgrad, Akzeptanz Lobbyarbeit
	Umgang mit Krisen	Lösungen für Krisen
Beschaffenheit der Aktivitäten	Kontinuität	Feste, regelmäßige Angebote
	Niedrigschwelligkeit	Zugangswege, Erreichbarkeit der Zielgruppe
	Transparenz der Abläufe	Informationsfluss, Regelgestaltung Begründung für Abläufe Partizipation
	Beziehungsqualität	Auswahlmöglichkeit zentraler Bezugspersonen Entgegengebrachter Respekt Vertrauenswürdigkeit/Verlässlichkeit Aufmerksamkeit von Seiten der Mitarbei- terInnen, Fairness
	MitarbeiterInnen-Motivation	Autonomiegrad, Entscheidungsbefugnis Teamarbeit Subjektive Haltung gegenüber den Jugendlichen

Tabelle 2: Prozessqualität: Ziele, Handlungsziele, Indikatoren

(3) Ergebnisqualität

Ziele	Handlungsziele	Indikatoren
Erzielte Zustände	Erreichbarkeit/ Inanspruch- nahme	Anzahl der Jugendlichen Dauer der Betreuung/Teilnahme Abbruchquote
	individuelle Zielerreichung	z.B. Schulabschluss fester Wohnsitz Wiedereingliederung soziale Kompetenzen etc.
	Vermittlung	Anzahl der Vermittlungen Art der Weitervermittlung Schnelligkeit weiterführender Hilfen
	Zufriedenheit der Teilneh- merInnen und Kooperations- partnerInnen	Eigenaussagen

Tabelle 3: Ergebnisqualität: Ziele, Handlungsziele, Indikatoren

Für jedes Projekt wurde eine Auswertung entsprechend der in Tabellen 1 bis 3 dargestellten Kriterien erstellt. Die Interviewergebnisse wurden dabei ergänzt durch Angaben im Strukturfragebogen sowie durch Unterlagen und Dokumentationen, die von den Projekten selbst zur Verfügung gestellt wurden (z.B. Abschlussberichte, Fragebogenerhebung unter Jugendlichen etc.).

Bei der folgenden Ergebnisdarstellung werden zunächst die Ergebnisse in den neun Projekten – zusammengefasst nach Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität – erläutert, bevor in Kapitel 5 im Sinne einer „Querauswertung“ auf zentrale übergeordnete Themen eingegangen wird. In Kapitel 6 wird als Fazit der wissenschaftlichen Begleitung ein Kriterienkatalog für eine erfolgreiche (sozial-)pädagogische Arbeit mit der Zielgruppe aufgestellt. Die Ergebnisse werden durch wörtliche Zitate aus den Interviews veranschaulicht.



[1.4]

[4.1]

4. Einzelanalyse der Projekte

Bei der Auswertung der Interviews konnte eine extrem hohe Übereinstimmung der Beurteilungen aller Befragten innerhalb der jeweiligen Projekte festgestellt werden. ProjektleiterInnen, MitarbeiterInnen und Externe (ASD, Jugendamt, Polizei, LehrerInnen) benannten ähnliche Schwerpunkte, Erfolge, Schwierigkeiten, Handlungsweisen usw., so dass in der folgenden Ergebnisdarstellung immer alle Interviews zu einem Projekt zusammengefasst ausgewertet wurden.

4.1 Projekt „Notschlafstelle des Schlupfwinkel“ in Stuttgart

Strukturqualität

Die Notschlafstelle wurde als ergänzendes Angebot des Schlupfwinkel, einer bereits seit über 10 Jahren existierenden Anlauf- und Kontaktstelle für Kinder und Jugendliche auf der Straße, eingerichtet und von der Evangelischen Gesellschaft und dem Caritasverband Stuttgart getragen. In der Notschlafstelle standen acht Einzelzimmer zur Verfügung, was auch geschlechtsspezifische Unterbringungen ermöglichte. Zielgruppe waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, deren Lebensmittelpunkt die Straße war; diese konnten maximal sieben Mal pro Monat im Schlupfwinkel übernachten. Ziel des Projekts war es, durch die Übernachtungsmöglichkeit als ergänzende Grundversorgungsleistung zum bestehenden Angebot in besseren Kontakt mit den Straßenkindern treten zu können und einen größeren Beratungserfolg zu erzielen. Durch Absprache mit dem Jugendamt, dem Gericht und der Polizei konnte den Jugendlichen für die ersten drei Tage Anonymität gewährleistet werden, so dass den MitarbeiterInnen der Notschlafstelle ein größerer Handlungsspielraum im Umgang mit unter 18-Jährigen gewährt werden konnte. Im Projekt arbeiteten drei weibliche und zwei männliche SozialpädagogInnen in Teilzeitanstellungen (1 x 50%, 4 x 30%), von denen vier das Projekt von Anfang an begleiteten und über Vorerfahrungen in der Arbeit mit Straßenkinder durch ihre Mitarbeit im Schlupfwinkel verfügten. Die MitarbeiterInnen arbeiteten im Rotationsprinzip in der Notschlafstelle. Es fanden wöchentlich Teambesprechungen und monatlich Supervision statt. Zudem konnten die MitarbeiterInnen an bundesweiten Netzwerktreffen teilnehmen.

Konzeptionell war das Projekt ausschließlich auf SelbstmelderInnen begrenzt, was den Freiwilligkeitsansatz betonte. Die Notschlafstelle war mit anderen Einrichtungen vernetzt, vor allem mit dem Jugendamt, der Bahnhofsmission, der Polizei sowie der Beratungsstelle für junge Erwachsene. Durch das kommunalpolitische Engagement des Leiters bekam die Notschlafstelle auch vom Gemeinderat Rückendeckung und Unterstützung.

Die Räume der Notschlafstelle waren zwar groß, nach Meinung aller Befragten aber nicht ideal gelegen. Die eigentlich notwendige Szenennähe war nicht gegeben, was die Arbeit erschwerte. Die Räume waren praktisch, aber absichtlich spartanisch eingerichtet, um einem „Dauerwohnen“ entgegenzuwirken. Für die Projektlaufzeit konnte die Projektleitung neben der Landesstiftung zwei weitere Sponsoren gewinnen. Zahlreiche Spenden sicherten die Arbeit ebenfalls. Doch die Finanzierung für die Zeit danach ist noch offen. Sicher ist, dass noch zusätzliche Fördertöpfe gefunden werden müssen.

Prozessqualität

Der Zugang zur Notschlafstelle erfolgte über die Anmeldung im Schlupfwinkel. Dort wurde ein Zeitpunkt für die Aufnahme am Abend festgelegt. Die übernachtenden Jugendlichen konnten nach dem Ankommen etwas essen, bei Gesprächsbedarf mit den MitarbeiterInnen reden und dann auf ihr Zimmer gehen und sich ausruhen. Morgens um 8:00 Uhr mussten sie die Notschlafstelle wieder verlassen, konnten dann aber selbst entscheiden, ob sie sich anschließend weiter im Schlupfwinkel aufhalten und dort Beratung in Anspruch nehmen wollten. Die Regeln in der Notschlafstelle waren „keine Gewalt“ und „keine Drogen“, was von den Jugendlichen auch akzeptiert wurde. Ausschlusskriterien gab es keine, mit der Ausnahme, dass die Jugendlichen nicht jünger als 14 bzw. älter als 17 Jahre waren.

Die MitarbeiterInnen hatten regelmäßig zwei Mal pro Woche einen Streetwerkeinsatz, der an ihre Nachmittags- und Bereitschaftsdienste gekoppelt war. Dadurch konnten die MitarbeiterInnen Jugendliche auf der Straße einladen, sie später in der Notschlafstelle zu treffen und als bekannte AnsprechpartnerInnen für sie da zu sein. Durch die aktive Straßenarbeit der MitarbeiterInnen wurde eine regelmäßige Präsenz auf der Straße sichergestellt und ein direkter Kontakt zur Straßenkinderszene gesucht und aufrechterhalten.

Der Kontakt zu den Jugendlichen war häufig durch zwei Pole gekennzeichnet, zwischen „ich lass Dich in Ruhe“ und „ich lass Dich aber nicht in Ruhe, weil ich will wissen, was eigentlich mit Dir los ist“ (S1, Z. 304f). Daneben gab es auch Unterschiede in der Intensität des Kontakts: Manche Jugendliche verließen den Schlupfwinkel nach einer Nacht, andere suchten das Gespräch und die Nähe zu den MitarbeiterInnen. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit für den Schlupfwinkel waren der Leiter und die MitarbeiterInnen sehr aktiv, trotzdem entsprach die Zahl der Belegungen nicht den Erwartungen. Die bislang geringe Belegung stellte die zentrale Krise dar. Um den Bekanntheitsgrad der Notschlafstelle weiter zu erhöhen, sollte zukünftig eine offensive Werbekampagne für die Notschlafstelle gestartet und der Streetwerkeinsatz

verstärkt werden. Weitere Ideen für eine bessere Inanspruchnahme, die in den Interviews genannt wurden, waren erweiterte Öffnungszeiten oder eine Telefonbereitschaft in den Abendstunden. Die MitarbeiterInnen bewiesen eine hohe Frustrationstoleranz, da sie lange auf die Notschlafstelle warten mussten und diese nicht so anlief wie zuvor gedacht. Allerdings waren sie mit anderen Rahmenbedingungen wie dem Rotationssystem und der Pauschalfinanzierung sehr zufrieden. Die Kooperation zwischen Notschlafstelle und Jugendamt wurde als positiv beurteilt; die MitarbeiterInnen waren zufrieden mit der Unterstützung und lobten das rasche Handeln des Jugendamts im Bedarfsfall. Bei Jugendlichen, die motiviert waren, weitere Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen, konnten sehr schnell weitere Jugendhilfemaßnahmen vermittelt werden.

Ergebnisqualität

Der Erfolg der Notschlafstelle wurde von den MitarbeiterInnen zunächst daran festgemacht, dass es überhaupt eine Übernachtungsmöglichkeit für minderjährige Jugendliche gibt und die eigene Arbeit dadurch glaubwürdiger wird. Für die Jugendlichen sei es wichtig, dass sie wissen, wo sie hingehen können, wenn z.B. Übernachtungsangebote bei Freunden nicht mehr ausreichen. Durch das Angebot kann ein Verorten von Jugendlichen in der Szene vermieden werden. Die Notschlafstelle wurde bislang von 20 Jugendlichen in Anspruch genommen, davon waren 60% männlich und 40% weiblich. Im Durchschnitt verbrachten die Jugendlichen drei Nächte in der Notschlafstelle. Ungefähr ein Drittel verschwand nach Angaben der MitarbeiterInnen dann wieder, ein Drittel wurde in die Familie zurückvermittelt und ein Drittel in betreute Wohnformen. Das Drittel, das ohne Vermittlung weiterführender Hilfen die Notschlafstelle verließ, kann negativ und positiv ausgelegt werden. Zum einen scheint bei manchen Jugendlichen der dreitägige Kontakt nicht für den Aufbau von Vertrauen auszureichen. Zum anderen entspricht es jedoch dem Konzept der Notschlafstelle, dass Jugendliche auch frei, ohne Vermittlungszwang, wieder gehen konnten. Diese Möglichkeit wurde also tatsächlich glaubwürdig gewährt.

4.2 Projekt „Straßeneckenschule“ in Esslingen

Strukturqualität

Die grundlegenden Ziele des Projekts „Straßeneckenschule“ bestanden darin, SchülerInnen, die aus unterschiedlichen Gründen „normale“ Schulen nicht mehr besuchen konnten, durften oder wollten, aufzufangen und zu reintegrieren, ihnen neue Ausbildungs- und Lebens-

„Zahlreiche Spenden sicherten die Arbeit ebenfalls. Doch die Finanzierung für die Zeit danach ist noch offen.“

[4.2]

perspektiven zu geben und sie zu einem Schulabschluss zu führen. Für die Umsetzung dieser Ziele war die Finanzierung einer sozialpädagogischen Fachkraft neben den Lehrkräften von enormer Notwendigkeit. Die Straßeneckenschule, die eine Außenstelle der Dietrich-Bonhoeffer-Schule in Stuttgart ist, konnte zeitgleich acht bis maximal neun Jugendliche aufnehmen, die von zwei Sonderschullehrern mit vollem Deputat sowie von einer Sozialpädagogin mit einer 50%-Stelle betreut und unterrichtet wurden. Der Vorteil dieses hohen Betreuungsschlüssels lag darin, dass zum einen eine wesentlich intensivere Betreuung als an Regelschulen möglich war, die Jugendlichen aber wiederum sich nicht auf zu viele Bezugspersonen einstellen mussten und die Zuständigkeiten transparent waren. Ein weiterer Vorteil war, dass zwei MitarbeiterInnen bereits langjährige Berufserfahrungen in ähnlichen Arbeitsfeldern mitbrachten.

Die Startbedingungen der Straßeneckenschule waren zunächst sowohl von personeller als auch von räumlicher Seite her mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Aufgrund der problematischen Hintergründe der Jugendlichen bestand die Notwendigkeit, den Jugendlichen klare, konforme Strukturen zu vermitteln. Somit kam der Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt im Team ein sehr hoher Stellenwert zu. Da dies in der Anfangsphase aufgrund unvereinbarer Erwartungen und Arbeitsweisen der Mitarbeitenden nicht möglich war, konnte ein personeller Wechsel nicht vermieden werden. In der neuen Teamkonstellation konnte aus Sicht aller Beteiligten ein konstruktives, sich unterstützendes und gegenseitig ergänzendes Arbeiten umgesetzt werden.

Bezüglich der Räumlichkeiten bestand zunächst das Problem, dass die Straßeneckenschule anfangs in der Schule für Erziehungshilfe im Theodor-Rothschild-Haus untergebracht werden musste und erst nach der endgültigen Projektzusage eigene Räume anmieten konnte. Das Haus, in dem die Räume angemietet wurden, hatte den Vorteil, dass es ein Wohnhaus war und somit keinen (abschreckenden) Schulcharakter aufwies. Die Räume waren ausreichend und zweckmäßig, es gab neben drei Klassenzimmern eine Küche, einen Arbeitsraum mit internetfähigem PC, der zeitgleich als Büro genutzt wurde, und einen Flur mit einem Tischfußball. Der Nachteil bestand darin, dass der Vermieter mit im Haus wohnte und es zu vielen Konflikten kam, die schon häufiger in Kündigungsdrohungen mündeten. Um die Jugendlichen möglichst umfassend unterstützen zu können, bestehen Vernetzungen mit dem Schulamt, dem Allgemeinen Sozialen Dienst, der Polizei und sozialen Einrichtungen.

Aufgrund der problematischen Hintergründe der Jugendlichen bestand die Notwendigkeit, den Jugendlichen klare, konforme Strukturen zu vermitteln.

Prozessqualität

Da es mehr Anfragen (vom Schulamt, dem ASD, Jugendhilfeeinrichtungen, Eltern) als Plätze gab, betrieb die Straßeneckenschule, bis auf einen Zeitungsartikel am Anfang, keine aktive Öffentlichkeitsarbeit. Die SchülerInnen wurden z.T. von anderen Schulen bzw. vom Schulamt an die Straßeneckenschule verwiesen, es gab jedoch auch Eltern oder SchülerInnen, die sich direkt an die Straßeneckenschule wandten. Um die SchülerInnen, die sehr viele negative Erfahrungen mit der Schule gemacht hatten, wieder zu motivieren und sie an einen Schulalltag zu gewöhnen, wurden zunächst keine Mindestanwesenheitsstunden vorgegeben. Stattdessen wurde mit den SchülerInnen gemeinsam überlegt, welche Ziele sie haben und was sie sich (momentan) zutrauen. Dadurch konnte zusammen ein individueller „Stundenplan“ erstellt werden, der verhindern sollte, dass es zu weiteren (gewohnten) Misserfolgen kommen konnte. Der Unterricht wurde dann je nach Bedarf im Klassenverband, in Kleingruppen oder auch in Einzelsituationen durchgeführt. Für die MitarbeiterInnen standen nicht kurzfristige Erfolge, sondern der Entwicklungsprozess im Vordergrund.

Konflikte wurden grundsätzlich mit Gesprächen zu lösen versucht. Bei Tätlichkeiten oder Sachbeschädigungen wurden SchülerInnen aber auch weggeschickt oder, in schwereren Fällen, die Polizei gerufen. Die Toleranzgrenze lag jedoch sehr hoch, da die MitarbeiterInnen die Einstellung hatten, dass ein Schultag nie reibungslos verlaufe. Um den SchülerInnen die Chance zu geben, ohne Druck wieder einem geregelten Tagesablauf nachzugehen, gab es neben dem Unterricht verschiedene strukturierende Angebote. So wurde die Woche stets mit einem gemeinsamen Frühstück gestartet, bei dem vieles, was sich über das Wochenende angesammelt hatte, erst einmal „abgeladen“ werden konnte. Das hatte vor allem den Vorteil, dass die MitarbeiterInnen dadurch sehr viel über die Jugendlichen erfuhren und sich darauf einstellen konnten, wie und ob ein Unterrichten möglich war oder ob andere Probleme im Vordergrund standen. Ebenso gab es ein Mal pro Woche ein gemeinsames Mittagessen, das die Jugendlichen mit den MitarbeiterInnen zubereiteten. Zusätzlich wurden mit den SchülerInnen auch außerschulische Aktivitäten und Projekte durchgeführt.

Erschienen die SchülerInnen nicht zu gemeinsam vereinbarten Zeitpunkten, wurden sie angerufen und, wenn nötig, auch abgeholt. Die SchülerInnen wurden auf Wunsch zu verschiedenen Terminen (Arbeitsamt, Praktikumsplätzen usw.) begleitet. Zudem wurden Kooperationen mit verschiedenen Einrichtungen (z.B. mit Ausbildungsbetrieben) sowie die Herstellung bzw. die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Eltern angestrebt.

Generell wurde sehr viel Wert auf die Beziehungsarbeit gelegt. Für die MitarbeiterInnen war es wichtiger, erst einmal einen guten Kontakt zu den SchülerInnen und eine Vertrauensbasis zu schaffen, als den Unterricht „durchzuziehen“. Trotzdem waren die Beziehungen ambivalent. Einerseits fassten die SchülerInnen Vertrauen, und es entstand eine fast freundschaftliche Atmosphäre. Ein wichtiger Faktor, der an diesem Punkt beachtet wurde, war, dass die SchülerInnen vor Elterngesprächen immer über die Gesprächsinhalte informiert wurden. Andererseits konnte aber auch nicht vollständig vermieden werden, dass eine klassische „Lehrerrolle“ entstand. Zusätzlich kam es auch häufiger zu Beleidigungen und Bedrohungen gegen die MitarbeiterInnen, aber auch zwischen den SchülerInnen. In der Anfangszeit bestand darüber hinaus eine Drogenproblematik, die sich durch häufiges Thematisieren verbesserte.

Für dieses Arbeitsfeld benötigt man, nach Aussagen der Mitarbeitenden, viel Geduld, Empathie, echtes Interesse und eine hohe Toleranz. Eine gute Ausbildung und viel Erfahrung sind dabei sehr hilfreich. Die Arbeit stellte eine große Herausforderung dar; es bestand jedoch eine hohe MitarbeiterInnenmotivation, da die Tätigkeit als sehr wichtig und sinnvoll gesehen wird. Die MitarbeiterInnen beschrieben, dass sie genügend Freiheiten hatten, Neues auszuprobieren und es viele Möglichkeiten gab, die Jugendlichen zu begleiten. Die Arbeit im Team brachte zusätzlichen Spaß.

Ergebnisqualität

In der bisherigen Laufzeit waren insgesamt 15 SchülerInnen am Projekt „Straßeneckenschule“ beteiligt. Drei davon konnten zu einem Hauptschulabschluss geführt werden. Zwei Schüler mussten die Schule verlassen, da sie die Regeln nicht einhielten, einer brach von sich aus die Schule ab.

Von den neun SchülerInnen, die momentan die Schule besuchen (sieben Jungen, zwei Mädchen), schließen voraussichtlich vier SchülerInnen dieses Jahr die Schule mit einem Hauptschulabschluss ab.

Die Schulabschlüsse sind staatlich anerkannt; es müssen nur bei SchülerInnen, die offiziell nicht mehr schulpflichtig sind, Anträge auf eine Zulassung beim Schulamt gestellt werden.

Viele SchülerInnen, die vor der Straßeneckenschule die Schule verweigert haben, kommen jetzt regelmäßig (täglich) in die Straßeneckenschule und sind zunehmend in der Lage, ihr schulisches und privates Leben neu zu gestalten.

Da sich das Projekt bewährt hat, wird es weitergeführt. Die Finanzierung wird vom Träger „Stiftung Jugendhilfe aktiv“ sowie von der Stadt und dem Landkreis übernommen.

[4.3]

4.3 Projekt „S“ (Straßenkinder auf der Korber Höhe) in Waiblingen

Strukturqualität

Das Ziel des Projekts „S“ bestand darin, für SchülerInnen im Alter von 7 bis 17 Jahren, die nach Schulschluss keinen Anlaufpunkt für den Nachmittag hatten und sich aus diesem Grund nur auf der Straße aufhielten, einen Raum zu bieten, der zum einen die Aufrechterhaltung der Versorgung (z.B. durch ein regelmäßiges Mittagessen) sowie verschiedene Freizeitgestaltungsaktivitäten ermöglichte. Das Projekt „S“ fand im Gemeindehaus der Evangelischen Kirchengemeinde statt, so dass ausreichend Platz für Essen und verschiedene Aktivitäten vorhanden war. Personell wurde das Projekt von dem hauptamtlichen Gemeinédiakon initiiert und geleitet, der von drei ehrenamtlichen MitarbeiterInnen unterstützt wurde. Des Weiteren arbeiteten in dem Projekt zwei StudentInnen im Rahmen eines Vollzeitpraktikums ein halbes Jahr mit, eine davon führte ihre Tätigkeit im Anschluss als geringfügig Beschäftigte weiter.

Vernetzungen und Kooperationen gab es neben der Kirchengemeinde noch mit der Schule und der Schulsozialarbeit, dem Jugendamt und dem Stadtteilarbeitskreis. Supervision wurde je nach Bedarf durchgeführt.

Um zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten, wurden Benefizveranstaltungen durchgeführt.

Prozessqualität

Das Projekt wurde anfangs gut angenommen. Ein Zeitungsartikel, in dem von den „Straßenkindern“ des Projekts berichtet wurde, hatte jedoch zur Folge, dass viele Eltern sehr verärgert darüber waren, dass ihre Kinder so ihrer Meinung nach fälschlich stigmatisiert wurden.

Viele Kinder und Jugendlichen durften daraufhin nicht mehr kommen bzw. wollten auch nicht mehr kommen. Mit sehr vielen Gesprächen und einem Gegenartikel konnte langsam das Vertrauen bei einigen Eltern und Jugendlichen wiederhergestellt werden.

Da am Anfang fast nur Jungen das Angebot wahrnahmen und somit die wenigen Mädchen, die kamen immer mehr verdrängt wurden, wurde eine extra Mädchengruppe aufgebaut, die ein Mal pro Woche nachmittags stattfand.

Zwei Mal pro Woche (montags und freitags) wurde ein gemeinsames Mittagessen angeboten. Hier wurde die Erfahrung gemacht, dass es sehr wichtig war, auf verschiedene kulturelle und religiöse Bräuche zu achten (z.B. Ramadan), um die Jugendlichen nicht in Gewissenskonflikte zu bringen. In den Schulferien gab es zusätzlich Frühstücksangebote.

Die Möglichkeit, Geburtstage in den Räumen zu feiern, wurde z.T. gut angenommen, war aber auch immer wieder mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden (z.B. nicht eingehaltene Absprachen), so dass dieses Angebot im weiteren Verlauf des Projekts immer mehr reduziert und schließlich ganz eingestellt wurde. Weitere Freizeitmöglichkeiten gab es in Form von Spielen, Ausflügen und Wettkämpfen. Zeitweise, insbesondere in der Zeit des Vollzeitpraktikums der beiden Studentinnen, wurde auch gezielt Hausaufgabenbetreuung und Hilfe bei Bewerbungen bzw. Einzelbetreuung angeboten, was aber im Anschluss aufgrund zeitlich begrenzter Ressourcen sehr eingeschränkt werden musste.

Die MitarbeiterInnen versuchten durch viele offene und vorurteilsfreie Gespräche und Diskussionen eine tragfähige Beziehung zu den Jugendlichen aufzubauen und ihnen einen Schon- und Schutzraum anzubieten. Die Jugendlichen konnten viele Vorschläge einbringen, ihnen wurde zugehört und sie wurden ernst genommen. Es entstand eine Vertrauensbasis mit gegenseitigem Respekt und Interesse. Bei Schwierigkeiten kam es jedoch trotzdem auch vor, dass die MitarbeiterInnen die „Buhmann-Rolle“ bekamen.

Auch wenn die Eltern nicht so gut erreicht werden konnten, wie anfangs gehofft, so gab es doch Einzelfälle, in denen über die Kinder auch den Eltern weitergeholfen werden konnte. Am Anfang sollte der Zugang über die Schulen stattfinden. Es wurden aber auch direkt Jugendliche angesprochen. Es gab keine Zugangsvoraussetzungen, jeder durfte kommen, so dass das Projekt über Mundpropaganda bekannt wurde.

Es wurden immer wieder Kooperationen mit der Schule und anderen sozialen Einrichtungen angestrebt. Zudem bestand auch der Wunsch, mit Vereinen, der Volkshochschule und Einrichtungen der Innenstadt zu kooperieren und eine Vernetzung mit der Realschule und dem Gymnasium zu schaffen. Die Zusammenarbeit im Team wurde als hilfreich und gut erlebt.

Ergebnisqualität

In der Anfangsphase kamen manchmal 20 bis 30 Jugendliche an einem Nachmittag. Eine Namenssammlung über einige Zeit ergab schließlich eine Liste mit 90 Jugendlichen. Konstant waren anfangs ca. 12 bis 15 Jungen anwesend, gegen Ende hin waren es noch ca. sechs bis neun Jungen. In die Mädchengruppe kamen zwei Monate nach der Gründung zehn Mädchen konstant, mittlerweile sind es durch zeitliche Einschränkungen (Nachmittagsschule) noch vier bis fünf Mädchen.

Das Angebot richtete sich eigentlich an alle Kinder und Jugendlichen von 7 bis 17 Jahren, wurde jedoch hauptsächlich von muslimischen

Jugendlichen mit Migrationshintergrund wahrgenommen, was dazu führte, dass der Kirchengemeinderat mit der Einseitigkeit unzufrieden war. Es gelang aber nicht ausreichend, deutsche und ausländische Jugendliche zusammenzubringen.

Die Kooperation mit der Schule gestaltete sich aufgrund der verschiedenen Strukturen schwierig. Im Rahmen der Umgestaltung der Schule zur Ganztageschule ging der Bedarf zurück, so dass das Essensangebot im April 2006 eingestellt wurde. Die Mädchengruppe lief noch bis August 2006. Durch das Projekt entstand eine Soziale Gruppenarbeit nach § 29 SGB VIII, an der fünf Jugendliche teilnahmen und die sich ebenfalls in den Räumlichkeiten des Gemeindehauses trafen. Die Jugendlichen gaben sehr gute Rückmeldung. So erzählten beispielsweise vier Mädchen in einem Gruppeninterview, dass sie immer mit allen Sorgen zu Frau W. kommen könnten und es so toll wäre, weil sie sie nie auslachen und ihnen immer zuhören würde (W4, Z. 113).

4.4 Projekt „Mädchen-Sleep-In“ in Mannheim

Strukturqualität

Die Notschlafstelle des Katholischen Kinder- und Jugendheims St. Josef hatte zum Ziel, jugendliche Mädchen bis zum 18. Lebensjahr zu erreichen, bei denen aufgrund vieler negativer Erfahrungen (z.B. Gewalterfahrungen, sexueller Missbrauch, den Verlust wichtiger Bezugspersonen, Vernachlässigung durch die Eltern etc.) die Straße zu ihrem Lebensmittelpunkt geworden ist und die von Obdachlosigkeit bedroht waren. Die Zielgruppe umfasste somit Mädchen, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf hatten und sich nur schwer auf längerfristige Jugendhilfeangebote einlassen konnten. Dabei wurden auch Mädchen eingeschlossen, die schon Drogen genommen oder straffälliges Verhalten gezeigt hatten.

Mit der Sicherheit und dem Schutz eines Schlafplatzes mit kostenloser Lebensmittelversorgung sowie Möglichkeiten für die körperliche Hygiene im „Sleep-In“ sollte den Mädchen ein Ruheraum angeboten werden, in dem sie über Alternativen zur Straße nachdenken konnten. Weiteres Ziel war es, dass die Mitarbeiterinnen zu den Mädchen ein Vertrauensverhältnis aufbauen, sie über weiterführende Hilfen informieren und mit ihnen eine individuelle Perspektive (kurz-, mittel- oder langfristig) entwickeln konnten. Dabei war es wichtig, dass das Projekt freiwillig und niederschwellig für die Mädchen sein sollte. Für die Arbeit in der Notschlafstelle sollten – laut Konzeption – zwei pädagogische Fachkräfte angestellt werden, die bei der Nachtbetreuung von Sozialpädagogik-Studentinnen unterstützt werden sollten.

Die Möglichkeit, Geburtstage in den Räumen zu feiern, wurde z.T. gut angenommen.

[4.4]

Neben der Grundversorgung mit Übernachtung und Verpflegung gehörten zum Angebot der Notschlafstelle Beratung und strukturierende Tagesangebote.

Im „Sleep-In“ sollten vier Plätze und ein Notbett zur Verfügung stehen. Tatsächlich waren dann jedoch sechs Mitarbeiterinnen im „Sleep-In“ hauptamtlich angestellt (eine Erzieherin (100%), eine Erzieherin/systemische Beraterin (70%), zwei Jugend- und Heimerzieherinnen (je 100%), eine Diplomsozialarbeiterin (50%) und eine Sozialpädagogin (100%)). Bis auf eine Berufsanfängerin hatten alle Mitarbeiterinnen schon langjährige Erfahrung in der Heimerziehung, zwei zusätzlich auch mit Notaufnahmen. Drei Mitarbeiterinnen kannten die Arbeit mit Mädchenwohngruppen, eine war zuvor in der Streetworkarbeit tätig. Die systemische Beraterin brachte Kenntnis in der Familienarbeit mit. Die erhöhte Mitarbeiterinnenzahl war mit dadurch bedingt, dass die Bettenzahl noch in der Projektzeit auf acht angehoben wurde. Was Ausstattung und Ressourcen anbetrifft, hatte die Notschlafstelle gute Startvoraussetzungen. Das Haus der Notschlafstelle (ein ehemaliges Seniorenheim) liegt relativ zentral und bietet genügend Platz. Die Notschlafstelle war mit unterschiedlichen Einrichtungen vernetzt und hatte einen Fachbeirat, in dem die Arbeit reflektiert wurde. Eine politische Vernetzung ergab sich durch Stadtteilkonferenzen und den Kontakt zum städtischen Jugendamt.

In Kooperation mit der Fachhochschule Mannheim führte die Notschlafstelle eine Evaluation der Projektarbeit durch. Der Projektleitung war es gelungen, neben der Landesstiftung noch zwei weitere Stiftungsorganisationen für das Projektjahr zu gewinnen. Daneben erhielt das Projekt zahlreiche Spenden und auch finanzielle Unterstützung durch das Jugendamt. Im Bereich der Existenzsicherung waren Leitung und Mitarbeiterinnen sehr aktiv, was entscheidend zur Fortführung der Notschlafstelle beigetragen hat. Nach der Projektzeit wird das „Sleep-In“ mit der Unterstützung des Jugendamts weitergeführt, was die Anerkennung und die enge Zusammenarbeit von Jugendamt und „Sleep-In“ deutlich macht.

Prozessqualität

Neben der Grundversorgung mit Übernachtung und Verpflegung gehörten zum Angebot der Notschlafstelle Beratung und strukturierende Tagesangebote. Die Tagesangebote stellten sich im Verlauf als sehr hilfreich für einen Zugang zu den Mädchen heraus. Die teilnehmenden Mädchen bestätigten, dass dieses Angebot ihnen Spaß gemacht und sie herausgefordert hatte.

Mit Aktivitäten, die auf die Bedürfnisse der Mädchen zugeschnitten waren, sollten diese wieder an eine Tagesstruktur gewöhnt werden. Dabei sollten ihre Selbstwahrnehmung, aber auch ihre Konzentrationsfähigkeit und Ausdauer geschult werden. Positive Selbster-

fahrungen und Erfolgserlebnisse sollten das Selbstbewusstsein der Mädchen steigern. In einem zweiten Schritt sollten sie nach und nach lernen, mehr Selbstkontrolle zu übernehmen. Um eine langsame „Wiederanpassung“ an Regeln zu ermöglichen, wurden manche Regelüberschreitungen toleriert. Die Mädchen wurden nicht gedrängt, sofort aus der Straßenszene auszusteigen und den Kontakt abzubrechen.

Zu Beginn des Projekts war eine Mitarbeiterin für Streetwork zuständig. Inzwischen beschränkt sich der Kontakt zum Szenegeschehen größtenteils auf den Austausch mit dem Arbeitskreis Streetwork und den StreetworkerInnen der Anlaufstelle „Freezone“. Die Mädchen erfuhren häufig durch Freundinnen von der Notschlafstelle, es konnte aber auch vorkommen, dass sie von der Polizei oder anderen Beratungsstellen gebracht bzw. geschickt wurden. Dadurch nahmen auch Mädchen das Angebot in Anspruch, die noch nicht tatsächlich auf der Straße lebten und für die die Notschlafstelle Präventivfunktion hatte. Es wurden an die Notschlafstelle auch Mädchen weitervermittelt, die nicht in andere Heimgruppen passten. Die Notschlafstelle hatte so einerseits eine Funktion als „Andockstelle“ für Straßenkinder und stellte zum anderen eine Vermittlerfunktion dar. Die Mitarbeiterinnen prüften allerdings vor einer Aufnahme in die Notschlafstelle genau, ob es nicht ein anderes Hilfsangebot oder private Unterkunftsmöglichkeiten für die Mädchen gab.

Was die Öffentlichkeitsarbeit anbelangte, informierten die Mitarbeiterinnen unterschiedliche Aufenthaltsorte der Jugendlichen (z.B. Schule, Jugendhäuser) und stellten das Projekt in fachlichen Kreisen (z.B. Beratungsstellen, Polizei) vor. Der Bekanntheitsgrad konnte durch Zeitung und Fernsehen gesteigert werden. Die Notschlafstelle war fest in das Jugendhilfesystem integriert. Das Jugendamt wurde über Neuzugänge immer in Kenntnis gesetzt, und es gab Hilfeplankonferenzen, bei denen die Notschlafstellenmitarbeiterinnen zur Optimierung bei der Auswahl weiterführender Hilfen miteinbezogen wurden.

Im ersten Projektjahr wurden drei Konfliktbereiche erkannt und bewältigt: Personalmangel, Probleme mit der Nachbarschaft und zu viele Belegungen auf einmal. Auf den Personalmangel reagierte die Leitung mit einer Erhöhung der Mitarbeiterinnenzahl. Die Nachbarschaft konnte durch Einsatz und Gesprächsbereitschaft der Mitarbeiterinnen sowie durch gemeinsame Feste und Veranstaltungen gewonnen werden. Kamen die Mitarbeiterinnen angesichts vieler Mädchen mit schwierigem Verhalten an ihre Grenzen, konnten sie dies mit Hilfe des Teams bewältigen.

Die vorgesehene Niedrigschwelligkeit der Notschlafstelle veränderte sich. Den Mädchen wurde kein anonymes Übernachten gewährt und die Weggehzeiten wurden altersgemäß genau festgelegt. Der Erfahrung der Mitarbeiterinnen nach wurde dies von den Mädchen akzeptiert und der Zulauf deswegen nicht geringer. Regeln und Abläufe wurden den Mädchen immer transparent dargestellt. Im Allgemeinen kamen die Mädchen und Mitarbeiterinnen gut miteinander aus.

Ergebnisqualität

In der Projektzeit wurde die Bereitstellung von acht statt nur vier Übernachtungsplätzen für Mädchen in geeigneten Räumlichkeiten erreicht. 68 von 79 Mädchen, die die Notschlafstelle nutzten, konnten weitervermittelt werden, darunter waren 34 Jugendliche, die zu ihren Eltern zurückkehrten, 20 Mädchen, die in Jugendhilfemaßnahmen oder andere Einrichtungen vermittelt wurden, sowie 14 Jugendliche, die in eine eigene Wohnung zogen. Elf Mädchen verließen die Notschlafstelle ohne vermittelte Hilfen, ein Teil davon kam aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder in die Notschlafstelle zurück.

Die Aufenthaltsdauer der Mädchen war sehr unterschiedlich. Einige kamen mehrmals für kurze Übernachtungen, bis wirklich mit ihnen gearbeitet werden konnte. Das heißt, dass manche Straßenkinder eine längere Anlaufzeit für die Inanspruchnahme von Beratungs- und Hilfeangeboten benötigten. Daneben gab es auch einige Fälle, bei denen die maximale Aufenthaltszeit von 12 Wochen überschritten wurde. Ein Mädchen war bereits fünf Mal in der Notschlafstelle.

Die Schwierigkeit längerer und dennoch begrenzter Aufenthalte besteht darin, dass einerseits eine gewisse Zeit notwendig ist, um mit den Mädchen arbeiten und Perspektiven entwickeln zu können. Andererseits können sie so ein „Heimatgefühl“ entwickeln und verlieren dann die Motivation, die Notschlafstelle wieder zu verlassen.

Bei den Vermittlungen zeigte sich, dass der größte Teil der Mädchen wieder zurück in die Familie ging. In solchen Fällen wurde oft eine Sozialpädagogische Familienhilfe mit angeregt, so dass die Straßenkinder nicht unbegleitet ins Familiensystem zurückgeschickt wurden. Bei den anderen Vermittlungsarten zeigte sich keine Präferenz, sondern ein breites Spektrum an Hilfsangeboten.

Bei den betroffenen Mädchen herrschte eine hohe Zufriedenheit mit dem Angebot, da sie die Notschlafstelle sofort weiterempfehlen würden. Auch Leiterin und Mitarbeiterinnen waren mit der guten Annahme zufrieden. Das angestrebte Ziel des Vertrauensaufbaus zu den Mädchen konnte gut erreicht werden.

Regeln und Abläufe wurden den Mädchen immer transparent dargestellt.

[4.5]

Die Chance des Projekts wird von den Beteiligten darin gesehen, Mädchen wirklich helfen zu können. Die Grenzen waren dann erreicht, wenn Mädchen hohe und komplexe Problematiken mitbrachten oder zu viele schwierige Fälle auf einmal da waren, so dass auch die Atmosphäre unter den Mädchen gereizter wurde.

4.5 Projekt „Lern x anders“ in Pforzheim

Strukturqualität

Im Projekt „Lern x anders“ des Familienzentrums Au wurden aktive SchulerweigerInnen gemeinsam von zwei LehrerInnen (50%- bzw. 41,5%-Anstellung) und einem Sozialpädagogen (75%-Stelle) betreut. Die MitarbeiterInnen brachten Erfahrungen im Bereich der Jugendhilfe, der Berufsbildung für Jugendliche sowie in der Vorbereitung von Jugendlichen auf den Hauptschulabschluss mit. Wesentliche Bestandteile des Projekts waren Unterrichtsvermittlung und Soziale Gruppenarbeit, wobei das Lernen in der Kleingruppe mit dem Ziel erfolgte, in einem Jahr den Hauptschulabschluss nachzuholen.

Eine sehr enge Kooperation bestand zu einem Jugendhilfeträger, der ein ähnliches Schul-Projekt durchgeführt hat. Zudem fanden Gespräche mit dem Schulamt und mit einzelnen Schulen bzw. den SchulsozialarbeiterInnen statt. Das Projekt wurde darüber hinaus in der Sozialraumkonferenz thematisiert. Über die gesamte Projektlaufzeit hinweg gab es einen regelmäßigen Austausch mit dem ASD/Jugendamt.

Die ProjektmitarbeiterInnen konnten regelmäßig Supervision in Anspruch nehmen (ca. 1 Mal im Monat und bei Bedarf öfter), und zwei Mal wöchentlich fanden Teambesprechungen statt, wobei es abwechselnd um organisatorische und inhaltliche Fragen ging. Eine Evaluation der Maßnahme erfolgte fortlaufend, indem der Projektverlauf für jede/n Jugendliche/n ausführlich schriftlich dokumentiert wurde. Schwierigkeiten bereitete anfangs die Aufteilung in Unterricht vormittags und Soziale Gruppenarbeit nachmittags, da die TeilnehmerInnen kaum motiviert waren, nach dem Unterricht am Nachmittagsprogramm teilzunehmen. Dies führte zu der konzeptionellen Veränderung, dass LehrerInnen und SozialpädagogInnen ihre Arbeitsteilung aufgaben und gemeinsam mit den Jugendlichen den gesamten Tag verbrachten, wobei sich schulische Inhalte und freizeitpädagogische Angebote abwechselten.

Der Unterricht und die Soziale Gruppenarbeit fanden zu Beginn des Projekts in den Räumlichkeiten des Familienzentrums statt, wobei die TeilnehmerInnen und MitarbeiterInnen im Verlauf des ersten Jahres feststellten, dass diese Räume nicht geeignet waren, um eine ruhige

Lernatmosphäre zu unterstützen. Daher wurde zu Beginn des zweiten Jahres eine Wohnung für das Projekt angemietet, die die Jugendlichen auch mit gestalten konnten.

Was die Nachhaltigkeit des Projekts angeht, so wurde vom Vorstand des Familienzentrums beschlossen, das Projekt weiterzuführen, da es Bedarf für eine Fortführung gibt, auch wenn die Finanzierung schwierig ist und die Höhe der Gelder darüber entscheidet, welche Angebote den TeilnehmerInnen gemacht werden können. Die Soziale Gruppenarbeit wird dabei weiterhin über das Jugendamt abgerechnet.

Prozessqualität

„Lern x anders“ erhielt große Aufmerksamkeit seitens der Presse und so wurde eine Reihe von Zeitungsartikeln im Verlauf des Projekts veröffentlicht. Daneben wurde auch die Fachöffentlichkeit (vor allem Jugendamt, Schulamt und Schulen) in der Sozialraumkonferenz und in persönlichen Treffen über den Projektverlauf informiert. In Bezug auf die Kooperation mit Schulen wies die Projektleiterin darauf hin, dass es eine längere Zeit gedauert hat, bis man das Vertrauen von SchulleiterInnen und LehrerInnen gewonnen hatte.

Was die Angebote für die TeilnehmerInnen angeht, so hatte die Lernstoffvermittlung im Unterricht die größte Bedeutung für die Jugendlichen, wobei ausschließlich die Fächer gelehrt wurden, die in der Schulfremdenprüfung verlangt wurden. Es gab kein Klingelzeichen, was die Lernatmosphäre sehr aufgelockert hat. Das gemeinsame Frühstück, das die Jugendlichen wenig in Anspruch genommen haben, wurde im Verlauf des Projekts durch ein gemeinsames Mittagessen ersetzt. Sehr gut ist bei den Jugendlichen auch die Vermittlung in Praktika angekommen, die der Berufsorientierung der TeilnehmerInnen dienen und die Motivation, einen möglichst guten Abschluss zu erreichen, erhöhten. Pünktlichkeit und regelmäßiges Kommen waren wichtige Voraussetzungen für die Teilnahme am Projekt.

Der Zugang zum Projekt erfolgte über das Jugendamt bzw. die Mobile Jugendarbeit, wobei vor allem den StreetworkerInnen eine wichtige Bedeutung bei der Vermittlung zukam, da sie aufgrund ihres niedrigschwelligen Angebotes die in Frage kommenden Jugendlichen erreichen und sie dazu motivieren konnten, das Projekt in Anspruch zu nehmen. Aus Sicht des Jugendamtes ist es wichtig, dass es Angebote unterhalb der Schwelle der Hilfen zu Erziehung gibt, um Jugendliche adäquat unterstützen zu können.

In der Arbeit mit den Jugendlichen war aus Sicht einer Lehrerin ein respektvoller Umgang und ein gutes offenes Verhältnis mit den

„... da es Bedarf für eine Fortführung gibt, auch wenn die Finanzierung schwierig ist und die Höhe der Gelder darüber entscheidet, welche Angebote den TeilnehmerInnen gemacht werden können.“

Jugendlichen sehr wichtig. Daneben bedarf es viel Geduld, um auch Rückschläge einstecken zu können. Die Leiterin des Familienzentrums ist bei Bedarf als Schlichterin aufgetreten, d.h. sie wurde dann in Konfliktsituationen eingeschaltet, wenn diese von den ProjektmitarbeiterInnen nicht mehr alleine bewältigt werden konnten. Von dem interviewten ASD-Mitarbeiter wurde die unbürokratische und flexible Art des Familienzentrums positiv hervorgehoben. Für die Bewilligung der Sozialen Gruppenarbeit fand ein pragmatisches, verkürztes Hilfeplanverfahren statt.

Ergebnisqualität

Im Projekt standen insgesamt 10 Plätze zur Verfügung, wobei während des ersten Jahres eine Aufteilung in zwei Gruppen stattfand, d.h. TeilnehmerInnen, die in einem Jahr bzw. in zwei Jahren den Hauptschulabschluss erreichen konnten. In den zwei Jahren Projektlaufzeit haben insgesamt 18 Jugendliche teilgenommen, von denen elf den Hauptschulabschluss erreicht haben. Drei TeilnehmerInnen haben nicht bestanden, von diesen wollen es aber zwei im nächsten Jahr probieren. Insgesamt vier Jugendliche mussten das Projekt vorzeitig verlassen.

Die Projektleiterin hat einen Fragebogen zur Einschätzung des Projekts konzipiert, der von den Jugendlichen zu zwei Zeitpunkten beantwortet wurde. Als besonders hilfreich für das Lernen nannten die Jugendlichen die Beratung durch die ProjektmitarbeiterInnen, das gemeinsame Lernen mit anderen Jugendlichen aus der Gruppe, die Gruppenaktivitäten, die im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit stattfanden sowie das Wissen, dass man sich um sie kümmert, wenn sie Probleme haben. Zur Wissensaneignung war es den Jugendlichen besonders wichtig, dass sie in einer kleinen Gruppe lernen konnten, und dass ein gemeinsamer Unterricht stattfand. Die Hauptgründe, an dem Projekt teilzunehmen, waren für die Jugendlichen – entsprechend der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten –, „weil der Hauptschulabschluss wichtig für mich ist“, „weil ich keine bessere Wahl habe“ und „weil ich nur so eine Zukunft für mich sehe“.

Einige Jugendliche befanden sich während des Projekts parallel im Betreuten Wohnen und erhielten über diese Maßnahme noch mehr Unterstützung. Ein Jugendlicher wurde in eine weiterführende Schule vermittelt, ein anderer möchte einen qualifizierten Hauptschulabschluss machen und lernt dafür noch Englisch. Alle TeilnehmerInnen haben sich bereits während des Projekts in Richtung einer Ausbildung oder einer Beschäftigung orientiert und erhielten auch nach der Abschlussprüfung Unterstützung bei der Suche nach einer Lehr- bzw. Arbeitsstelle.

4.6 Projekt „BauStellen“ in Freiburg

Strukturqualität

Der Diakonieverein des Diakonischen Werks Freiburg e.V. hatte mit dem Projekt „BauStellen“ das Ziel, jungen Menschen von 16 bis 21 Jahren, die ihren Lebensmittelpunkt auf die Straße oder in andere ungesicherte Wohnverhältnisse verlagert und gleichzeitig ihre Schule oder Ausbildung abgebrochen hatten, ein (sozial-)pädagogisches Angebot zu machen, das ihnen ermöglicht, eigenen Wohnraum zu erschaffen und darüber hinaus (berufliche) Qualifikationen zu erwerben. Die jugendlichen ProjektteilnehmerInnen sollten eine Chance bekommen, wieder sesshaft zu werden, so dass eine dauerhafte gesellschaftliche Ausgrenzung und Verarmung verhindert werden kann.

Dafür wurde ein zentral gelegenes Wohnhaus unter pädagogischer und handwerklicher Anleitung mit den ProjektteilnehmerInnen renoviert und umgebaut. Die Jugendlichen konnten von Anfang an in dem Haus wohnen und mitarbeiten. Nach dem Ende der zweijährigen Projektlaufzeit können die TeilnehmerInnen die neu erbauten Wohnungen weiterhin bewohnen, entweder selbständig mit Mietzahlungen oder innerhalb eines „Betreuten Wohnen für Erwachsene“ (§ 67 SGB XII).

Das Projekt wurde von der Einrichtungsleiterin (25%-Präsenzzeit) sowie von einer Sozialpädagogin und drei Diplom-/Sozialpädagogen (jeweils mit einer 75%-Stelle) durchgeführt, die neben der pädagogischen Ausbildung auch über handwerkliche Qualifikationen verfügten.

Die Investitionskosten des Projekts deckten sich über den Zuschuss der Stiftung „Deutsche Behindertenhilfe – Aktion Mensch e.V.“, geförderte Kapitalmarktdarlehen und Eigenmittel ab. Der Zuschuss von „Aktion Mensch“ ist für die nächsten 25 Jahre zweckgebunden, wodurch das Haus auch nach Projektabschluss jungen, von Wohnungsnot betroffenen Menschen bis 25 Jahren zur Verfügung stehen wird. Die Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) refinanzierten sich über den mit dem Landeswohlfahrtsverband Baden verhandelten Tagespflegesatz („Sonstige betreute Wohnformen“, § 34 SGB VIII), der von den zuständigen Jugendämtern entrichtet wurde sowie zusätzlich aus den Mitteln der Landesstiftung für zeitweise strukturell bedingte Beschränkungen der Aufnahmekapazitäten, die zu Auslastungsdefiziten führten. Inventargegenstände, Erstausrüstungen, technische Geräte u. Ä. wurden durch die Akquise weiterer Spenden finanziert.

Neben der Tagesstrukturierung durch die Mitarbeit der Jugendlichen wurde zudem alltagspraktische Unterstützung angeboten.

Das BauStellen-Projekt wurde in verschiedenen Gremien (Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss, Kuratorium Wohnungslosenhilfe) thematisiert, und es bestand eine gute Kooperation mit dem Jugendamt. Zusätzlich war die fachliche und innerstädtische Unterstützung groß. Es war jedoch schwer, die Projekterfolge der (Fach-)Öffentlichkeit zu vermitteln.

Das Projekt wurde wissenschaftlich begleitet und evaluiert, und die MitarbeiterInnen erhielten regelmäßige Supervision.

Prozessqualität

Der Kontakt zu Jugendlichen wurde anfangs über Streetwork bzw. über die „Freiburger Straßenschule“ hergestellt. Im weiteren Verlauf entstanden auch Kontakte über Jugendliche, die ihren Freunden die Einrichtung empfahlen, und auch über trägerinterne Vermittlungen. Von Seiten des Jugendamtes kam es immer wieder zu sehr guten und wichtigen Kooperationen.

Das Angebot war partizipativ gestaltet und darauf bedacht, die Jugendlichen durch eine individualisierte Pädagogik an ihrem jeweiligen Entwicklungsstand abzuholen.

Durch die Renovierungs- und Umbauarbeiten konnten sich die Jugendlichen in verschiedenen Bauberufen erproben und orientieren sowie sich gleichzeitig wieder an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen. Durch das geschlechtergemischte Team wurden auch geschlechtsspezifische Angebote ermöglicht, bei dem insbesondere junge Frauen in nicht frauentypischen Tätigkeiten arbeiten konnten. Neben der Tagesstrukturierung durch die Mitarbeit der Jugendlichen wurde zudem alltagspraktische Unterstützung angeboten; so zum Beispiel bei Amtergängen, Suchtbewältigung, Schuldenregulierung, Geldverwaltung etc., was neben den gemeinsamen Umbauarbeiten ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt darstellte, da die meisten BewohnerInnen noch Schulden aus der Vergangenheit mitbrachten und die Erledigung vieler alltäglicher Aufgaben bisher nicht ausreichend erlernt hatten. Des Weiteren bestand für die jungen Menschen die Möglichkeit, an Computerkursen teilzunehmen, Beratungsgespräche wahrzunehmen oder je nach individueller Voraussetzung auch einen entsprechenden Schulabschluss nachzuholen, um so wieder Zukunftsperspektiven entwickeln zu können.

Die Einzelfallbetreuung gestaltete sich sehr zeit- und arbeitsintensiv, so dass sich der Umbau des Hauses immer wieder verzögerte. Da die Jugendlichen aus ganz unterschiedlichen Unter-Gruppierungen stammten, kam es häufig zu Auseinandersetzungen untereinander oder auch zwischen den BesucherInnen der Jugendlichen. Um diese Konflikte gewaltfrei (und nicht nach dem Gesetz der Straße „Der Stär-

kere hat das Sagen“) zu lösen, waren viele Konfliktlösungsgespräche und das Erarbeiten adäquater Gewaltvermeidungsstrategien nötig. Dabei war es sehr wichtig, eine bleibende Gesprächsbereitschaft zu signalisieren und täglich vor Ort zu sein. Probleme und Konflikte ergaben sich hinsichtlich der Akzeptanz der Hunde (Hunde waren in der Einrichtung akzeptiert, sofern die Jugendlichen die Hunde schon vor Projektbeginn besaßen; ein Anschaffen der Hunde während des Projekts wurde verboten) und der Verbindungen zur „Szene“. In der Anfangszeit des Projekts drängten sehr viele Jugendliche aus der Szene der obdachlosen Jugendlichen/jungen Erwachsenen und der Punks in das zu renovierende Haus; Einschränkungen seitens der PädagogInnen wurden als „Polizeistaatsmethoden“ verurteilt. So dauerte es lange, bis die BewohnerInnen selbst ein Bedürfnis nach Abgrenzung entwickeln und dies dann mühsam realisieren konnten.

Generell gab es transparente Regeln für das Zusammenleben in der Einrichtung, die alle Jugendlichen unterschreiben mussten. Allerdings waren im Sinne einer individualisierten Pädagogik auch transparente Sondervereinbarungen möglich. Manche Jugendlichen konnten dies aber nicht vollständig nachvollziehen und fühlten sich benachteiligt. Regelverstöße führten nicht gleich zu einem Ausschluss der Jugendlichen: Es wurden zwei Abmahnungen ausgesprochen, erst bei der dritten mussten die Jugendlichen die Einrichtung verlassen. Häufig war es so, dass Grenzen und Konsequenzen nicht kontinuierlich verfolgt wurden, was die Arbeit sehr erschwerte.

Für die Jugendlichen war es sehr wichtig, konstant dieselbe Bezugsperson zu haben. Durch Geduld, Verbindlichkeit und Verlässlichkeit der PädagogInnen konnten die Jugendlichen langsam Vertrauen aufbauen. Eine wichtige Rolle spielte dabei, dass die MitarbeiterInnen die Jugendlichen mit der Vielschichtigkeit ihrer Probleme zunächst vorbehaltlos akzeptierten. Durch eine sehr gute Zusammenarbeit im Team und die Aufteilung von Zuständigkeit war eine hohe MitarbeiterInnenmotivation vorhanden. Erschwert wurde diese jedoch durch unsichere institutionelle bzw. finanzielle Rahmenbedingungen. Von großer Bedeutung war auch die Lobby-Arbeit, da den PädagogInnen so eine störungsfreiere Arbeit möglich war.

Ergebnisqualität

Acht Wohnungen wurden im Rahmen des Projekts mit den Jugendlichen in hoher Qualität fertig gestellt, weitere drei sollen noch in Fremdarbeit hinzukommen. Insgesamt wurden im Verlauf des Projekts elf Jugendliche, fünf Mädchen und sechs Jungen betreut. Fünf Jugendliche haben das Projekt während der Laufzeit abgebro-

chen, davon möchte ein Jugendlicher jedoch nach Projektende wieder in dem Haus leben. Unter den sieben Jugendlichen, die nach Ende der Projektphase die Wohnungen als reguläre MieterInnen beziehen konnten, sind sechs, die bereits seit der Anfangszeit des Projektes dabei waren.

Mit dem Bezug der fertigen Wohnungen sind die BewohnerInnen Rechte und Pflichten eingegangen, die in einem Nutzungsvertrag festgeschrieben sind; sie blieben aber alle bis Projektende innerhalb des Status der Jugendhilfe. Alle BewohnerInnen, die schon während der Laufzeit eine fertige Wohnung beziehen durften, mussten weiterhin an dem Umbau der übrigen Einheiten mitwirken, die eigene Wohnung sauber halten und zusätzlich eine Gemeinschaftsaufgabe für das Haus übernehmen (z.B. Straße kehren, die Waschküche putzen, Müll versorgen etc), so dass langfristig alle Mieterpflichten von den jungen Menschen übernommen werden können. Wurden diese Aufgaben nicht sachgerecht erfüllt, musste der/die betreffende Jugendliche wieder in den Gemeinschaftsbereich des Hauses (zurück-)ziehen und konnte erst nach einer Auszeit wieder seine/ihre Mietfähigkeit unter Beweis stellen.

Die ProjektteilnehmerInnen möchten bisher alle in ihren selbst geschaffenen Wohnungen wohnen bleiben, entweder als reguläre Mieter oder mit Anschluss an ein Betreutes Wohnen für Erwachsene. Die Mietverträge sind bis zum 25. Lebensjahr befristet. Dadurch, dass das Haus die nächsten 25 Jahre zweckgebunden ist, besteht eine hohe Nachhaltigkeit.

4.7 Projekt „Niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene in besonderen Lebenslagen“ in Konstanz

Strukturqualität

Das Projekt richtete sich an 18- bis 26-jährige junge Menschen, die überwiegend aus der Konstanzer Punk- bzw. Straßenszene stammten, und gab ihnen die Möglichkeit, maximal sechs Monate in einer Übergangswohnung zu verbringen. Die insgesamt neun ProjektteilnehmerInnen erhielten parallel eine begleitende Betreuung durch zwei psychologische Mitarbeiter des Vereins für Familien- und Erziehungshilfe Konstanz, wobei es für die jungen Menschen verpflichtend war, die Betreuung durch jeweils eine Person zu akzeptieren und in Anspruch zu nehmen. Beide Psychologen verfügten über mehr als 10 Jahre Berufserfahrung im Bereich der Hilfe zur Erziehung. Supervision fand je nach Bedarf ein Mal monatlich im Umfang von zwei Stunden statt. Das Projekt wurde in enger Kooperation zwischen dem Verein

[4.7]

Insgesamt wurden im Verlauf des Projekts elf Jugendliche, fünf Mädchen und sechs Jungen betreut.

für Familien- und Erziehungshilfe, der Mobilen Jugendarbeit und dem Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Konstanz implementiert und durchgeführt. In einem Hilfeplan wurden die individuellen Ziele der TeilnehmerInnen konkret festgelegt und regelmäßig überprüft. Für das Projekt stand eine vom Verein für Familien- und Erziehungshilfe angemietete Dreizimmerwohnung zur Verfügung, die bewusst ziemlich karg eingerichtet war und damit den Übergangscharakter deutlich machte. Die Wohnung konnte gleichzeitig von zwei BewohnerInnen und maximal drei Hunden genutzt werden. Die niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit ist auch nach der von der Landesstiftung geförderten Projektlaufzeit finanziell abgesichert und gilt als fester Bestandteil der Jugendhilfe; die Kosten werden komplett von der Stadt Konstanz getragen.

Prozessqualität

Die Arbeit mit den jungen Menschen im Projekt war sehr individuell und richtete sich nach den im Hilfeplan festgelegten Zielen, wobei häufig grundlegende alltagspraktische Dinge im Vordergrund standen, wie z.B. einen Tagesrhythmus zu finden, eine berufliche Perspektive zu entwickeln, sich auf Wohnungssuche zu begeben oder finanzielle Unterstützung zu beantragen. Dabei war es sehr wichtig, eine Überforderung der TeilnehmerInnen zu vermeiden und schrittweise an den Zielen zu arbeiten. Im Vordergrund jeder Hilfe stand die Suche nach bezahlbarem Wohnraum, die aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Konstanz sehr viel Zeit während der Begleitung in Anspruch nahm. Die ursprünglich festgelegte Wohndauer von maximal drei Monaten wurde deshalb auch nach kurzer Zeit auf sechs Monate ausgeweitet.

Der Bedarf für das Projekt lag darin, jungen Menschen, für die die Schwelle zum Betreuten Wohnen zu hoch war, ein niedrigschwelliges Angebot machen zu können. Das Projekt ergänzte somit zum einen das Hilfespektrum des Vereins für Familien- und Erziehungshilfe, der den Anspruch hat, alle ambulanten Hilfen anzubieten, zum anderen war es eine zusätzliche Hilfeform, bei der das KJHG kein „klassisches“ Angebot vorsieht.

Voraussetzung für eine Teilnahme am Projekt war, dass die Jugendlichen in Konstanz bei der Mobilen Jugendarbeit oder beim Jugendamt bekannt waren. Zudem mussten sie motiviert sein und die regelmäßige Betreuung akzeptieren, womit sich das Projekt an dieser Stelle deutlich von einer reinen Notschlafstelle abgrenzte.

Der Zugang zum Projekt erfolgte in den meisten Fällen über den Kontakt der Jugendlichen zur Mobilen Jugendarbeit, die in direktem Kontakt mit der „Szene“ standen. Auch während des Projekts waren die MitarbeiterInnen der Mobilen Jugendarbeit wichtige Ansprech-

Im Vordergrund jeder Hilfe stand die Suche nach bezahlbarem Wohnraum, die aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes in Konstanz sehr viel Zeit während der Begleitung in Anspruch nahm.

personen, wobei die Jugendlichen wussten, dass sie sich den MitarbeiterInnen dort persönlich anvertrauen konnten, ohne Angst haben zu müssen, dass diese Informationen an den Verein für Familien- und Erziehungshilfe oder das Jugendamt weitergeleitet wurden. In seltenen Fällen kamen junge Menschen auch über den ASD ins Projekt. Mittlerweile empfehlen ehemalige TeilnehmerInnen die Übergangswohnmöglichkeit anderen weiter. Für das Projekt wurde bewusst keine große Öffentlichkeitsarbeit gemacht, um breite Werbung zu vermeiden. Auch als die Wohnung über längere Zeit leer stand, wurde seitens des Jugendamtes kein Druck gemacht, sondern abgewartet, bis die Plätze wieder belegt werden konnten. Für das Wohnen gab es transparente Regeln (z.B. keine Gewalt gegen Gegenstände oder gegen MitbewohnerInnen, keine Übernachtungen von Gästen), die von den BewohnerInnen akzeptiert und auch gegenüber anderen vertreten wurden.

Der Kernpunkt der Beziehung zwischen den MitarbeiterInnen und den jungen Erwachsenen bildete ein respektvoller Umgang. Wichtig war es, im Sinne einer „verständnisvollen Betreuung“ den richtigen Ton zu treffen, um etwas anstoßen und erreichen zu können. Die besondere Bedeutung einer regelmäßigen Betreuung lag darin, bei den jungen Menschen immer wieder nachfragen zu können, ob vereinbarte Schritte in die Tat umgesetzt wurden.

Von allen interviewten Personen wurde die sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem Verein für Familien- und Erziehungshilfe, dem Jugendamt und der Mobilen Jugendarbeit hervorgehoben, die sich auf die konzeptionelle, aber auch die Einzelfallebene bezog. Daneben existierten auch unabhängig vom Übergangswohnprojekt Kooperationen auf offizieller und informeller Ebene.

Ergebnisqualität

Die zwei Wohnplätze wurden bislang von 9 jungen Menschen (5 Männern und 4 Frauen) in Anspruch genommen. Das Projekt wurde dabei zu Beginn nicht in dem ursprünglich erwarteten Ausmaß genutzt, ohne dass dies auf eine zu hohe Zugangsschwelle zurückgeführt werden konnte. Gründe für die „Flaute“ waren vielmehr Veränderungen in der Innenstadtszene, so dass die Gruppe derjenigen, die für das Projekt in Frage kamen, zeitweise sehr klein war und sich die Zielgruppe erst durch Zuzug aus anderen Städten gegen Ende der Laufzeit wieder vergrößerte.

Der Erfolg des Projektes zeigte sich im Einzelfall darin, inwieweit die mit den jungen Erwachsenen zu Beginn des Projekts festgelegten Ziele erreicht werden konnten. Beispiele für erreichte Ziele waren z.B. das Durchhalten einer Ausbildung, dauerhafte Heroin-Abstinenz oder ein stabiler Wohnsitz.

Das Projekt zielte insgesamt darauf ab, jungen Menschen die Chance zu geben, eine Auszeit nehmen zu können und ihnen eine neue Perspektive z.B. im Hinblick auf Wohnung und Arbeit zu vermitteln. Diese Auszeit konnte von allen ProjektteilnehmerInnen gut genutzt werden. Trotz der prekären Wohnsituation in Konstanz haben die jungen Menschen, die unbedingt eine Wohnung wollten, auch eine gefunden. Als positiv wurde hervorgehoben, dass die jungen Menschen nach Ende des Projekts auch weiterhin in Kontakt mit den MitarbeiterInnen der Mobilen Jugendarbeit bleiben konnten, um so im Sinne einer „Nachsorge“ weiter begleitet und unterstützt werden zu können.

4.8 Projekt „Schulverweigerer und Schulschwänzer“ in Reutlingen

Strukturqualität

Zielgruppe des Reutlinger SchulverweigerInnen-Projekts waren Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, wobei die meisten zwischen 13 und 16 Jahre alt waren. Die in den Interviews formulierten Hauptziele lagen auf zwei Ebenen, zum einen das Ziel, SchülerInnen, die bereits über längere Zeit dem Unterricht fernblieben, wieder zu integrieren, und zum anderen das Ziel, die Vernetzungsstrukturen zwischen Schule und Jugendhilfe zu intensivieren. Die Projektidee entstand auf Initiative des Schulamtes, wo der Bedarf für eine aufsuchende Einzelfallarbeit mit SchulverweigerInnen festgestellt wurde, die von Schulamt bzw. Jugendamt aber nicht zu leisten war. Daher wurde zur Konkretisierung des Konzepts Kontakt zu ridaf (Reutlinger Initiative deutsche und ausländische Familien gGmbH) aufgenommen. Es gab eine klare Grundsatzentscheidung, dass keine alternative Beschulung für die Zielgruppe konzipiert werden sollte, sondern dass mit und in den vorhandenen Strukturen gearbeitet werden sollte. Dabei sollte sowohl eine Intervention in Krisenfällen als auch eine Prävention („Frühwarnsystem“) gewährleistet werden. Positiv wurde hervorgehoben, dass die Konzeption nicht starr war, sondern sich an die Gegebenheiten anpassen konnte und somit sehr praktikabel war. Ein besonderes Kennzeichen des Projekts war die enge Kooperation zwischen ridaf, Jugendamt, Schulamt und den Schulen (inkl. Schulsozialarbeit), die auch strukturell über den gemeinsamen Arbeitskreis „SchulverweigerInnen“ verankert war.

Bei ridaf arbeiteten zwei hauptamtliche Mitarbeiter im Projekt, ein Diplom-Sozialpädagoge mit einer 60%-Stelle und ein Diplom-Pädagoge mit einer 50%-Stelle, der gleichzeitig Projektleiter war. Beide Mitarbeiter haben mehrjährige Berufserfahrung in der Jugendarbeit, der Familienhilfe und in der Berufsvorbereitung von Jugendlichen. Alle

„Mit den Jugendlichen wurden kleinstufige Ziele festgelegt, wobei es häufig darum ging, den Alltag so zu strukturieren, dass Schule wieder organisiert werden konnte.“

zwei Monate hatten die Mitarbeiter die Möglichkeit, Supervision in Anspruch zu nehmen. Außerdem konnten sie an themenspezifischen Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen. Kritisiert wurde in den Interviews, dass die Personal- und Sachkosten für den Umfang des Projekts knapp kalkuliert waren und den Kostenrahmen sprengten. So war die 60%-Stelle des ridaf-Mitarbeiters, der sich oft als Einzelkämpfer fühlte, nicht ausreichend, um dem hohen Bedarf gerecht zu werden. Wünschenswert wäre eine Aufstockung der Personalstellen und die Anstellung weiterer MitarbeiterInnen, um zukünftig im Team arbeiten zu können. Das Projekt wird auch nach Abschluss der Projektförderung durch die Landesstiftung weitergeführt, wobei die Finanzierung derzeit über verschiedene Mittel (Stadt, Land, Europäischer Sozialfond) erfolgt.

Prozessqualität

Das Projekt war gekennzeichnet durch eine aufsuchende Arbeit, d.h. durch persönliche Gespräche mit den SchülerInnen und ihren Familien sowie den Kontakt zu allen relevanten Stellen, mit dem Ziel, die Kommunikationswege wieder zu öffnen. Die Entwicklung gemeinsamer Strukturen bis in die Familie hinein (z.B. ASD-MitarbeiterIn, LehrerIn, SchülerIn und Eltern sitzen an einem Tisch) stand im Vordergrund.

Der Zugang zum Projekt war klar strukturiert. Nach der Meldung eines/einer SchülerIn, der/die nicht oder nicht mehr regelmäßig zur Schule ging, berieten die MitarbeiterInnen des Schulamtes und des Jugendamtes gemeinsam darüber, ob der/die genannte SchülerIn in das Projekt aufgenommen werden sollte. Bei einer positiven Entscheidung für das Projekt erhielten die Eltern ein Schreiben mit dem Hinweis, dass sich ein Mitarbeiter von ridaf im Auftrag des Jugendamtes und des Schulamtes mit der Familie in Verbindung setzen wird. Gleichzeitig erhielt der ridaf-Mitarbeiter alle vorliegenden Informationen über den/die SchülerIn und nahm dann Kontakt mit der Familie auf. Durch die schnelle „Zuweisung“ der SchülerInnen ins Projekt wurde ein zeitnahes Reagieren ermöglicht und es entstanden keine langen Wartezeiten.

Anschließend fand zunächst ein Gespräch zwischen dem Mitarbeiter und allen Familienmitgliedern statt, dann entschied es sich von Fall zu Fall, ob schwerpunktmäßig allein mit dem/der Jugendlichen oder auch mit den Eltern zusammen gearbeitet wurde. Mit den Jugendlichen wurden kleinstufige Ziele festgelegt, wobei es häufig darum ging, den Alltag so zu strukturieren, dass Schule wieder organisiert werden konnte. Voraussetzung war dabei, dass sich die Jugendlichen auf das Angebot einlassen konnten und zur Mitarbeit motiviert waren. Bei Bedarf und je nach Einzelfall wurden persönliche Gespräche

mit weiteren Personen und Einrichtungen geführt (z.B. LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen, ASD-MitarbeiterInnen, Ordnungsamt, Beratungsstellen, Gericht, Jugendpolizei...). Der Zugang zu den Schulen erfolgte dort besonders gut, wo es bereits im Vorfeld des Projekts Kontakte zu ridaf gab und eine Vertrauensbasis schon hergestellt war. Zu den Jugendlichen wurde z.B. über jugendspezifische Themen wie Computer ein guter Zugang gefunden. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund war es von Vorteil, dass der Mitarbeiter von ridaf selbst über Migrationserfahrungen verfügt.

Die Öffentlichkeitsarbeit fand im Projekt hauptsächlich über die Presse (Zeitung, Radio, Fernsehen) statt, wobei die Resonanz auf das Thema sehr groß war. Im Rahmen der Fachöffentlichkeit fanden Fortbildungen für LehrerInnen statt, um die Grundgedanken des Projekts zu vermitteln und diese auch in die Schulkonzeptionen aufzunehmen. Die Fortbildungen hatten unter anderem das Ziel, Schulen für die unterschiedlichen Ursachen von Schulverweigerung zu sensibilisieren.

Ergebnisqualität

Am Projekt haben im Zeitraum zwischen Juli 2003 und Dezember 2005 25 Jugendliche teilgenommen, davon 15 männliche und 10 weibliche Jugendliche. Zwei Drittel der Jugendlichen hatten einen Migrationshintergrund. Die Betreuungsdauer lag bei durchschnittlich sechs Monaten.

Die Chance des Projekts lag darin, dass jugendliche SchulverweigerInnen tatsächlich erreicht werden konnten und keine erneute Ausgrenzung erfuhren. Andererseits hatte das Projekt nicht bei allen Jugendlichen Erfolg, da man dem/der SchülerIn nichts abnehmen, sondern nur Dinge anstoßen kann.

Wichtigstes Erfolgskriterium, an dem auch die Arbeit der ridaf-Mitarbeiter gemessen wurde, war, ob es ein/eine SchülerIn schafft, wieder regelmäßig zur Schule zu gehen. Bei manchen Jugendlichen musste dieses Ziel heruntergeschraubt werden, um sie zunächst einmal für die Mitarbeit zu motivieren. Weitere erzielte Erfolge waren Entspannung in Konfliktsituationen und Veränderung der persönlichen bzw. familiären Situation. Im Kontakt mit anderen Fachkräften und Institutionen war es ein wichtiges Ziel, das Thema Schulverweigerung ins Bewusstsein zu bringen.

Während des Projekts wurden die Kooperationsstrukturen zwischen Jugendamt und Schulamt weiter ausgebaut und verbessert, wobei das Reutlinger Konzept auch in anderen Regionen vorgestellt wurde. Weitervermittlung war ein wichtiger Teilaspekt des Projekts und bei allen ProjektteilnehmerInnen Thema. So wurden unterschiedliche Un-

terstützungsmaßnahmen (z.B. Familientherapie, Beratung, stationäre Maßnahme) in die Wege geleitet. Der Mitarbeiter fungierte dabei als Moderator für die unterschiedlichen Beteiligten.

4.9 Projekt „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ in Göppingen

Strukturqualität

Das Projekt „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ hatte zum Ziel, SchülerInnen im Alter von 12 bis 18 Jahren, die die Schule verweigerten, zu motivieren, die Schule wieder zu besuchen, oder auch SchülerInnen, die von einem Schulausschluss/-verweis bedroht waren, so zu unterstützen, dass sie an der Schule bleiben durften. Durchgeführt wurde das Projekt von einer Sozialpädagogin, die bereits bei der Jugendberufshilfe Future arbeitete und die für dieses Projekt einen zusätzlichen Stellenanteil von 20% bekam. Um eine Beziehung zu den Jugendlichen aufzubauen, wurde den Jugendlichen eine „Rund-um-die-Uhr“-Ansprechbarkeit gewährleistet, so dass die tatsächliche Arbeitszeit ca. 40% ausmachte. Finanziert wurde die Mehr-Arbeit aus eigenen Mitteln.

Die Sozialpädagogin, die eine zusätzliche Coaching-Ausbildung hat, arbeitete alleine in dem Projekt, war jedoch in der Einrichtung der Jugendberufshilfe Future in ein vielseitig qualifiziertes Team mit 4 bis 12 MitarbeiterInnen eingebunden, in dem ein fachlicher Austausch sowie Teamsupervisionen stattfanden.

Das Projekt hatte einen aufsuchenden Charakter, d.h. die Sozialpädagogin fuhr zu den Aufenthaltsplätzen der Jugendlichen, ihren Familien und/oder Freunden hin. Es wurden aber auch schulische und außerschulische Angebote des Projekts in den Räumen der Jugendberufshilfe durchgeführt, welche für die Jugendlichen einen geschützten Raum boten. In dem Projekt wurden Netzwerksitzungen sowie Kontaktaufnahme und -pflege zu vielen sozialen und öffentlichen Einrichtungen eine hohe Bedeutung zugemessen.

Das Projekt bot eine Chance, auszuprobieren, was alles möglich ist und erreicht werden kann. Die Sozialpädagogin konnte ihr Handeln sehr flexibel gestalten. Eine weitere Finanzierung nach Projektabschluss konnte über die Stadt, den Landkreis sowie über den Europäischen Sozialfond erreicht werden.

Prozessqualität

Die Arbeit mit den Jugendlichen war geprägt durch ein ständiges methodisches Ausprobieren. Da die meisten Jugendlichen zuvor schon mit vielen PädagogInnen zu tun hatten, bestand immer der erste

[4.9]

Schritt darin, einen Zugang zu den Jugendlichen zu finden und ihr Misstrauen abzubauen. Die Sozialpädagogin begegnete den SchülerInnen vorurteilsfrei und mit offener Ehrlichkeit.

Es wurden viele Aktionen angeboten, die „einfach Spaß machen sollten“ (Klettern, Grillen, Tauchen, Hochseilgarten, Eislaufen etc.), wobei dabei stets „Eins-zu-Eins-Betreuungen“ besser angenommen wurden, als Gruppenaktivitäten. Ausflüge in Freizeitparks oder entfernte Städte wurden nicht angeboten, um Frusterlebnisse wegen Geldmangels zu vermeiden.

Neben diesen freizeitpädagogischen Aktivitäten wurden die Jugendlichen individuell betreut und begleitet, um sie so aus ihrer Perspektivenlosigkeit zu holen und ihr Selbstbewusstsein zu steigern. Dazu zählte, den Jugendlichen den Lehrstoff in Form von Nachhilfe zu vermitteln, sie bei Bewerbungen zu unterstützen und sie zu Praxisstellen, zur Polizei, der Jugendgerichtshilfe u.Ä. zu begleiten. Die Sozialpädagogin war häufig eine Vermittlerin zwischen den Jugendlichen, den LehrerInnen und den Eltern, wobei sie insbesondere bei den Schulen sehr konstant und ausdauernd viele Gespräche führte. Zusätzlich leistete sie auch aktive Unterstützung und Hilfe für Eltern.

Damit es bei all dem zu keinem Beziehungsabbruch kam und um die Prozesse nicht ins Stocken zu bringen, war die Sozialpädagogin rund um die Uhr erreichbar. Konflikte wurden mit viel Geduld gelöst. Zeigten einzelne SchülerInnen immer wieder deviantes Verhalten trotz ständig neuer Chancen, kam es auch zu „unpädagogischen Lösungen“ gegenüber den Jugendlichen (z.B. deutlich spürbarer Zorn und Ärger).

Die Jugendlichen entwickelten im Laufe des Projekts viel Vertrauen und zeigten Dankbarkeit und Hoffnung, und es entstand eine enge emotionale Bindung.

Der Zugang zu dem Projekt lief anfangs über die Schulen. Im Laufe der Zeit kamen aber immer mehr SchülerInnen durch Mundpropaganda dazu. Da der Bedarf höher war als die personelle Kapazität wurde versucht, manche Jugendliche in andere Projekte der Jugendberufshilfe zu vermitteln. Generell wurde versucht, viele verschiedene Hilfe- und Unterstützungsquellen zu aktivieren und institutionelle Strukturen aufzuweichen.

Während der Projektlaufzeit wurden bewusst keine Presseartikel veröffentlicht, um ethische Grenzen nicht zu überschreiten. Es wurden aber die Sachberichte jedes Quartals nicht nur an die Finanziars, sondern auch an die Bundesagentur für Arbeit, das Landratsamt und den ASD geschickt, und es wurde im Jugendhilfeausschuss und in anderen Netzwerksitzungen über das Projekt referiert und politische Foren für Darstellungen genutzt. Für weitere finanzielle Mittel wurden Kirchengemeinden und Bürgerstiftungen angefragt.

Die Sozialpädagogin begegnete den SchülerInnen vorurteilsfrei und mit offener Ehrlichkeit.

Eine Schwierigkeit der Sozialpädagogin bestand aufgrund der „Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ in der Trennung von Berufs- und Privatleben.

Ergebnisqualität

An dem Projekt haben insgesamt 35 Jugendliche teilgenommen. Obwohl das Projekt mittlerweile offiziell abgeschlossen ist, werden noch immer 8 bis 12 Jugendliche sporadisch betreut. In begrenztem Maße werden sogar noch neue Jugendliche aufgenommen, es wird jedoch versucht, sie in andere Projekte einzubinden und im Rahmen dieser weiter zu begleiten.

Die Jugendlichen, die ein Durchschnittsalter von ca. 15 Jahren hatten, kamen aus allen sozialen Schichten, 60% der Jugendlichen hatten einen Migrationshintergrund. Jungen waren präsenter als Mädchen.

Das Projekt wurde von allen Beteiligten als sehr gelungen und sehr wichtig beurteilt, auch wenn es häufig wie ein „Tropfen auf dem heißen Stein“ schien. Es konnten Schulausschlüsse verhindert und viele SchülerInnen neu motiviert werden, ihr Leben wieder mit Perspektiven und Zielen hoffnungsvoll anzugehen. Es wurde von allen Beteiligten angemerkt, dass ein solches Projekt jedoch sehr personenbezogen ist. Grenzen gab es vor allem auf der Ebene der Bildungspolitik und der aktuellen Arbeitsmarktsituation. Es wurde auch bedauert, dass die Zugangsmöglichkeiten zu einigen Schulen begrenzt und durch die festen Strukturen zu wenig freies Gestalten möglich sei. Zudem standen LehrerInnen häufig in Konkurrenz zueinander, was das Arbeiten erschwerte. Allerdings waren einige Schulen auch so froh über die Unterstützung, dass sie sehr um eine gelingende Kooperation bemüht waren. Die Zusammenarbeit mit dem Sozialamt war durch die Hartz IV-Umstellung oft schwierig, da die Angestellten selbst in vielen Fragen überfordert waren.

Generell bestand im Nachhinein der Wunsch nach mehr Unterstützung und Verständnis durch und von verschiedenen Institutionen und mehr Entscheidungen für den Einzelfall, anstatt immer auf einer formal und rechtlich korrekten Ausführung zu beharren.

Die Zusammenarbeit mit der Polizei gestaltete sich sehr gut, ebenso war in den meisten Fällen eine gute Kooperation mit den Eltern möglich. Eine Schwierigkeit der Sozialpädagogin bestand aufgrund der „Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit“ in der Trennung von Berufs- und Privatleben. Hier wäre es hilfreich gewesen, sich die Arbeit mit einer Kollegin zu teilen.

Ein solches Projekt kann nach den Erfahrungen der Sozialpädagogin nur mit Erfolg durchgeführt werden, wenn

- es zu einem passt, man innerlich gefestigt ist und immer daran glaubt, dass es eine Lösung gibt, ohne dabei zu viel zu erwarten
- man bereit ist, sich darauf einzulassen, und auch mal bestehende Regeln „vergessen“ kann
- man in ungewöhnlichen Kategorien handeln kann und man als Pädagogin nicht immer schon eine Antwort bereit hat.

5. Übergreifende Auswertung: Bedeutsame Themen

In den projektbezogenen Einzelauswertungen wurde deutlich, dass es zentrale Themen gibt, die für diese Arbeitsfelder – unabhängig von der jeweiligen Projektausrichtung – immer wieder eine große Rolle spielen. Aus diesem Grund werden diese Themen in der folgenden Ergebnisdarstellung aufgegriffen und zusammengefasst erläutert. Im Einzelnen dreht es sich dabei um

- › die Bedarfsanalyse
- › den Zugang und Niederschwelligkeit
- › die Regeln und die Struktur
- › die Zieldefinition
- › die Beziehungen
- › die Unterstützung der MitarbeiterInnen
- › die Vernetzung und
- › die Nachhaltigkeit.

5.1 Bedarfsanalyse

In den Interviews wurde hinsichtlich des Projektbeginns angesprochen, dass sich eine gute Vorarbeit auszahlt oder dass eine bessere Bedarfsanalyse notwendig gewesen wäre. Ein Projektleiter reflektierte: „Ich denke, man müsste mehr Bedarfsanalyse betreiben. Also gerade jetzt nicht einfach nur hören von der Schule, ha doch, da gibt es einige und darauf vertrauen. Sondern wirklich mal ein bisschen mehr reingehen, auch aufs Jugendamt und suchen, wo sind wirklich Familien, die das brauchen“ (W1, Z.541ff). Da aber wenig verlässliche Zahlen zu Straßenkindern und SchulverweigerInnen vorliegen, ist eine dezidierte Bedarfsanalyse schwierig umzusetzen. Meistens wurde der Bedarf für das Projekt von einzelnen Fachkräften oder Einrichtungen angemeldet, z.B. von einem Jugendhilfeträger, der festgestellt hat, dass die Jugendlichen, die dort betreut wurden, die Möglichkeit bräuchten, einen externen Hauptschulabschluss nachzuholen. Die Mitarbeiterin einer Notschlafstelle beschreibt die Projektinitiative folgendermaßen: „(...) dass es eben drum geht (...), dass man die Leute nicht nur vier Stunden hier beraten kann oder beherbergen kann. Das reicht nicht, um zur Ruhe zu kommen oder an sie ranzukommen, sondern sie bräuchten einfach mal so ein, zwei Nächte, um Vertrauen zu fassen“ (S2, Z. 11ff). Der Bedarf wurde außerdem daran festgemacht, dass es wichtig sei, Jugendlichen eine neue Chance zu geben. Häufig wurde das Projekt deshalb umgesetzt, weil ein niederschwelliges Angebot für die jeweilige Zielgruppe gefehlt hat. Ein ASD-Mitarbeiter schilderte seine Erfahrungen folgendermaßen: „Also, wir haben festgestellt, wir haben

[5.1]

einen Bedarf, da muss was laufen. Jemand ist durch sämtliche Raster gefallen, einen Hauptschulabschluss in einer normalen Schule wird er nie kriegen können. Wir müssen uns jetzt was anderes überlegen. Und da kam das Projekt wie gerufen“ (P1, Z. 72ff). In allen Projekten konnten die in den Konzeptionen beschriebenen Zielgruppen erreicht werden, Abweichungen gab es lediglich beim Altersspektrum, so war es z.B. in zwei Projekten geplant, auch unter 12-jährige Kinder zu erreichen, was sich in der Praxis nicht umsetzen ließ. Zusätzlich bestand in einem Projekt die Schwierigkeit, dass sich feste Gruppen von Jugendlichen mit unterschiedlichen kulturellen und religiösen Hintergründen nicht vermischten, häufig kamen die einen oder die anderen. In zwei Wohn-/Übernachtungsprojekten waren die zur Verfügung gestellten Räume nicht immer belegt. Hier empfanden es die MitarbeiterInnen als große Hilfe, dass z.B. vom Jugendamt kein Druck gemacht wurde, die Räume anderweitig zu nutzen, sondern dass ausreichend Zeit für das Anlaufen des Projekts und die Testphase zugestanden wurde. Insgesamt waren die MitarbeiterInnen – mit Ausnahme eines Projekts – mit der Resonanz sehr zufrieden.

5.2 Zugang und Niederschwelligkeit

Ein wichtiges Ziel der neun Projekte war, ein Angebot für Jugendliche bereitzustellen, die aus vorhandenen Angeboten oder Maßnahmen herausgefallen waren bzw. für die es bisher gar kein Angebot gab. Bei der Konzeption und Implementierung war Niederschwelligkeit ein zentrales Prüfkriterium, wobei der Zugang zu den Projekten über unterschiedliche und in der Regel mehrere Wege erfolgte. Über alle Projekte hinweg wurden am häufigsten Anfragen von Jugendamt bzw. des ASD genannt, gefolgt von Anfragen der Schule, des Schulamtes bzw. der Schulsozialarbeit sowie Vermittlung über die Mobile Jugendarbeit, Beratungsstellen oder andere Jugendhilfeeinrichtungen. Auch Mundpropaganda unter den Jugendlichen war ein häufig genannter Zugangsweg. In einem Projekt wurde besonders hervorgehoben, dass sich das Angebot nur an SelbstmelderInnen richtete, in den übrigen Projekten war dies ebenfalls möglich, aber nicht als ausschließlicher Zugangsweg vorgesehen.

Neben der Niederschwelligkeit war die Freiwilligkeit ein weiterer wichtiger Aspekt. Die Jugendlichen konnten selbst entscheiden, ob sie das Angebot in Anspruch nehmen möchten und motiviert waren, das Projekt „durchzuhalten“ und erfolgreich abzuschließen. „Und was aber immer war, von Anfang an, es musste eine ausreichende Motivation da sein, das hat natürlich nicht gereicht, wenn der Streetworker und die Eltern das wollten“ (P3, Z. 118ff). Fehlende Motivation und Teilnahmebereitschaft wurde von den Interviewten sehr häufig als Grenze

„Und was aber immer war, von Anfang an, es musste eine ausreichende Motivation da sein, das hat natürlich nicht gereicht, wenn der Streetworker und die Eltern das wollten.“

der Projekte genannt, d.h. dass nicht alle Jugendlichen erreicht werden konnten und es einzelne Jugendliche gab, für welche die Schwelle immer noch zu hoch war.

Die Zugangsvoraussetzungen waren so gering wie möglich gehalten, in den meisten Projekten gab es aber klare Altersgrenzen, die nur in Ausnahmefällen über- bzw. unterschritten wurden. Außerdem wurde Wert darauf gelegt, die Formalitäten (z.B. beim Hilfeplanverfahren) im Rahmen zu halten. „Wir wollten den Aufwand nicht allzu hoch treiben. Andererseits formell haben wir es als Hilfe zur Erziehung nach § 29 KJHG angesehen und haben deswegen (...) darauf geachtet, dass es entsprechende Voraussetzungen gab, dass es einen Antrag der Eltern gab, also auch einen verkürzten. Das haben wir versucht, sehr pragmatisch zu fassen“ (P1, Z. 143ff).

Auch Ausschlusskriterien gab es wenige. So war es z.B. in drei Wohn-/Übernachtungsprojekten erlaubt, dass die Jugendlichen ihre Hunde mitbringen konnten. Eine Mitarbeiterin der Mobilen Jugendarbeit hebt die Niederschwelligkeit des Übergangwohnprojekts im Gegensatz zum betreuten Wohnen folgendermaßen hervor: „Das betreute Wohnen ist ja sehr hochschwellig, das war für die Leute auch ganz arg schwierig, also, sage ich mal, auch noch mal so den engen Kontakt zum Jugendamt zu haben, weil sie leider immer noch ein anderes Bild davon hatten oder auch vielleicht berechtigterweise auch ihre Erfahrungen gemacht haben. Und dadurch, dass sie die Beziehung zu uns hatten, war ziemlich schnell klar, wenn wir so was anleiern in einer niedrigschwelligeren Form, dann klappt das (K3, Z. 487ff).

5.3 Struktur und Regeln

Für viele Jugendliche, die an den Projekten teilgenommen haben, war es ein vorrangiges Ziel, den eigenen Alltag organisieren und strukturieren zu können. Hierbei war es hilfreich, dass die Jugendlichen in den Projekten klare Strukturen und AnsprechpartnerInnen sowie regelmäßige Angebote erfahren konnten, die ihnen Halt gaben und sie in der Alltagsbewältigung unterstützt haben. „Allein die Regelmäßigkeit ist wichtig. Und viele sagen auch, dass man jemanden hat, der einem ein bisschen auf die Füße steigt im Prinzip. Weniger als Kontrolle, als vielmehr jemand, der sagt: ‚Mensch, das muss mal wieder her und da musst du dich jetzt bewerben und den Berechtigungsschein musst du dir holen‘ (...)“ (K2, Z. 234ff).

In den Interviews wurde außerdem danach gefragt, ob es im Verlauf des Projekts Veränderungen am Konzept gegeben hatte. Die Ergebnisse zeigen, dass es in zwei Projekten keine und in sechs Projekten kleinere Änderungen gab, z.B. dass die Zeit, welche die Jugendlichen

im Projekt verbringen konnten, verlängert wurde oder dass auch jüngere oder ältere Jugendliche teilnehmen konnten. Als sehr hilfreich wurde die Möglichkeit angesehen, das Konzept zeitnah und flexibel auf die Gegebenheiten in der Praxis anpassen zu können. „Also, die Konzeption ist nicht sehr eng gefasst (...) Dafür ist es aber praktikabel, es ist durchführbar. Und deswegen sehe ich da auch, weil es nicht sehr eng gesteckt ist, sehe ich da auch keine Abweichung eigentlich“ (R1, Z. 55ff).

In den Projekten gab es allgemein wenig feste Regeln; die vorliegenden Regeln waren sehr grundsätzlicher Natur, wie z.B. keine Gewalt und keine Drogen, und wurden den Jugendlichen transparent gemacht. In den Interviews kam aber zum Ausdruck, dass diese Regeln nicht automatisch Ausschlusskriterien waren. „Dann gibt es noch ein paar Grundregeln wie Sauberkeit etc., die sind jetzt aber im Prinzip keine Ausschlusskriterien. Also ich würde sagen, (...) bewusst niedrig gewählte Zugangsvoraussetzungen, einfach damit da nicht so eine abschreckende Hürde besteht“ (K2, Z. 98 ff). Die MitarbeiterInnen waren also gefordert, sich zwischen zwei Polen zu bewegen, nämlich der Durchsetzbarkeit von Regeln auf der einen Seite und der notwendigen Toleranz gegenüber den Jugendlichen auf der anderen Seite. Bei allen Projekten hatte es eine große Bedeutung, dass die Regeln von den Jugendlichen akzeptiert werden konnten und deren Einhaltung zu bewältigen war. In den Interviews gab es hierzu auch Rückmeldungen, dass die Jugendlichen die festgelegten Regeln wichtig fanden und vor anderen vertreten haben: „Also, was sie [die Jugendlichen] sehr positiv fanden, war, dass in dieser Wohnung niemand übernachten durfte. Witzigerweise. Weil sie dann nämlich auch selber sagen konnten, das sind nicht meine Regeln, das sind die Regeln vom Verein. Also, es war auch eine Form von Schutz für sie“ (K3, Z. 158ff).

5.4 Zieldefinition

In den Interviews wurde als erstes wichtiges Ziel formuliert, eine vertrauensvolle Beziehung zu den Jugendlichen aufzubauen, um die Motivation zur Inanspruchnahme des Projekts zu fördern. Erst wenn die Bereitschaft der Jugendlichen zur Mitarbeit gewährleistet war, konnten weitere inhaltliche Ziele angesprochen werden.

Die Jugendlichen waren in allen Projekten selbst dafür verantwortlich, individuelle Ziele zu formulieren. Bei diesen Zielen sollte es sich um realistische Handlungsziele handeln, die von den Jugendlichen in der zur Verfügung stehenden Zeit erreicht werden konnten. Ein Lehrer erklärte dazu: „Die Schüler werden gefragt, wie viel Zeit möchtest Du hier in der Schule verbringen, damit du Dein Ziel erreichst?“ (E1, Z. 75f). Bei der Zielformulierung war es besonders wichtig, die Jugendlichen

„Dann gibt es noch ein paar Grundregeln wie Sauberkeit etc., die sind jetzt aber im Prinzip keine Ausschlusskriterien.“

nicht unter Druck zu setzen. Dies geht natürlich einher mit der Bereitschaft und Einstellung der MitarbeiterInnen, auch kleine Schritte und Erfolge zu akzeptieren. Für das Festlegen der Ziele sollte zu Beginn der Maßnahme genügend Zeit eingeplant werden, damit der/die Jugendliche wirklich für sich entscheiden kann, was er/sie erreichen möchte. Die MitarbeiterInnen sollten zudem den Jugendlichen deutlich machen, dass sie zwar begleitet und unterstützt werden können, im Grunde aber selbst verantwortlich für sich sind. „Was das Grundlegende ist, was am Besten angenommen wird, ist einfach das Gefühl, unterstützt zu sein, nicht allein zu sein, nicht kontrolliert zu werden, sondern wirklich, dass man versucht zu helfen. Und das denke ich, finden die meisten Jugendlichen eigentlich sehr, sehr gut in dem Projekt. Und dass man an Zielen arbeitet und dass man jemanden hat, der einen darauf hinweist (...), dass ich die Entscheidungen (...) im Prinzip zwar den Jugendlichen überlasse, aber durchaus sage, (...) was passieren kann, wenn du das jetzt nicht machst“ (K2, Z. 249ff).

Am häufigsten wurden in den Interviews folgende übergeordneten Ziele genannt: (Re-) Integration (statt weiterer Ausgrenzung), Stärkung der sozialen Kompetenzen, Strukturierung des Tagesablaufs und Stärkung des Selbstwertgefühls. Daneben gab es eine Reihe von Zielen, die sich auf längerfristige Perspektiven der Jugendlichen bezogen haben, z.B. Eröffnung von schulischen, Ausbildungs- und Lebensperspektiven, Arbeiten an eigenen Interessen und Fähigkeiten oder Vermittlung in weiterführende Angebote und Maßnahmen. Eine Lehrerin, mit deren Klasse innerhalb des Projekts gearbeitet wurde war froh, „(...)dass endlich mal jemand die Schüler aus ihrer Perspektivenlosigkeit holt“ (G2, Z. 104).

Mit der Zielerreichung im Projekt waren die meisten InterviewpartnerInnen sehr zufrieden. Sie wurden gebeten, die Zielerreichung des Projekts in Punkten zwischen 1 und 10 (von „1“ nicht erfolgreich bis „10“ sehr erfolgreich) anzugeben. Über alle Interviews hinweg ergab sich ein Mittelwert von 7,6 Punkten.

5.5 Beziehung

Eine Grundvoraussetzung, um ein konstruktives Arbeiten mit den Jugendlichen zu ermöglichen, bestand in allen neun Projekten, unabhängig davon, ob es sich um ein Straßenkinder- oder um ein SchulverweigerInnen-Projekt handelte, darin, dass zuerst ein Zugang zu den Jugendlichen gefunden und Misstrauen und Abwehr abgebaut werden mußte. Eine Mitarbeiterin beschrieb dies treffend: „(...) wie kann ich jetzt als 125. Pädagogin da jetzt kommen und sagen, aber ich krieg es hin mit dir. Ja, also ganz viel Misstrauen erst aus dem Weg räumen,

dann zu überlegen, mit welcher Strategie funktioniert es denn“ (G1, Z. 23ff). Die ProjektmitarbeiterInnen versuchten mit viel Ausdauer und Geduld, tragfähige Beziehungen zu den Jugendlichen aufzubauen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung geprägt waren. Die Jugendlichen wurden so angenommen und akzeptiert, wie sie waren, und es wurde individuell, ohne Leistungsdruck, auf sie eingegangen. Die MitarbeiterInnen standen den ProjektteilnehmerInnen langfristig, kontinuierlich und verlässlich als AnsprechpartnerInnen zur Seite, und es war wichtig, dass es in sensiblen Phasen zu keinen Beziehungsabbrüchen durch einen Bezugspersonenwechsel kam. Dadurch konnte im Laufe der Zeit eine gute Vertrauensbasis erreicht werden und die Jugendlichen kamen mit vielen persönlichen Problemen zu den MitarbeiterInnen, so dass vieles aufgearbeitet werden konnte und viele persönliche Gespräche geführt wurden. Ein Mitarbeiter zeigte seine Begeisterung: „Ich finde es toll, dass eine Vertrauensbasis geschaffen wurde, dass Offenheit da ist zwischen den Jugendlichen und uns“ (W1, Z. 328f). Die MitarbeiterInnen boten Unterstützung und Begleitung an, der Schritt, dies jedoch anzunehmen, musste immer von den Jugendlichen selbst kommen: „Ich kann ihm Hilfe anbieten, aber was er draus macht, ist seine Entscheidung“ (F3, Z. 373f).

Eine gewisse Ambivalenz in den Beziehungen konnte zum Teil nicht verhindert werden, da die Jugendlichen bei Problemen oft die MitarbeiterInnen verantwortlich machten und ihnen die „Buhmann-Rolle“ oder die klassische negative LehrerInnenrolle übertrugen, sie dabei auch manchmal beschimpften oder sogar bedrohten. Ein Lehrer benannte dies folgendermaßen: „(...) wo auch das Vertrauen, das man aufbaut, zum Teil enttäuscht wird, sei es, dass mal etwas wekommt oder dass man persönlich beleidigt oder angegangen wird“ (E2, Z. 131ff). So kam es immer mal wieder vor, dass Rückschläge eingesteckt werden und die MitarbeiterInnen bereit sein mussten, für eine erneute Beziehungsfestigung zu kämpfen. Eine Mitarbeiterin sagte dazu: „Wir haben einen Idealismus, der einfach nicht zu brechen ist“ (G1, Z. 367). Der gute und stabile Kontakt zwischen den Jugendlichen und den MitarbeiterInnen führte schließlich auch zu den Erfolgen der Projekte. Viele Jugendliche zeigten große Dankbarkeit, so auch dieses Mädchen, das meinte: „Gott sei Dank gibt es das. Du weißt gar nicht, wie viel auf der Straße sitzen, die froh wären, wenn sie kommen könnten“ (M4, Z. 517).

5.6 Unterstützung der MitarbeiterInnen

Aufgrund der vielfältigen Probleme und Schwierigkeiten, die in den beschriebenen Projekten auf verschiedenen Ebenen vorkamen, war es von Vorteil, wenn die MitarbeiterInnen auf eine fundierte Ausbildung

und auf Berufserfahrung in denselben oder ähnlichen Feldern zurückgreifen konnten.

Für die Durchführung der Projekte war es für die MitarbeiterInnen meistens auch sehr hilfreich, wenn sie in einem Team zusammenarbeiten konnten; wurde das Projekt größtenteils alleine durchgezogen, kam es leicht zu einem Gefühl des „Einzelkämpferdaseins“. Eine Mitarbeiterin, die alleine ein Projekt durchführte, berichtete: „Ich würde es nicht mehr alleine machen. (...) Man muss auch mal sagen können, du, mach du jetzt mal bei dem Fall weiter, ich kann nicht mehr“ (G1, Z. 754ff). In den Teams bestand ebenfalls der Vorteil, dass die MitarbeiterInnen sich durch die verschiedenen Erfahrungen, Kompetenzen und Spezialisierungen in Team- und Fallbesprechungen austauschen und unterstützen konnten und sich dadurch der Handlungsspielraum und die Motivation erweiterten.

Ein Problem, das sich zum Teil ergab, bestand darin, dass es für die vorhandene Arbeit zu wenig zeitliche und personelle Ressourcen gab, was zu einer Überforderung der eingesetzten MitarbeiterInnen führen konnte. „Also, das ist sicher auch (...) einfach ein Konflikt, also dass man einfach kucken muss, (...) wo ich meine Ressourcen habe, und die sind bei 60% und momentan 11 SchülerInnen. Da bin ich natürlich auch begrenzt“ (R2, Z. 559ff).

Aus diesem Grund, aber auch, da die Arbeit in den Projekten häufig als emotional bewegend und auch als belastend beschrieben wurde bzw. sich die MitarbeiterInnen in manchen Situationen hilflos fühlten, kam den regelmäßigen Supervisionsitzungen eine hohe Bedeutung zu; ebenso waren auch Fortbildungen wichtig. Dazu meinte eine Mitarbeiterin beispielsweise: „Wir waren halt auch am Anfang überfordert mit Konsequenzen. So diese Auszeit zu entwickeln, haben wir ja erst in der Supervision fertig gebracht“ (F3, Z. 404f).

Wesentliche Unterstützung kam den MitarbeiterInnen auch zu, wenn sie einen verlässlichen Rückhalt von der Leitungsebene und vom Träger erfahren konnten und in ihrer Arbeit eine gewisse Entscheidungsfreiheit und Handlungsspielraum hatten: „(...) wir haben uns so eine Freiheitsinsel schaffen können hier, so dass wir selber entscheiden können, was notwendig ist und was nicht“ (G1, 701f).

5.7 Vernetzung

In allen Projekten bestand eine gute Kooperation mit dem Jugendamt bzw. mit dem ASD. Zusätzlich wurde stets versucht, auch weitere Kooperationen/Vernetzungen z.B. mit den Eltern, der Schule, der Schulsozialarbeit, der Mobilen Jugendarbeit, der Polizei, den Beratungsstellen und anderen sozialen Einrichtungen herzustellen, so dass ein umfassendes Casemanagement entstehen konnte. Zusätzlich

„... wo auch das Vertrauen, das man aufbaut, zum Teil enttäuscht wird, sei es, dass mal etwas wekommt oder dass man persönlich beleidigt oder angegangen wird.“

[5.6]

[5.7]

hatten die Kooperationen einen so hohen Stellenwert, da es wichtig war, die Jugendlichen auch nach Projektabschluss bei Bedarf in andere Einrichtungen oder Projekte weiter vermitteln zu können. Schwierig gestaltete es sich aber insbesondere, „Hilfen zur Erziehung“ für 17-jährige Jugendliche bzw. Anschlusshilfen für über 18-Jährige genehmigt zu bekommen. Eine Mitarbeiterin schilderte dies folgendermaßen: „Eine Grenze ist auch da, wo die Schwierigkeit oder der mangelnde Veränderungswille nicht beim Jugendlichen liegt, sondern wenn dann beispielsweise ein Jugendamt sagt, sie bieten aber keine Hilfe mehr an. Dann kommen wir leider auch in unserem Angebot nicht sehr weit“ (S2, Z. 326ff). Auch in einem anderen Projekt war dies ein Kritikpunkt: „Das am Alter festzumachen, ist schade, aber es geht halt eher in die Richtung, dass, also 18 (...), wie der Gesetzgeber es sieht, sollte eigentlich Schluss sein. Das macht es für manche schwierig. Also, ich denke, da gibt es schon einige, wo ich sagen würde, Mensch, die bräuchten wahrscheinlich die intensive Betreuung, die sie jetzt hatten, mit ein bis zwei Treffen 1,5 oder 2 Stunden die Woche, womöglich noch länger. Nur ist es prinzipiell nicht vorgesehen. Wir bemühen uns, da Hilfen zu finden“ (K2, Z. 458ff).

Die Elternarbeit wurde sehr unterschiedlich beschrieben: Einige Projekte berichteten von einem sehr guten Zugang und einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern: „Die Kooperationsbereitschaft der Eltern ist erstaunlicherweise sehr groß. Wir hatten (...) einen Elternsprechtag, wo nur ein Elternteil gefehlt hat (...), weil er arbeiten musste. (...) Also das Interesse ist da, wir haben auch häufig Kontakt telefonisch, wenn was unklar ist“ (E1, Z. 349ff). Bei anderen Projekten wiederum lief die Elternarbeit schlechter als gehofft.

Die Schulen waren häufig froh, dass es die Projekte gab, trotzdem war es aufgrund der Schulstrukturen manchmal sehr schwierig, eine wirkungsvolle Kooperation zu erzielen. Eine Mitarbeiterin, die auch häufig an Schulen arbeitete, sagte: „Schule war für mich manchmal eine Krise. Diese Strukturen in Schulen waren für mich manchmal einfach schwierig. (...) Man darf nicht alle über einen Kamm scheren, (...) aber es gab da so zwei, drei Schulen, wo ich dachte, kennt ihr eure Schüler überhaupt? Wisst ihr, was für welche das sind? (...). Ein anderer Mitarbeiter betont, dass es von Vorteil ist, wenn man z.B. über andere Projekte bereits den LehrerInnen bekannt ist und dann einen schnelleren Zugang zur Schule hat. „Also, ich kenne Lehrer, Schulleiter, (...) also wir sind hier bekannt. Und das ist, glaube ich, eine ganz gute Voraussetzung. (...) Wir haben hier, denke ich, recht bald Erfolge erzielen können, nicht, weil wir so toll sind, sondern weil wir bekannt sind. Uns gibt es lange, wir haben einen Vertrauensvorsprung“ (R2, Z. 270ff).

„Die Kooperationsbereitschaft der Eltern ist erstaunlicherweise sehr groß.“

Wir haben hier, denke ich, recht bald Erfolge erzielen können, nicht, weil wir so toll sind, sondern weil wir bekannt sind.

[5.8]

Alle Projekte setzten sich mit dem Thema Öffentlichkeitsarbeit auseinander. Drei Projekte entschieden sich bewusst dafür, keine Öffentlichkeitsarbeit in Form von Zeitungsartikeln o.Ä. zu machen, da die Projekte ausgelastet waren und keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung hatten oder auch aus dem Grund, da die Befürchtung bestand, dass die Erfolge in kurzen Artikeln der (Fach-)Öffentlichkeit nicht vermittelt werden könnten.

In einem Projekt hatte die Öffentlichkeitsarbeit sehr negative Folgen, da in einem Zeitungsartikel trotz vorheriger Absprachen von „Straßenkindern“ berichtet wurde und daraufhin Eltern und Jugendliche sehr verärgert waren.

Innerhalb der Projekte wurde die Chance genutzt, die Projektarbeit in verschiedenen Gremien, z.B. in Sozialraumkonferenzen, im Jugendhilfeausschuss, in Lehrerkonferenzen, in verschiedenen Arbeitskreisen usw. zu thematisieren. Somit waren die Projekte bei anderen Einrichtungen und Professionellen bekannt. Generell bestand jedoch der Wunsch nach mehr Austausch und Zusammenarbeit mit ähnlichen Projekten.

5.8 Nachhaltigkeit

Von den neun Projekten befindet sich noch eines in der regulären Projektlaufzeit und eines lief zum Sommer 2006 hin aus. Die anderen sieben Projekte wurden nach dem offiziellen Ende weitergeführt, da sich die Konzepte bewährt hatten, Erfolge erzielt werden konnten und der Bedarf für die Projekte nach wie vor da ist (dies wird von den ProjektmitarbeiterInnen und von externen ExpertInnen so gesehen). Bei drei Projekten gab es keine bzw. kaum Änderungen in der Gestaltung und Durchführung, bei vier Projekten zeigten sich teilweise Änderungen, da sich zum Beispiel der strukturelle Bedarf durch den Start der Ganztageschule verändert hatte oder die personellen Ressourcen nicht mehr ausreichend waren.

Die Weiterfinanzierung der Projekte gestaltet sich in der Regel schwierig. Die Mischfinanzierungen (z.B. Gelder von der Stadt, dem Landkreis, dem Europäischen Sozialfonds, Spenden, Eigenmittel, der Kirche) können meistens keine dauerhafte Lösung bieten, sondern nur eine gewisse Zeit überbrücken. Das Problematische daran ist, dass solche Projekte viel Zeit benötigen, um Kontakte zu den Jugendlichen und den verschiedenen KooperationspartnerInnen herzustellen. Ein Projektmitarbeiter zog folgendes Fazit: „Mein persönliches Resümee ist, dass im Grunde genommen so was nicht nur ein, zwei Jahre laufen kann und darf, weil es einfach sehr viel mit Vertrauensarbeit zu tun hat in allen Bereichen, ob es jetzt Schulen sind oder auch mit den

Ämtern, (...) und wenn so was nur ein, zwei Jahre dauert, dann kommt erst mal nicht so richtig was auf bzw. geht dann wieder. Es sind dann Strukturen da, die dann einfach nicht mehr genutzt werden und das ist einfach sehr bedauerlich“ (R2, Z. 633ff).

Ist es gelungen, positive Strukturen aufzubauen, so ist es, wie oben beschrieben, wichtig, die Arbeit kontinuierlich fortzusetzen, was jedoch aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel wiederum nur zeitlich befristet möglich ist: „Unser Projekt ist eigentlich abgeschlossen, aber eben eigentlich auch nicht. Die [Jugendlichen] sind immer noch präsent und brauchen Unterstützung“ (G1, Z. 154).

Für viele Projektbeteiligten ist es daher ein zentrales Ziel, das Projekt als festes Angebot in der Jugendhilfelandchaft zu verorten.

6. Zusammenfassung: Kriterien für eine erfolgreiche (sozial-)pädagogische Arbeit mit der Zielgruppe Straßenkinder und SchulverweigerInnen

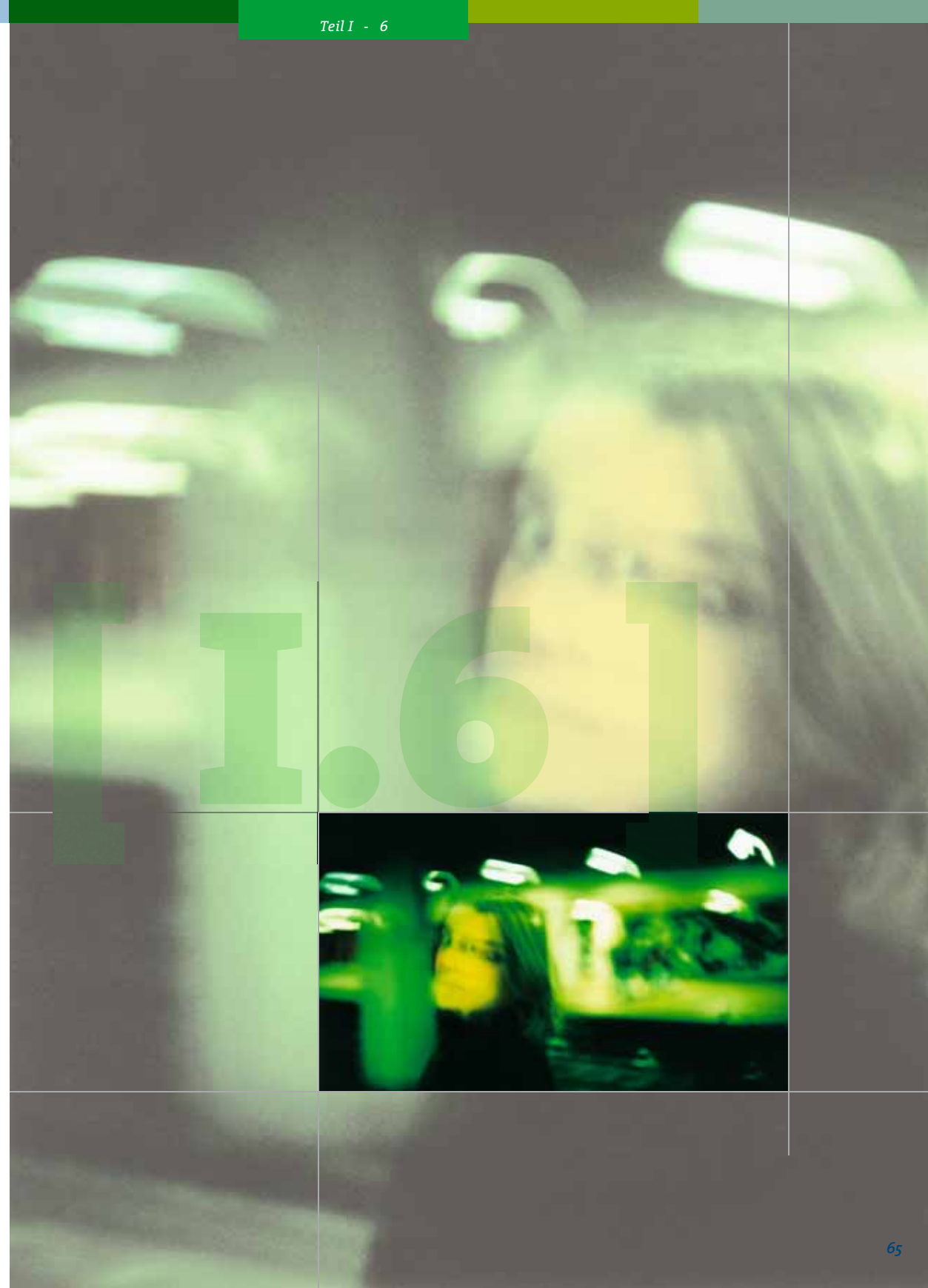
6.1 Ausgangspunkt und Konsequenzen

Es handelt sich bei der Zielgruppe (Straßenkinder und SchulverweigerInnen) um Kinder und Jugendliche, die aus einer Vielzahl von Hilfeangeboten herausgefallen sind bzw. mit diesen nicht erreicht werden konnten. Sie haben Erfahrungen im Ausweichen, zum Teil im Leben auf der Straße und oftmals das Gefühl (und das reale Erleben), nichts mehr zu verlieren zu haben.

Im Hintergrund stehen oft (psycho-)traumatisierende (Beziehungs-)Erfahrungen. Dies hat zur Konsequenz, dass sie zunächst einmal vorsichtig und misstrauisch gegenüber anderen Menschen, besonders zu Erwachsenen, sind; psychodiagnostisch handelt es sich oft um Auswirkungen und zugleich Kennzeichen einer früh entstandenen und entsprechend tief verwurzelten Beziehungsstörung.

Um diese Gruppe zu erreichen, müssen sehr spezifische Unterstützungsangebote strukturiert werden. Durch ein kleinschrittiges, von Ausdauer und Geduld geprägtes pädagogisches Handeln muss auf die Freiwilligkeit und den (letzten) Veränderungswillen der Betroffenen „gesetzt“ werden. Dies bedeutet, dass ein wesentlicher Teil der pädagogischen Arbeit im Aufbau von Veränderungsmotivation liegt. Hierbei gilt es, besonders sorgfältig die Balance zwischen dem Anbieten von Struktur einerseits und dem Gewährenlassen einer Autonomie andererseits zu reflektieren und zu realisieren.

[6.1]



6.2 Struktur der Angebote

Bewährt hat sich eine Kopplung verschieden strukturierter Angebote:

- Streetwork (mobile Jugendarbeit) ist oft der Ausgangspunkt, um überhaupt einen Kontakt zu der Zielgruppe zu erhalten.
- Beratung ist die niedrigschwelligste Form eines Unterstützungssangebotes; diese ist zunächst oft auf lebensnotwendige Fragen bezogen (Essen, Schlafplatz, Gesundheit).
- Das Angebot von Obdach in Form einer Notschlafstelle mit niedrigschwelligem Zugangsmöglichkeiten.
- Tagestrukturierende Angebote, die für die Jugendlichen eine Attraktivität besitzen müssen. Der Zugang kann – muss aber nicht unbedingt – über Freizeitmöglichkeiten gelingen. Die Angebote sollten aber auch klare Wege zu Beschäftigungsformen mit Qualifikations- bzw. Kompetenzerwerb aufzeigen bzw. mit ihnen verbunden sein (z. B. niedrigstrukturiertes Schulangebot).
- In vielen Fällen ist es sinnvoll, Wege zu (spezialisierten) Therapieangeboten (z.B. Drogenberatung/-therapie) zu bahnen.
- Dabei ist es wichtig, durch personelle Verzahnung bestmögliche Kontinuität zu gewährleisten – diese ist von Bedeutung für einen vertrauensvollen Beziehungsaufbau. Eine sinnvolle Grundlage ist, zumindest kurzfristig, die Zusicherung von Anonymität.

Die Räume dieser Angebote sollten zum einen „szenenah“ (als Anlaufstellen) vorhanden sein. Zugleich sollten sehr sorgfältig potenzielle Konfliktfelder mit dem Umfeld (z.B. VermieterInnen) ausgelotet werden.

Die Arbeit mit der Zielgruppe ist besonders anstrengend (siehe unten); daher sollten die pädagogischen MitarbeiterInnen unbedingt in einem Team eingebettet sein. Weiterhin ist ein Rückhalt insbesondere durch den Träger wichtig. Supervision und Fortbildungen sind notwendige Unterstützungsmöglichkeiten.

Die Einrichtung muss eine gute Vernetzung mit anderen Institutionen bieten. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Jugendamt (Allgemeiner Sozialer Dienst). Wenn die Hilfestellung auf der Basis einer Hilfeplanung nach dem SGB VIII erfolgt, so ist diese sehr unkompliziert, flexibel und niedrigschwellig zu gestalten. Weitere nötige Vernetzungen sollten mit Schulen, anderen Beratungsstellen, aber auch mit der Polizei hergestellt werden.

Die Finanzierung des Projekts ist langfristig zu sichern. Die Jugendlichen der Zielgruppe benötigen eine Verlässlichkeit, und es dauert oft lange, bis Erfolge deutlich werden.

[6.3]

6.3 Flexibilität

Die Analysen haben deutlich gemacht, dass eine hohe Flexibilität bezüglich der Zielgruppen nötig ist. Die Angebote müssen jeweils spezifisch zugeschnitten werden. Eine sinnvolle Grundlage hierfür kann eine Bedarfsanalyse darstellen. Allerdings ist es nicht einfach, im Vorhinein valide Daten zu erhalten.

Flexibilität ist auch hinsichtlich des Settings nötig. Dies wird z.B. an den Beschulungsformen und -möglichkeiten deutlich: Hier müssen die Unterrichtsformen auf die Gruppe zugeschnitten werden, ebenso wie die Unterrichtszeiten, eine Koppelung mit beispielsweise erlebnispädagogischen Maßnahmen etc.

Die Konzeption kann sich im Verlaufe der pädagogischen Arbeit ändern, so kann es z.B. nötig sein, bestimmte Regeln einzuführen oder diese zu anderen Zeitpunkten abzubauen.

Eine Flexibilität sollte auch bezüglich der Elternarbeit gegeben sein: Oftmals wird es nicht möglich sein – aufgrund des Widerstandes der Jugendlichen – mit den Eltern zusammen zu arbeiten; andererseits haben die Herkunftsfamilien im Hintergrund immer eine Bedeutung. Insgesamt hat sich eine stark individualisierte Pädagogik – auf der Grundlage klarer, auf den Einzelnen bezogener, partizipativ und transparent abgeklärter Zielvereinbarungen – als sinnvoll herausgestellt; diese kann und muss immer in Relation zu den Chancen und Möglichkeiten von gruppenpädagogischer Arbeit gesetzt werden.

6.4 Pädagogische Haltung

Grundsätzliches Ziel ist es, Beziehungen zu den Jugendlichen aufzubauen und deren Misstrauen zu überwinden. Andererseits stellen die Betroffenen aufgrund ihrer Biographie durch ihr Verhalten die (alten) Erfahrungen des Abgelehnt- und des Ausgegrenzt-Werdens immer wieder her; diese Erfahrungen sind vertraut und bieten (zunächst) Sicherheit.

Entsprechend schwierig ist es, dieses Misstrauen abzubauen. Das bedeutet: Die pädagogische Arbeit erfordert Zeit, Geduld und ein sehr hohes Engagement der Fachkräfte. Oft kann dies nur kleinschrittig erfolgen, und es sind meist viele Versuche nötig, um die Einzelnen zu erreichen. Dies hat für die PädagogInnen die Konsequenz, dass sie oft auch aushalten müssen, abgelehnt zu werden und trotzdem immer wieder neue Angebote machen zu müssen.

Besonders wichtig ist es, die Jugendlichen zunächst als ganze Person in ihren Eigenheiten zu akzeptieren und – gegenüber vielen anderen pädagogischen Zusammenhängen – ein hohes Maß an Toleranz zu zeigen.

[6.4]

[6.2]

Andererseits sind die PädagogInnen aber auch als authentische Personen gefragt, sie werden an ihre eigenen Grenzen gebracht und müssen diese – auch zum Selbstschutz – aufzeigen.

6.5 Prozessschritte

1. Erreichen der Jugendlichen (Ansprechen, Bekanntmachen des Angebots)
2. Aufbau von Motivation, um sich auf das Angebot einzulassen
3. Klärung lebensnotwendiger Fragen (z. B. Unterhalt, Schulden, Gesundheit)
4. Vertrauensaufbau über gemeinsame Bewältigungs- bzw. Unterstützungserfahrungen
5. Anbahnung von Alltagsstruktur
6. Weitervermittlung in festere Strukturen (z.B. eigenständiges Wohnen, spezifische Schulform etc.); Wohnungsmarkt und Bildungsangebot setzen hier teilweise Grenzen.

[6.5]

[1.7]



7. Literatur

Adam, A. & Peters, M. (2003). Störungen der Persönlichkeitsentwicklung bei Kindern und Jugendlichen. Ein integrativer Ansatz für die psychotherapeutische und sozialpädagogische Praxis. Stuttgart: Kohlhammer.

Bodenmüller, M. & Piepel, G. (2003). Streetwork und Überlebenshilfen. Entwicklungsprozesse von Jugendlichen aus Straßenszenen. Weinheim: Beltz.

Bozenhardt, I. & Lindenthal, L. (2002). Unter der Brücke rechts ... Freiburger Studie zur Wohnungsnot bei jungen Menschen. Opladen: Leske + Budrich.

Deutsches Jugendinstitut (1995). Straßenkinder: Annäherungen an ein soziales Phänomen. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut

Diakonisches Werk Freiburg (2002). „BauStellen – Wohnen und Qualifizierung von sozial benachteiligten jungen Menschen“. Antrag auf Förderung im Rahmen des Modellprogramms der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH: „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“. Freiburg: Eigendruck.

Familienzentrum Au (2002). „Lern x anders“. Soziale Gruppenarbeit mit Beschulungsmaßnahme in der Kleingruppe. Projektantrag zur Ausschreibung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH: Modellprogramm „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“. Pforzheim: Eigendruck.

Fröhlich-Gildhoff, K. (i. Dr.). Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Stuttgart: Kohlhammer.

Fröhlich-Gildhoff, K. & Hanne, K. (1996). Frühe Beziehungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen. In: Boeck-Singelmann, C., Ehlers, B. & Hensel, T. (Hrsg.). Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen Band 1, S. 297–320. Göttingen: Hogrefe,

Hansbauer, P. (1998). Kinder und Jugendliche auf der Straße. Analysen, Strategien und Lösungsansätze. Münster: Votum

Hansbauer, P. (2004). Partizipation als Merkmal von Dienstleistungsqualität in der Jugendhilfe. In: Beckmann, C., Otto, H.-U., Richter, M. & Schrödter, M. (Hrsg.). Qualität in der Sozialen Arbeit. Zwischen Nutzerinteresse und Kostenkontrolle, S. 357–365. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Hansbauer, P., Permien, H. & Zink, G. (1997). Gestern TrebengängerInnen – heute Straßenkinder? Gemeinsamkeiten und Unterschiede. In: Neue Praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, 27. Jahrgang, 5/1997, S. 395–412.

Hufnagel, G. & Fröhlich-Gildhoff, K. (2002). Die Entstehung seelischer Störungen – betrachtet aus einer personenzentrierten und entwicklungspsychologischen Perspektive. In: Boeck-Singelmann, C., Ehlers, B., Hensel, T., Kemper, F. & Monden-Engelhardt, C., (Hrsg.). Personenzentrierte Psychotherapie mit Kindern und Jugendlichen, Band 1: Grundlagen und Konzepte, 2. Aufl., S. 35–80. Göttingen: Hogrefe.

Jugendheim Deggingen (2002). „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“. Projektantrag zum Modellprogramm „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“. Ausschreibung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH. Deggingen: Eigendruck.

Katholisches Kinderheim St. Josef (2002). „Mädchen Sleep-In“. Projektantrag an die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH mit Konzeption für die Mädchen-Übernachtungsstelle. Mannheim: Eigendruck.

Kompass (2002). „Straßenkinder auf der Korber Höhe“. Antrag auf Bezuschussung aus der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH nach dem ausgeschriebenen Modellprogramm „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“. Waiblingen: Eigendruck.

Möbius, T. (1998). Handlungskonzepte der Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen „auf der Straße“. In: Hansbauer, P. (Hrsg.). Kinder und Jugendliche auf der Straße. Analysen, Strategien und Lösungsansätze, S. 173–234. Münster: Votum

Permien, H. & Zink, G. (1998). Endstation Straße? Straßenkarrieren aus der Sicht der Jugendlichen. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

Petermann, U., Essau, C. A. & Petermann, F. (2000). Angststörungen. In: Petermann, F. (Hrsg.). Lehrbuch der Klinischen Kinderpsychologie und -psychotherapie, S. 227–270. Göttingen: Hogrefe.

Pfennig, G. (1996). Lebenswelt Bahnhof: sozialpädagogische Hilfen für obdachlose Kinder und Jugendliche. Neuwied: Luchterhand.

ridaf Reutlingen gGmbH (2002). „Schulverweigerer und Schulschwänzer im Landkreis Reutlingen“. Antrag im Rahmen der Projektausschreibung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH: Modellprogramm „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“. Reutlingen: Eigendruck.

Schlupfwinkel Stuttgart (2002). Projektantrag an die Landesstiftung Baden-Württemberg mit Kurzbeschreibung der geplanten Notschlafstelle. Stuttgart: Eigendruck.

Schreiber-Kittl, M. & Schröpfer, H. (2002). Abgeschrieben? Ergebnisse einer Untersuchung über Schulverweigerer. München: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

Schulze, G. & Wittrock, M. (2001). Abschlussbericht zum Landesforschungsprojekt Schulaversives Verhalten, Band 1. Universität Rostock: Eigendruck.

Seidel, M. H. (2002). Straßenkinder in Deutschland. Schicksale, die es nicht geben dürfte. München: Ullstein.

Simon, T. (2003). Schulverweigerung. Projekte an der Schnittstelle Schule – Jugendhilfe. In: Sozialmagazin, 28. Jahrgang, 5/2003, S. 48–50.

Stadt Konstanz (2002). „Niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene in besonderen Lebenslagen“. Antrag auf Aufnahme in das Modellprojekt „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“. Konstanz: Eigendruck.

Steffan, W. & Krauß, G. (1998). Qualitätsmerkmale und Standards von Streetwork/Mobile Jugendarbeit. In: Merchel, J. (Hrsg.). Qualität in der Jugendhilfe. Kriterien und Bewertungsmöglichkeiten, S. 116–132. Münster: Votum.

Stiftung Wilhelmspflege (2002). Straßeneckenschule in Esslingen – Ein Modell der Verknüpfung von schulischer Förderung und sozialpädagogischer Unterstützung von jugendlichen Schulverweigerern und Straßenkindern. Projektförderantrag zum Modellprogramm „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“, Ausschreibung der Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH. Stuttgart/Esslingen: Eigendruck.

Streck-Fischer, A. (1995). Stationäre Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen mit sog. Frühstörungen. Oder: Vom ‚Honeymoon‘ zum ‚Deadly-Dance‘. In: Psychotherapeut, 40. Jg., S. 79–87.

Thimm, K. (2002). Schulverweigerung. Herausforderung für Schule und Soziale Arbeit. In: Soziale Arbeit, 6/2002, S. 9–16.

Internetquellen:

www.senbjs.berlin.de/bildung/bildungsstatistik/Schuldistanz.pdf

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (2002). Schulversäumnisse in Berlin.

Letzter Zugriff am 02.08.2006

www.destatis.de/print.ph

Statistisches Bundesamt (2005). Allgemein bildende Schulen, Absolventen/Abgänger und Absolventinnen/Abgängerinnen des Schuljahr 2003/04 nach Abschlussarten.

Aktualisiert am 26.10.2005

Letzter Zugriff am 02.08.2006

[Teil II]

[Schlupfwinkel]

Selbstdarstellungen der Projekte

A. Projekt Notschlafstelle des „Schlupfwinkel“ in Stuttgart

1. Ausgangslage der Projektidee

Der Schlupfwinkel als Kontakt- und Anlaufstelle für Jugendliche auf der Straße wurde als Reaktion auf die vor 13 Jahren stark gewachsene Punk- und Hausbesetzer-Szene in Stuttgart ins Leben gerufen. Schon damals zeichnete sich ab, dass als Ergänzung des täglichen pädagogischen Angebotes in der Kontaktstelle eine Notschlafstelle unabdingbar erschien.

Nach 10 Jahren sozialpädagogischer Arbeit im Schlupfwinkel und eines starken Wandels innerhalb der Szene, wurde nun als Ergänzung zum alltäglichen Schlupfwinkelangebot ein kurzfristiges, gegebenenfalls anonymes und unbürokratisches Übernachtungsangebot geschaffen.

2. Ziele des Projektes

Ziel des Projekts ist es, acht niedrigschwellige Notschlafplätze für Jungen und Mädchen auf der Straße bereit zu stellen, um akute Hilfe direkt und unbürokratisch anbieten zu können.

Durch die Möglichkeit, in der Einrichtung zu übernachten, soll der weitere Hilfeverlauf optimiert, ein Vertrauensverhältnis gefördert und die Person in ihrer Notlage psychisch stabilisiert sowie ein Abtauchen in die Straßenszene vermieden werden.

3. Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren,

- › deren Lebensmittelpunkt die Straße ist,
- › die sich auf der Durchreise befinden,
- › die betreut werden und aus den Wohnkontexten herausfallen,
- › die sich in einer akuten familiären Krise befinden und in Folge dessen aus der Wohnung geworfen wurden oder selbst geflüchtet sind.

4. Umsetzung, Rahmenbedingungen

Im Oktober 2004 wurde eine Notschlafstelle im gleichen Gebäude des Schlupfwinkels eingerichtet. Eine Projektfinanzierung erfolgt über die Landesstiftung Baden-Württemberg, gesichert über drei Jahre, sowie über Spendengelder.

Folgende Eckpunkte sind in Absprache mit dem Jugendamt Stuttgart für die Notschlafstelle vereinbart worden:

- › Das Angebot richtet sich an Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren, deren Lebensmittelpunkt die Straße ist und den Wunsch nach Aufnahme äußern.
- › Der Zugang zur Notschlafstelle erfolgt auf der Basis von Freiwilligkeit (SelbstmelderInnen).
- › Jede/r Jugendliche kann bis zu 3 anonyme Übernachtungen pro Monat in Anspruch nehmen, maximal jedoch 7 Nächte.
- › Die Aufnahme erfolgt zwischen 19:00 und 23:00 Uhr; ab 1:00 Uhr ist Nachtruhe; der Aufenthalt endet morgens um 8:00 Uhr.
- › Die Versorgung mit Nahrungsmitteln wird über das Angebot im angegliederten Schlupfwinkel abgedeckt, ebenso die ärztliche Versorgung, die Möglichkeit zum Duschen und Wäsche waschen.
- › Konsum jeglicher Drogen in der Einrichtung ist untersagt.
- › Nicht selten besitzen die Jugendlichen Hunde, die sie für einen Schlafplatz nicht abzugeben bereit sind, deshalb können Hunde zur Übernachtung mitgebracht werden.

In den Räumlichkeiten der Notschlafstelle befinden sich acht Schlafzimmer jeweils ausgestattet mit einem Bett, einem Schrank, einem Tisch und einem Handwaschbecken. Zusätzlich gibt es auf der Etage ein Büro- und Bereitschaftszimmer für die SozialarbeiterInnen und zwei sanitäre Einrichtungen mit einer Dusche, einer Toilette und einer Waschgelegenheit.

Das Büro- und Bereitschaftszimmer der SozialarbeiterInnen kann vor der Nachtruhe als Gemeinschaftsraum genutzt werden.

Vier Schlafplätze können durch eine Zwischentür abgetrennt werden, somit ist eine gemischt-geschlechtliche Belegung möglich.

5. Ablauf

Während den Öffnungszeiten des Schlupfwinkels meldet der/die Jugendliche einen Bedarf an Notübernachtung an. Nach eingehender Beratung und Abklärung der Situation macht der/die SozialarbeiterIn mit Nachtbereitschaft eine Uhrzeit zwischen 20:00 und 22:00 Uhr aus, wann der/die Jugendliche zur Notschlafstelle kommt. Nach der Versorgung mit Nahrungsmitteln kann der Jugendliche sein Zimmer beziehen und ggf. Wertsachen im Bereitschaftszimmer einschließen. Bis 1:00 Uhr kann gespielt, geredet und Musik gehört werden, danach ist Nachtruhe. Am nächsten Morgen wird der/die Jugendliche um 7:30 Uhr geweckt, damit jede/r um 8:00 die Notschlafstelle verlassen kann.

6. Erfahrungen/Ausblick

Das Projekt wurde als Reaktion auf die häufige Nachfrage der BesucherInnen des Schlupfwinkels nach einer Notunterkunft ins Leben gerufen. Die tatsächliche Inanspruchnahme der Notschlafstelle fiel jedoch deutlich geringer aus als die zuvor formulierten Wünsche der AdressatInnen. Dies hängt unserer Ansicht nach eng mit der sich stark verändernden Szene zusammen. Eine große, tatsächlich obdachlose Straßenszene wie in den Anfangstagen des Schlupfwinkels ist heute weitestgehend verschwunden. Das heutige Klientel zeichnet sich weniger durch Obdachlosigkeit aus, vielmehr durch Halt- und Orientierungslosigkeit.

Jugendhilfeeinrichtungen haben sich den AdressatInnen des Schlupfwinkels gegenüber geöffnet, und gleichzeitig ist die Akzeptanz unserer BesucherInnen gegenüber deren Angebote gestiegen. Generell lässt sich feststellen, dass die Anzahl an SelbstmelderInnen bei Inobhutnahmestellen, Notunterkünften etc. zurückgegangen ist. Diese deutlichen Veränderungen erfordern eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Projekts Notschlafstelle, um die AdressatInnen gezielter erreichen zu können.

7. Ansprechpartner

Frank Schumacher
Schlosserstr. 27, 70180 Stuttgart
Tel.: 0711-6491186
E-Mail: Schlupfwinkel2001@gmx.de

B. Projekt „Straßeneckenschule“ in Esslingen

1. Projektkurzbeschreibung/Ausgangslage für die Projektidee

Die Konzeption des Projekts Straßeneckenschule Esslingen (SES) entstand aus der Beobachtung von Schule, Jugendhilfe, Polizei und anderen, dass es in Stuttgart und im Landkreis Esslingen zunehmend mehr Kinder und Jugendliche gibt, die nur noch sporadisch zum Unterricht erscheinen oder den Besuch einer Schule dauerhaft verweigern. Die Stiftung Wilhelmspflege hatte sich an der Ausschreibung zur Errichtung einer sogenannten Straßeneckenschule beteiligt und 2003 die Projektgenehmigung erhalten. Am 10.11.2003 startete das Projekt. Für die Mehrzahl der SchülerInnen war bereits, wie üblich zum Schuljahresbeginn 2003/04, vom staatlichen Schulamt eine Lernortfeststellung zur Schule für Erziehungshilfe ausgesprochen worden. Die kombinierte Klasse setzte sich aus SchülerInnen der Stufe 7 bis 9 zusammen und war zunächst auf dem Gelände des Theodor-Rothschild-Hauses in Esslingen untergebracht, auf dem sich auch die Außenstelle der Dietrich-Bonhoeffer-Schule befindet. Die Verortung

[Straßenecken-
schule]

Nach der Versorgung mit Nahrungsmitteln kann der Jugendliche sein Zimmer beziehen und ggf. Wertsachen im Bereitschaftszimmer einschließen.

im Sinne der Planung nach Projektbeginn konnte nicht sofort vorgenommen werden, da die Anmietung einer geeigneten Immobilie erst nach der Genehmigung möglich war.

Die Straßeneckenschule sollte abseits des herkömmlichen Schulbetriebs im Kerngebiet der Stadt Esslingen liegen. Dies ist nötig, um bisher immer wieder erfahrene Konfliktfelder mit anderen LehrerInnen und anderen Klassen auszuschließen und um den Jugendlichen einen eigenen Rahmen mit freieren und mitgestaltbaren Schulbedingungen bieten zu können.

Zwischen der Mitarbeiterin im Bereich Sozialpädagogik und den beiden Lehrern entwickelte sich eine ausgesprochen gute und konstruktive Zusammenarbeit, in der sich Sozialpädagogik und Schulpädagogik ergänzen.

2. Ziele

Die Straßeneckenschule möchte den Schulbesuch für ihre Schüler wieder attraktiv machen. Die Jugendlichen sollen zu der Einsicht gelangen, dass der Unterricht für ihre Zukunft bedeutsam und für die Gestaltung ihres persönlichen Lebensweges sinnvoll ist. Dazu werden schulische und persönliche Ziele mit den Jugendlichen gemeinsam entwickelt.

Das MitarbeiterInnenteam hilft den Jugendlichen, sich selbst realistische Ziele zu stecken und diese zu erreichen.

Folgende Ziele lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- › Aufbau eines Vertrauensverhältnisses der/des Jugendlichen zu den MitarbeiterInnen der Straßeneckenschule
- › Sinnzusammenhänge des „Schulverweigerens“ mit den Jugendlichen herausarbeiten
- › Vermittlung sozialer Kompetenzen zum Zusammenleben in einer regelgeleiteten Gruppe
- › Vermittlung grundlegender Kulturtechniken
- › Problematisieren von delinquentem Verhalten und Gewaltanwendung
- › Verhinderung von Kriminalität und Suchtkarrieren
- › Stabilisierung der Lebenssituation
- › Aufbau eines unterstützenden Netzwerkes, das über die Begleitung in der Straßeneckenschule hinaus trägt
- › Reintegration der SchülerInnen in die „normalen“ Klassen der Schule für Erziehungshilfe bzw. der Regelschule
- › Vorbereitung des Übergangs der SchülerInnen in die Arbeitswelt
- › Vorbereitung der SchülerInnen in eine berufliche Ausbildung, eine Qualifizierungsmaßnahme, eine weiterführende Schule etc.

Die Jugendlichen sollen zu der Einsicht gelangen, dass der Unterricht für ihre Zukunft bedeutsam und für die Gestaltung ihres persönlichen Lebensweges sinnvoll ist.

3. Zielgruppe

Zielgruppe sind SchülerInnen der Klassenstufen 7 bis 9 aus dem Landkreis Esslingen, die nicht in den bereits vorhandenen Schultypen im Landkreis Esslingen unterrichtet werden können, da sie von einem Schulausschlussverfahren bedroht sind oder vom Besuch der Schule ausgeschlossen wurden.

Die Schwierigkeiten dieser SchülerInnen zeichnen sich insbesondere durch eine Nicht-Beschulbarkeit aufgrund massiver Schulverweigerung aus. Meist sind jedoch noch andere Problemlagen begleitend bei diesem Personenkreis vorhanden wie z.B.:

- › Straffälligkeit bzw. Delinquenz
- › Aggressionen gegen sich selbst, gegen andere oder gegen Gegenstände
- › Suchtmittelgefährdung und Missbrauch
- › zeitweise Obdachlosigkeit
- › Beziehungs- und Haltlosigkeit
- › fehlende Alltagsstruktur und mangelnde Lebensperspektive.

4. Umsetzung/Rahmenbedingungen

Die Straßeneckenschule Esslingen liegt abseits des herkömmlichen Schulbetriebs im Kerngebiet der Stadt Esslingen. Der SES steht eine geräumige Jugendstilwohnung zur Verfügung, die wenig an eine herkömmliche Schule erinnert. Es gibt ein Besprechungszimmer mit einem für die SchülerInnen benutzbaren Computerarbeitsplatz mit Internetanschluss, eine große Küche, einen Tischkicker im Flur und zwei mit Tafeln ausgestattete „Klassenzimmer“.

Die Straßeneckenschule arbeitet nicht wie sonst im Schulbereich üblich mit Komm-Strukturen, sondern wird, wenn nötig, aufsuchend tätig. Die MitarbeiterInnen halten engen Kontakt mit dem sozialen Umfeld der Jugendlichen und den verschiedenen Hilfesystemen.

Die MitarbeiterInnen sehen sowohl in einer bewusst eingesetzten Beziehungsarbeit als auch im Einbezug außerschulischer Ressourcen Schwerpunkte ihrer Tätigkeit.

Das Team steht im regelmäßigen Austausch mit Wohngruppen, anderen Angeboten der Jugendhilfe, Beratungsstellen, Schulen, Vereinen, Betrieben, Arbeitsämtern, Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft.

5. Erfahrungen

Schulverweigerung und -absentismus sowie Verweigerung des Arbeitens sind nicht völlig verschwunden und verlaufen in Wellen. Wir können jedoch feststellen, dass die Einstellung zur Schule, zum Lernen und zum sozialen Miteinander wesentlich positiver geworden ist. Im Schuljahr 2004/2005 haben 3 SchülerInnen die Hauptschulabschlussprüfung bestanden, im Schuljahr 2005/2006

werden vermutlich 4 SchülerInnen den Hauptschulabschluss erreichen. Die SchülerInnen lassen sich auf berufliche Förderung und Überlegungen ein. „Normale“ Entwicklungen sind für sie vorstellbar. Die SchülerInnen können inzwischen bedeutend leichter Regeln des Zusammenlebens annehmen und praktizieren. Der Umgangston ist besser geworden. Das Gewaltpotential ist zurückgegangen. Dennoch muss weiter an der Stabilisierung gearbeitet werden.

Ein Kunstprojekt, das von Dezember 2004 bis Juli 2005 in der Straßeneckenschule stattfand, stieß auf großes Interesse der Jugendlichen. Die Jugendlichen begannen, sich mit Format, Linie, Farbe und Form zu beschäftigen. Es herrschte eine ruhige, konzentrierte Arbeitsatmosphäre und entwickelte sich eine Auseinandersetzung mit Portraits und Selbstporträts. Abschluss und Höhepunkt des kunsttherapeutischen Projekts war eine Ausstellung in der Straßeneckenschule. Im September 2005 haben wir 2 Mädchen in der Straßeneckenschule aufgenommen. Nach anfänglichen Konflikten und notwendigen Interventionen unsererseits hat sich die Aufnahme von Mädchen positiv ausgewirkt.

Wir können feststellen, dass die Jugendlichen, besonders in Krisen und belastenden Lebenssituationen, im Angebot der Straßeneckenschule Halt suchen. Unter den SchülerInnen konnten wir erreichen, dass sich der Stellenwert des Konsumierens von illegalen Drogen verändert hat. Massiver Drogenkonsum gilt eher als Zeichen von: „die haben nichts mehr auf der Reihe, die peilen nichts mehr“.

6. Nachhaltigkeit/Ausblick

Die Straßeneckenschule wird von den Esslinger Schulen, dem Jugendamt, der Polizei u.a. für ihre qualitativ sehr gute Arbeit mit schwierigen Jugendlichen anerkannt.

Die Zusammenarbeit von Sozialpädagogik und Sonderpädagogik im direkten Schulbereich hat sich als sehr positiv für das Projekt Straßeneckenschule erwiesen.

Wir planen eine Homepage oder eine E-Mail-Adresse, damit die aus der Straßeneckenschule ausgeschiedenen SchülerInnen mit uns und untereinander Kontakt halten können. Längerfristig wollen wir ein Mal jährlich ein Treffen mit den ausgeschiedenen SchülerInnen machen. Das wäre für uns eine Möglichkeit, die Lebenswege der SchülerInnen zu verfolgen und unsere Arbeit auf die Schwierigkeiten, die den Jugendlichen bevorstehen werden, einzustellen.

Kunsttherapeutische und sportliche Angebote werden von den Jugendlichen gerne angenommen, sie sind bedeutsam für die Entwicklung eines positiveren Selbstwertgefühls. Es wäre wichtig, finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, um Honorarkräfte in diesen Bereichen finanzieren zu können.

„Unter den SchülerInnen konnten wir erreichen, dass sich der Stellenwert des Konsumierens von illegalen Drogen verändert hat.“

Die Arbeitsmarktsituation hat sich dramatisch verändert, das heißt für die Jugendlichen, dass sich für sie Zeiten von prekärer Beschäftigung mit Zeiten von Arbeitslosigkeit abwechseln werden.

In der Dietrich-Bonhoeffer-Schule wird ab 2006/2007 ein Tag in der Woche Praktikum im Betrieb sein, mit dem Ziel, einige Jugendliche in einem Betrieb unterzubringen. Neben dem schulischen Angebot werden auch lebenspraktische Dinge Inhalt des Unterrichts sein. Außerdem soll den Jugendlichen mehr Bildung angeboten werden, um einigen den Besuch einer weiterführenden Schule zu ermöglichen.

7. AnsprechpartnerInnen

Thomas Franz, Maria Waltner und Jörg Wenzel
Dietrich-Bonhoeffer-Schule
Tel.: 0711-16762-38

Barbara Rochlitzer, Christoph Lange und Thomas Cieslik
Straßeneckenschule, Olgastr. 46, 73728 Esslingen
Tel.: 0711-3655203
Fax: 0711-3655206
E-Mail: strasseneckenschule-esslingen@web.de

C. Projekt „S“ (Straßenkinder auf der Korber Höhe) in Waiblingen

1. Problembeschreibung (Zeitpunkt des Projektantrags)

Im Bereich des Einkaufszentrums, das auch ein Treffpunkt des Stadtteils darstellt, waren spätestens ab Schulschluss einige Kinder und Jugendliche anzutreffen, die darauf warteten, dass das evangelische Jugendhaus oder das städtische Freizeithaus öffnete. Dort suchten sie auch Unterschlupf bei schlechtem Wetter, um sich zu trocknen und sich aufzuwärmen. Sie nahmen gerne die offenen Angebote wie Billard, Tischfußball oder Gesellschaftsspiele an oder verbrachten die Zeit mit Breakdance-Übungen.

Einige Kinder und deren Familien waren beim Jugendamt bekannt, teilweise zeigten eingeleitete Jugendhilfemaßnahmen mitunter keinen Erfolg, auch aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die Eltern und deren eigenen Problemen (z.B. Alkoholismus, Raumnot oder Überforderung eines allein Erziehenden Elternteils).

Die Problemlage zog sich auch bis in die späten Abendstunden hinein. Die Kinder und Jugendlichen konnten sich an keinem geregelten Tagesablauf orientieren und organisierten sich in Cliquen, die dann durch Alkoholkonsum und/oder Randalen auffielen.

Bei einigen Kindern war vor allem an Kleidung und äußerem Erscheinungsbild ein gewisser Grad an Verwahrlosung zu erkennen, und

[Projekt „S“]

einige Kinder baten darum, im evangelischen Jugendhaus übernachten zu können, da zu Hause niemand sei. Die beschriebenen Kinder und Jugendlichen waren im Alter von 7 bis 14 Jahren in einer Anzahl von ca. 10 bis 15.

2. Zielbeschreibung

In Zusammenarbeit mit der Schule bzw. der Schulsozialarbeit sollte ein Informationsaustausch über die persönlichen Hintergründe der jeweiligen Kinder und Jugendlichen laufen. Auf dieser Basis aufbauend konnte dann versucht werden, zumindest im Anschluss an den Schultag, einen gewissen Rahmen für die Betroffenen zu schaffen, der zu verlässlichen Zeiten eine kontinuierliche Betreuung durch einen Sozialdiakon bot.

Durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit und dem zuständigen Bezirkssozialarbeiter vom Jugendamt sollte ferner Kontakt zu den Eltern aufgebaut und durch vertrauensbildende Maßnahmen eine offene, aber klare Situationsanalyse vorgenommen werden. Je nach angetroffener Situation konnte das jeweilige Familiensystem durch das Projekt unterstützt werden oder aber anderweitige Hilfen von Seiten des Jugendamtes eingeleitet werden. Angestrebt wurde, dass die Kinder und Jugendlichen einen Anlaufpunkt haben sollten, wo sie, abseits der Straße, Beziehungen zu Gleichaltrigen und erwachsenen Betreuungspersonen in einer vertrauensvollen Umgebung aufbauen können, wo sie „versorgt“ werden und sich beheimatet fühlen, wo ohne Alkohol und Vandalismus eine sinnvolle Beschäftigung und ein Nutzen der Zeit stattfinden kann. Auf diese Weise sollten die TeilnehmerInnen nach dem Multiplikatorenprinzip andere Kinder und Jugendliche mit Schwierigkeiten erkennen, ansprechen und zum Projekt führen.

3. Methoden

Als niederschwelliges Angebot bestand bereits das täglich geöffnete evangelische Jugendhaus. Hier konnten sich Kinder und Jugendliche zu festen Zeiten zwanglos treffen und verschiedenste Aktivitäten wie Tischtennis, Darts, Billard usw. ausprobieren. Als ständiger Ansprechpartner und Mitspieler stand der Sozialdiakon zur Verfügung.

Auf dieses unverbindliche Grundangebot konnte in verschiedenen Modulen aufgebaut werden:

› Angebot eines „Kinderrestaurants“

Zwei Mal pro Woche wurde zusammen mit dem Hauptamtlichen von Kindern für Kinder zur Mittagszeit gekocht. Dabei wurde das Planen, Vorbereiten und Kochen einer warmen Mahlzeit erfahren und erlernt, ebenso wie das Aufräumen und Abwaschen. Die Kinder konnten durch eigenes Schmecken und Rückmeldungen der anderen erleben, was sie geleistet haben.

„Hier konnten sich Kinder und Jugendliche zu festen Zeiten zwanglos treffen und verschiedenste Aktivitäten wie Tischtennis, Darts, Billard usw. ausprobieren.“

› Ausrichten von Kindergeburtstagen

Oft wurden in „Straßenkinderfamilien“ die Geburtstage der Kinder und Jugendlichen vergessen, oder sie konnten nicht gefeiert werden. Zusammen mit dem Geburtstagskind wurden Pläne für die Feier aufgestellt, Vorbereitungen getroffen, Einladungen geschrieben und gefeiert. Dabei erfuhr das Kind bzw. der/die Jugendliche seinen „Wert“. Er/sie wurde nicht vergessen und konnte selbstverantwortlich erleben, wie man viele Dinge selbst in die Hand nehmen kann.

› Gestaltung des Jugendhauses

Um sich wohl fühlen zu können, sollten die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, Räumlichkeiten selber zu gestalten. Dabei ging es um Grundrenovierungen wie z.B. Malerarbeiten, als auch um das spätere Einrichten mit Möbeln etc. Hintergrund war dabei unter anderem auch, den Kindern/Jugendlichen hautnah zu vermitteln, welcher Arbeitsaufwand dahinter steckt, etwas schön zu machen, und wie einfach es dagegen ist, etwas zu zerstören. Die Betroffenen lernten so, besser auf Sachen aufzupassen und sie gut zu behandeln. Außerdem konnten sie das Ergebnis ihrer Arbeit tagtäglich sehen, genießen und stolz darauf sein. Zudem konnte der Umgang mit Farbe, Pinsel und anderem Handwerkszeug erlernt werden.

› Angebot von Gesprächsgruppen/Diskussionsforen

Bei den älteren ProjektteilnehmerInnen konnten bei Bedarf Gesprächsgruppen eingerichtet werden, in denen aktuelle Schwierigkeiten Einzelner oder der gesamten Gruppe zum Anlass genommen wurden, um sich darüber auszutauschen. Dabei konnte der Hauptamtliche als Moderator fungieren oder die „Veranstaltung“ methodisch strukturieren. Die Jugendlichen konnten so Erfahrungen sammeln, wie sinnvoll es sein kann, Probleme anzusprechen und diese verbal zu lösen, anstatt mit der Faust zu argumentieren. In diesem Feld haben die Jugendlichen gelernt, aufeinander zu hören, jeden zu Wort kommen zu lassen, andere Meinungen zu akzeptieren usw.

4. Umsetzung

Nach einem zurückhaltenden Start etablierte sich das angestrebte Essensangebot an zwei Tagen in der Woche recht schnell und blieb auch bis zum Schluss ein fester Bestandteil für die Kinder und Jugendlichen. Dabei kam uns zugute, dass immer ehrenamtliche Mitarbeiterinnen bereit waren, im Wechsel zu kochen und auch die Jugendlichen mit einzubeziehen.

Im Anschluss an das Mittagessen wurden die Freizeitangebote genutzt oder Hausaufgaben gemacht. Der Bereich Hausaufgabenhilfe musste im Laufe der Zeit ausgebaut werden, da sich die Nachfrage,

auch nach Nachhilfe, kontinuierlich steigerte und irgendwann auch unsere Kapazitäten überstieg.

Zu Beginn konnten wir zusammen mit den Geburtstagskindern Feiern vorbereiten und durchführen. Die Nachfrage ließ allerdings mit zunehmendem Alter nach.

Die offenen Abende waren das größte Zugpferd. Dank zwischenzeitlich optimaler personeller Ausstattung, tauchten teilweise bis zu 30 Kinder und Jugendliche auf, um Kreativ-, Sport- und Spielaktivitäten mitzumachen.

Erfreulicherweise interessierten sich auch mehr und mehr Mädchen für das offene Angebot. Das war der Auslöser für den Start der Mädchengruppe. Diese ist inzwischen zu einer festen Größe geworden und besteht aus einem Kern von sechs Mädchen sowie weiteren fünf bis acht Mädchen, die gelegentlich dazu stoßen. Der Ablauf ist mit Kochen, Hausaufgaben machen und Freizeitaktivitäten festgelegt, zwischendurch werden auch Ausflüge oder Picknicks veranstaltet. Aufgrund der guten Resonanz und den Wünschen der Stadtteilkonferenz wurde das Mädchenangebot inzwischen auf einen monatlichen Mädchenaktionstag im städtischen Freizeithaus ausgedehnt. Daran nimmt auch die Mädchengruppe vom Projekt „S“ teil.

Ein weiteres Ziel, die Mitgestaltung des Jugendhauses, wurde mit einer Renovierungsaktion im Billardraum umgesetzt, eine Aktion, die die Identifikation mit dem Haus weiter stärkte.

Die angestrebten Diskussionsforen konnten nur in unorganisierten Formen oder in Krisensituationen stattfinden, wurden dann aber mit großem Ernst und Engagement geführt.

Erfreulich ist auch weiterhin der teilweise sehr persönliche Kontakt zu einzelnen Familien. So konnten wir in einem konkreten Notfall über Spendenaktionen einen neuen Herd für eine sechsköpfige Familie beschaffen. Ohne das nötige Vertrauen einerseits und einer großen Offenheit auch in Notlagen andererseits hätte so eine Aktion nicht stattfinden können. Zu einer unserer ehrenamtlichen Helferinnen ist ein fast freundschaftliches Verhältnis entstanden, das sich in Geburtstagsfeiern und gegenseitigen Besuchen widerspiegelt.

5. Nachhaltigkeit

Insgesamt hat das Projekt „S“ für einigen Wirbel im Stadtteil gesorgt, der nach anfänglicher Skepsis in eine fruchtbare Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen mündete. Die Problematik einer bestimmten Gruppe von Kindern und Jugendlichen ist mehr in den Blickpunkt geraten und wird aufmerksam verfolgt.

Zu vielen Kindern und Jugendlichen und auch Familien entstand ein guter Kontakt, der auch weiter besteht. Das entstandene Vertrauen hilft, auftretende Probleme schneller, offener und von beiden Seiten

aus anzusprechen. Viele Vorurteile und Hemmschwellen konnten durch gegenseitiges Kennenlernen abgebaut werden.

Das Projekt „S“ hat eine Zeit überbrückt, die jetzt von der Ganztageschule mit Mensa und Nachmittags-AG's ausgefüllt wird. Es war das richtige Angebot zum richtigen Zeitpunkt.

Aus der Erfahrung unseres Projekts heraus finden seit längerem regelmäßige Treffen mit Schulsozialarbeit, städtischem Freizeithaus und ASD statt. Dabei werden auch neue Projekte ins Auge gefasst, die vor allem auch die Eltern von „schwierigeren“ Kindern und Jugendlichen ansprechen sollen. Angedacht ist ein „Elternstammtisch“, bei dem Probleme erörtert und Erfahrungen ausgetauscht werden können und eventuell ReferentInnen zu bestimmten Themen eingeladen werden sollen.

Die angedeutete Möglichkeit von „Sozialer Gruppenarbeit“ wurde inzwischen realisiert (ebenfalls eine Folge unserer Projektarbeit). Es startete eine Gruppe mit fünf Kindern in unseren Räumlichkeiten. Dadurch kann eine individuellere Hilfe angeboten werden, und der Elternkontakt gehört dabei mit zu einer Vereinbarung mit dem Jugendamt und uns.

Die oben angeführte Mädchengruppe soll möglichst weitergeführt werden. Dazu laufen aktuell Verhandlungen über eine Finanzierung. Gemeinsam mit allen anderen aktiven Institutionen des Stadtteils werden wir überlegen, welche Angebotslücken bestehen und wie sie adäquat und finanzierbar umgesetzt werden können.

6. Ansprechpartner

Jürgen Lutz
Schwalbenweg 7
71334 Waiblingen
Tel.: 07151-23203
E-Mail: j.lutz@gemeindejugend.de

D. Projekt „Mädchen-Sleep-In“ in Mannheim

1. Projektbeschreibung, Ausgangslage für die Projektidee

Die langjährigen Erfahrungen des Katholischen Kinder- und Jugendheims St. Josef in der Durchführung der Notaufnahme/Inobhutnahme und (seit 1997) im Tagesangebot „FREEZONE – Anlaufstelle für Straßenkids“ zeigen, dass in den letzten Jahren in Mannheim immer mehr Jugendliche ihren Lebensmittelpunkt auf die Straße verlagert haben. Auffallend ist diese Entwicklung vor allem bei jugendlichen Mädchen. Bundesweite Studien bestätigen diese Tendenz ebenfalls. 2003 wurde für diese jugendlichen Mädchen in Mannheim ein ganz

[Mädchen-
Sleep-In]

Die Problematik einer bestimmten Gruppe von Kindern und Jugendlichen ist mehr in den Blickpunkt geraten und wird aufmerksam verfolgt.

spezieller Betreuungsbedarf festgestellt. Um die Mädchen und jungen Frauen zu erreichen, wurde vom Kath. Kinder- und Jugendheim St. Josef gemeinsam mit dem Stadtjugendamt das niederschwellige Angebot einer Übernachtungsstelle mit speziell auf diese Zielgruppe abgestimmten Elementen der Mädchenarbeit konzipiert. Gemäß der Lebenswelt und der jeweiligen Entwicklungsphase der Mädchen sah das Konzept vor, dass zusätzlich zum Übernachtungsangebot im Sleep-In diejenigen Mädchen, die bisher schon seit längerem keine Schule bzw. keine Ausbildungsstelle besucht haben, vormittags von 10 Uhr bis 14 Uhr (nach Schließung des Schlafbereichs) an dem Vormittagsprogramm des Sleep-Ins teilnehmen, welches sich nach den jeweiligen Interessenschwerpunkten der Mädchen richtet und gezielte Beschäftigungsangebote u. a. im kreativen Bereich, im Computerbereich oder in Form von Körperarbeit (wie z.B. Entspannungsübungen, Schminkkurse etc.) beinhaltet. Die Mädchen sollen so in ihrer Selbstwahrnehmung gefördert werden und Stärken bei sich erkennen. Gleichzeitig werden sie so auf eine Alltagsstrukturierung vorbereitet. Gemäß der Konzeption war außerdem vorgesehen, dass die Räumlichkeiten des Wohnbereichs ab ca. 14 Uhr für die Mädchen wieder geöffnet sind, so dass für sie eine „Rund-um-die-Uhr“-Betreuung durch ein multiprofessionelles Team gewährleistet ist. Von Beginn des Projekts an war klar: Gewalt, Drogenkonsum, Dealen, Zutritt von Männern sind im Sleep-In nicht erlaubt. Als grundlegend wurde die Einbettung dieses speziellen Angebots im bestehenden Netz der Mannheimer Jugendhilfe angesehen. Aufgrund der Niederschwelligkeit soll dieses Angebot für jugendliche Mädchen in besonderen Notlagen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind und sich bislang sehr schwer tun, sich auf längerfristige Jugendhilfeangebote einzulassen, eine gute Hilfsmöglichkeit bieten, um den Ausstieg aus dem Straßenleben zu schaffen, indem mit den Mädchen ihre weitere Perspektive geklärt wird und sie dabei Hilfe erhalten, in entsprechende weiterführende Hilfsangebote zu gelangen. Um besser an die Mädchen heranzukommen und Vertrauen aufzubauen, war konzeptionell zunächst geplant, für die ersten drei Tage der Aufnahme Anonymität zu gewährleisten. Fachlich begleitet wurde das Projekt Sleep-In St. Agnes durch einen trägerübergreifenden Fachbeirat unter Beteiligung des Stadtjugendamts. Mit dem Stadtjugendamt war besprochen, dass das Pilotjahr des Projektes Sleep-In St. Agnes wissenschaftlich begleitet wird.

Durch eine Anschubfinanzierung durch die Landesstiftung und den Einsatz weiterer Spendenmittel gelang es, am 17. März 2003 unter der Trägerschaft des Kath. Kinder- und Jugendheims St. Josef das Projekt „Sleep-In“ St. Agnes als eine der ersten Notübernachtungsstellen in Baden-Württemberg zu eröffnen.

Um besser an die Mädchen heranzukommen und Vertrauen aufzubauen, war konzeptionell zunächst geplant, für die ersten drei Tage der Aufnahme Anonymität zu gewährleisten.

Übergeordnetes Ziel war es, den Mädchen dabei behilflich zu sein, den Ausstieg aus dem Straßenleben zu finden.

2. Ziele

Die Hauptziele des Sleep-Ins bestanden darin, den jugendlichen Mädchen einen festen Schlafplatz für einen bestimmten Zeitraum (längstens 3 Monate) zu geben, damit sie sich in keine Abhängigkeiten zu Freunden, Bekannten oder sogar Fremden begeben müssen. Ihnen soll somit eine „sichere Basis“ gegeben werden, von der aus man mit ihnen pädagogisch weiterarbeiten kann. Die Sicherheit und der Schutz eines Schlafplatzes, Möglichkeiten für die körperliche Hygiene und eine kostenlose Versorgung mit Lebensmitteln soll mit dazu beitragen, dass sie sich mit ihrer momentanen Situation in Ruhe auseinandersetzen und über Alternativen zum Straßenleben nachdenken können. Die MitarbeiterInnen bieten den Mädchen Gelegenheit zu Aussprache und Beratung. Übergeordnetes Ziel war es, den Mädchen dabei behilflich zu sein, den Ausstieg aus dem Straßenleben zu finden, indem ihr Interesse geweckt wird und sie nach einer gemeinsamen Perspektivenerarbeitung zielgerichtet in weiterführende Hilfen vermittelt werden können. Die Konzeption des Sleep-Ins sah in dem spezialisierten pädagogischen Angebot eine Art Clearingstelle für diese Mädchen, durch welche ihre Hemmschwelle gegenüber weiterführenden Hilfeangeboten gesenkt wird.

3. Zielgruppe

Das Angebot des Sleep-Ins war angedacht für besonders gefährdete Mädchen und junge Frauen mit einem breitgefächerten Problemspektrum: Oft ist ihre bisherige soziale Entwicklung durch massive Einschnitte (sogenannte „life events“) wie z.B. Gewalterfahrungen, Verlust von wichtigen Bezugspersonen, sexueller Missbrauch usw. geprägt; vielfach haben die Mädchen Vernachlässigung und/oder Misshandlung erlebt. Hinzu kommen bei ihnen häufig Drogenerfahrungen und Straffälligkeit. Oft verfügen die Mädchen über so gut wie keine Regelmäßigkeiten oder Strukturen in ihrem Tagesablauf und tun sich daher aufgrund ihres bisherigen Lebensstils sehr schwer, sich auf andere Jugendliche in der Gruppe einzulassen und Regeln zu akzeptieren. Schulbesuch, Ausgangszeiten, Besuchsregelungen oder Aufgaben im Haushalt sind für sie oft schon seit Monaten oder sogar Jahren kein Thema mehr gewesen. Sie wechseln sehr häufig ihren Schlafplatz und halten sich bei verschiedenen Freunden auf. So ist ihr Lebensmittelpunkt die Straße geworden. Entsprechend besteht bei ihnen die Gefahr des Abgleitens in die Prostitution. Der Polizei sind sie oftmals schon als Streunerinnen bekannt. Aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen sind sie sehr misstrauisch gegenüber anderen, vor allem Erwachsenen geworden; es fällt ihnen häufig aufgrund von massiven traumatischen Erfahrungen in der Kindheit und daraus resultierenden Bindungs- und Beziehungsstörungen sehr schwer, Vertrauen aufzubauen.

4. Umsetzung, Rahmenbedingungen

Das Sleep-In wurde so wie geplant im März 2003 begonnen und von Beginn an sehr gut von den jugendlichen Mädchen und jungen Frauen angenommen. Vorgesehen waren für die jugendlichen Mädchen und jungen Frauen zunächst vier Plätze (plus ein Notbett); aufgrund der Nachfrage wurde noch im Projektverlauf die Platzzahl auf acht erhöht. Das besondere pädagogische Angebot des Sleep-Ins brachte bestimmte Anforderungen an den Standort des Sleep-Ins als auch an die Ausgestaltung der Zimmer und Gemeinschaftsräume mit sich: Als Standort wurde ausgehend vom Gedanken der Lebensweltorientierung das dreistöckige Gebäude St. Agnes in Mannheim-Neckarstadt gewählt; viele der Mädchen und jungen Frauen kennen den Stadtteil. Außerdem ist der Standort sehr zentral zu der Mannheimer Innenstadt nahe den Szenen Mannheims gelegen und von dort sogar zu Fuß zu erreichen: das Haus St. Agnes befindet sich ca. 900 m vom Hauptbahnhof Mannheim, ca. 600 m vom Paradeplatz und ca. 600 m von FREEZONE entfernt. Die (Zwei-Bett-)Zimmer des Sleep-Ins sind alle mit Toilette, teilweise mit Dusche ausgestattet. Es steht ein geräumiges Wohnzimmer mit großem Balkon und kleiner Küche zur Verfügung. Die Räume des Gruppenbereichs des Sleep-Ins liegen im ersten Stock des Gebäudes St. Agnes. Hier besteht kein Zutritt für männliche Jugendliche bzw. Männer. Im Sleep-In-Bereich ist auch das Erzieher- bzw. Nachtbereitschaftszimmer gelegen. Im Erdgeschoß stehen noch folgende Räume zur Verfügung: ein großer Gruppenraum, ein Raum für Körperarbeit und Entspannungsübungen sowie ein kleinerer Raum mit Computer und Internetzugang. In den oberen Etagen des Gebäudes gibt es ggf. für die älteren jugendlichen Mädchen bzw. jungen Frauen die Möglichkeit, im Rahmen vom Betreuten Wohnen ein Apartment anzumieten. Im hinteren separaten Gebäudeteil von St. Agnes ist die Mädchen-Wohngemeinschaft angesiedelt, die für einzelne jugendliche Mädchen u. a. je nach weiterer Perspektive, Bedarf und Feststellung des Hilfebedarfs durch das Jugendamt eine ggf. in Frage kommende weiterführende Anschlusshilfe nach §34 SGB VIII darstellt. Kurz nach Beginn des Sleep-Ins stellte sich – entgegen dem ursprünglich vorgesehenen Konzept der bis zu dreitägigen anonymen Aufnahme – im Gespräch mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Familiengericht und dem Stadtjugendamt heraus, dass in Mannheim (im Unterschied zu anderen deutschen Städten) bei Minderjährigen keine Anonymität gewährleistet werden könne.

Um Genaueres über die Zielgruppe in Mannheim zu erfahren und die vom Projekt gesetzten Zielerreichungen zu überprüfen, wurde das Sleep-in St. Agnes zweifach in voneinander unabhängigen wissenschaftlichen Untersuchungen evaluiert: Die Evangelische Fachhochschule Freiburg setzte den Schwerpunkt u.a. auf katamnestiche Befragungen ehemaliger Nutzerinnen des Sleep-Ins und den Vergleich

„Ca. ein Drittel der Nutzerinnen ist zwischen 18 und 21 Jahren alt.“

mit entsprechenden Angeboten anderer Städte; das Institut für Kinder- und Jugendhilfe (IKJ) in Mainz (unter Leitung des Direktors Prof. Dr. Macsenaere) in Kooperation mit Studentinnen der Fachhochschule in Mannheim, welche die Datenerhebung in Form von regelmäßigen explorativen Interviews mit Betreuerinnen und Jugendlichen des Sleep-Ins durchführten, hatte den Fokus eher auf den Projektverlauf unter besonderer Berücksichtigung der Zielerreichungen.

5. Erfahrungen

Die Angebote des Sleep-ins St. Agnes wurden von den Mädchen und jungen Frauen sehr gut angenommen. In den wissenschaftlichen Begleitforschungen wurde festgestellt, dass sowohl die o.g. Zielgruppe als auch die gesetzten Ziele sehr gut erreicht wurden. Aufgrund des großen Bedarfs an Übernachtungsplätzen für die jugendlichen Mädchen und jungen Frauen wurde noch während der Projektzeit die Platzzahl von 4 auf 8 Plätze erhöht. Im Projektjahr fanden 79 jugendliche Mädchen und junge Frauen im Alter von 12 bis 21 Jahren Aufnahme im Sleep-In. Bei 34 von ihnen gelang es dem multiprofessionellen Team der Mitarbeiterinnen (systemische Beraterin, berufserfahrene Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen), durch Gespräche mit den Mädchen, den Eltern und dem Jugendamt Beruhigung in die familiäre Krisensituation zu bringen und die Rückkehr ins Elternhaus vorzubereiten. Als hilfreich für die Zielgruppe erwies sich u. a. auch das auf den Bedarf der jugendlichen Mädchen zugeschnittene Vormittagsangebot. Die Verweildauer gestaltete sich je nach dem individuellen Bedarf der jugendlichen Mädchen und jungen Frauen sehr unterschiedlich und lag im Durchschnitt bei ca. 1 bis 3 Monaten.

6. Nachhaltigkeit, Ausblick

Nach Beendigung des Pilotjahres wurde St. Agnes offiziell als Notaufnahme für minderjährige Mädchen anerkannt. Mit dem Stadtjugendamt wurde vereinbart, dass für die Aufnahme der minderjährigen Mädchen §42 SGB VIII als gesetzliche Grundlage dient. Für junge volljährige Frauen bis 23 Jahre gibt es in St. Agnes in der 2. Etage die Möglichkeit, kurzfristig aufgenommen zu werden. Leider fühlt sich für diese jungen Frauen kaum eine Stelle zuständig. Die Aufnahme wird nur über Spenden finanziert. Heutzutage lässt sich sagen, dass noch immer viele jugendliche Mädchen und junge Frauen in Not (z.T. auch mit Migrationshintergrund) auf das Angebot zurückgreifen. Ca. ein Drittel der Nutzerinnen ist zwischen 18 und 21 Jahren alt: Für die Jugendhilfe sind sie meist zu alt, für die Obdachlosenunterkunft noch sehr jung, weswegen sie diese häufig ablehnen. Einige von ihnen sind schwanger oder haben ein Baby. Gerade auch für sie ist es notwendig, das Angebot in St. Agnes mit den Möglichkeiten eines Betreuten Wohnens bereit zu halten.

„Viele der Mädchen und jungen Frauen kennen den Stadtteil.“

7. Ansprechpartnerinnen

Inge Groß und Stephanie Fischer
 Kinder- und Jugendheim St. Josef
 Wormser Str. 25
 68309 Mannheim
 Tel.: 0621-720710
 E-Mail: zentrale@kjh-josef.de

E. Projekt „Lern x anders“ in Pforzheim

1. Projektkurzbeschreibung

Das Projekt für Schulverweigerer des Familienzentrums Au bietet hartnäckigen SchulverweigerInnen die Möglichkeit, innerhalb einer begrenzten Zeit (ein oder zwei Jahre) den Hauptschulabschluss zu bestehen. Voraussetzung ist, dass sie die kognitiven Fähigkeiten mitbringen und nach einer längeren Verweigerungskarriere für eine letzte Chance motivierbar sind.

Das Projekt findet außerhalb des belastenden schulischen Kontextes statt. Die Wissensvermittlung in kleinen Lerngruppen erfolgt flexibel angepasst an Lerntempo, Aufnahmevermögen und individuellen Leistungsstand. Einzel- und Gruppengespräche zur Lebenssituation sind in diesen Ablauf integriert.

Die Lerngruppen werden ergänzt durch Soziale Gruppenarbeit mit erlebnispädagogischen Elementen zur Stabilisierung der Gruppe und Stärkung individueller Kompetenzen. Exkurse in bestimmte Berufsfelder sind dann vorgesehen, wenn der Bezug zur Arbeitswelt die innere Motivation bzw. die realistische Selbsteinschätzung der Teilnehmer unterstützt.

Das Projekt ist beendet, wenn der/die Jugendliche die Externenprüfung zum Hauptschulabschluss abgelegt hat.

2. Projektziele

- › Erreichen des Hauptschulabschlusses (Schulfremdenprüfung)
- › Entwicklung von Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen für den Arbeitsmarkt (Vermittlung in Arbeit/Ausbildungsplatz)
- › Förderung von sozialen Kompetenzen (Soziale Gruppenarbeit)

Handlungsziele (Auswahl):

- › Neustrukturierung des Alltags
- › Abbau von Lernhemmungen, Lernblockaden und Schulängsten
- › Aufarbeitung von schulischen Defiziten
- › Mobilisierung der Ressourcen zur Stärkung sozialer Fähigkeiten und individuelle Förderung zur Stärkung persönlicher Kompetenzen
- › Kennen lernen und Erfahren von neuen Lernmethoden

- › Aufbauen von Schlüsselqualifikationen für den Arbeitsmarkt
- › Ausbilden einer realistischen Selbsteinschätzung
- › Befähigung zur selbständigen Erarbeitung von Konfliktlösungsstrategien, Befähigung zur gewaltfreien Konfliktbewältigung, Erweiterung des Repertoires von Handlungsalternativen.

3. Zielgruppe

- Zielgruppe sind Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren,
- › die eine längere Schulabstizienz in der Regelschule aufweisen,
 - › für die eine Beschulung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen ist,
 - › für die eine E-Schulfeststellung nicht zu erwarten ist,
 - › die vorzugsweise aus dem Sozialraum stammen,
 - › die den schulischen Leistungsstand mitbringen, um innerhalb eines Jahres (innerhalb von zwei Jahren) den Hauptschulabschluss erreichen zu können,
 - › die über die kognitiven Fähigkeiten verfügen, um einen Hauptschulabschluss bestehen zu können (Test),
 - › die über eine „letzte Chance“ motivierbar sind und
 - › die die formalen Voraussetzungen für die Teilnahme an einer Maßnahme nach § 29 SGB VIII erfüllen.

4. Umsetzung, Rahmenbedingungen

Das Projekt wurde über zwei Jahre von September 2003 bis August 2005 durchgeführt. Über diesen Zeitraum gab es zwei Gruppen, die innerhalb eines Jahres und eine weitere Gruppe, die innerhalb von zwei Jahren auf den Hauptschulabschluss vorbereitet wurden. Zunächst fanden die Lerngruppen in den Räumen des Familienzentrums statt. Ab September 2004 wurde jedoch in unmittelbarer Nähe eine Zwei-Zimmer-Wohnung angemietet, da es sich gezeigt hatte, dass für die jugendlichen Schulverweigerer eine ruhige, störungsfreie Lernatmosphäre dringend erforderlich ist. Obwohl dies paradox erscheint, war die Akzeptanz der Lernsituation umso besser je schulähnlicher sie formal organisiert wurde. Bezeichnungen wie Tafel, Lehrer, Klassenbuch und Klassenzimmer wurden von den TeilnehmerInnen selbst favorisiert und waren dem bekannten Bezugsrahmen entnommen. Es fand dann jedoch eine Auseinandersetzung um die Inhalte statt. Es wurde deutlich, dass die Jugendlichen belastende Erlebnisse mit der schulischen Situation im Lernprojekt aufarbeiten wollten. Die eigenen Räumlichkeiten verstärkten die Identifikation mit „ihrer Schule“ noch zusätzlich. Insbesondere die Jugendlichen aus der zweijährigen Gruppe hatten diese Veränderung als Aufwertung wahrgenommen.

Zu Beginn des Projekts war man von einer höheren Nachfrage der Schulen im Sozialraum ausgegangen. Es zeigte sich jedoch, dass die

„Die eigenen Räumlichkeiten verstärkten die Identifikation mit „ihrer Schule“ noch zusätzlich.“

[„Lern x anders“]

meisten Anfragen vom Sozialen Dienst kamen. Nur ein Schüler war zum Zeitpunkt der Aufnahme im Projekt noch schulpflichtig. Alle Jugendliche wiesen eine längere „Karriere“ als SchulverweigerInnen auf und waren in einen schulischen Ablauf nicht mehr zu integrieren. Bei allen Jugendlichen zeigte sich eine Häufung von schwierigen Lebensumständen wie familiäre Probleme (Elternhaus), Abgleiten in delinquentes Verhalten, Suchtproblematik, kein fester Wohnsitz, massive psychische Probleme. Das Fehlen einer realistischen Selbsteinschätzung erwies sich als besondere Hürde bei der Vermittlung der erforderlichen Lerninhalte. Die Jugendlichen neigten nahezu alle zu Selbstüberschätzung. Dieser Schutzmechanismus gegen die täglich erlebten Frustrationen führte insbesondere bei der Prüfungsvorbereitung in einen Teufelskreis, dem sie wiederum mit dem bekannten Muster begegneten. Sie verdrängten die belastende Situation durch Fernbleiben.

Die unregelmäßige Teilnahme und das späte Erscheinen prägten die Rahmenbedingungen des Projekts und führten zu verschiedenen Maßnahmen, die den Umfang der Fehlzeiten schließlich in einem akzeptablen Rahmen hielten. So reagierten die MitarbeiterInnen auf das Fernbleiben mit sofortigen Anrufen bzw. Abholen zu Hause, regelmäßigen Hausbesuchen, individuell festgesetzten Anwesenheitsvereinbarungen und in Kooperation mit dem Sozialen Dienst auch mit der Einberufung von Hilfeplangesprächen.

Als besonders wirksam erwiesen sich folgende Maßnahmen: Der Projektaufnahme war eine Probezeit vorangestellt, die für Abwesenheitszeiten enge Grenzen setzte, so dass gleich zu Beginn bei einer guten Motivationslage eine intensive Einübungszeit stattfand. Bei Nachlassen der Motivation und um die belastende Lernsituation zu entspannen, wurden die Jugendlichen in ein Praktikum vermittelt. Es gelang in allen Fällen einen Platz in einem ihrer Interessengebiete zu finden, so dass sie mit neuem Mut und neuer Perspektive zum Lernen zurückfinden konnten.

5. Erfahrungen

Die Zielgruppe der Schulverweigerer im allgemeinen umfasst ein weites Spektrum von Schulmüdigkeit, Schulverdrossenheit bis Schulangst und Schulphobie. Selbst die Gruppe der „hartnäckigen VerweigerInnen“, erwies sich noch als äußerst heterogene Gruppe und die Ursachen der Verweigerungshaltung waren vielschichtig. Es zeigte sich, dass der Hauptschulabschluss für diese Jugendlichen zwar ein wichtiges Ziel bedeutete, aber für eine Zukunftsperspektive nicht ausreichte. Im Projektverlauf bildete sich in der Zielsetzung eine Parallelorientierung heraus, sowohl auf Schulabschluss als auch auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Bei Nachlassen der Motivation und um die belastende Lernsituation zu entspannen, wurden die Jugendlichen in ein Praktikum vermittelt.

Das Erreichen eines Hauptschulabschlusses wird von den Jugendlichen selbst als Mindestvoraussetzung für eine Integration in die Gesellschaft gewertet. Bereits die Teilnahme am Projekt wirkt auf benachteiligte Jugendliche entlastend. Die Aussicht auf ein zeitnah zu erreichendes Ziel kann im entsprechenden Kontext – kleine Lerngruppe und individuelle Betreuung – neue Motivationskräfte freisetzen. Auch das Bewusstsein einer „letzten Chance“ bewirkt einen Motivations-schub, der allerdings durch entsprechende Maßnahmen kontinuierlich verstärkt werden muss (z.B. Probezeit, Praktika).

6. Nachhaltigkeit, Ausblick

Um Nachhaltigkeit zu erreichen muss die Orientierung auf den Hauptschulabschluss ergänzt werden um einen Schwerpunkt zur Entwicklung des Sozialverhaltens und der Persönlichkeit. Eine Qualifizierung in Richtung Arbeitsmarkt mit Praktikumsphasen und Berufswegeplanung kann den Jugendlichen den Übergang ins Arbeitsleben erleichtern. Falls sie den Hauptschulabschluss nicht erreichen, kann dieser Ansatz für sie zu einer Alternative führen.

Nach Abschluss des Modellprojekts wurde ein Konzept entwickelt, das all diese Erfahrungen berücksichtigt. Da jedoch aufgrund von Sparmaßnahmen der Stadt eine Regelfinanzierung nicht angeregt werden konnte, müssen in der Umsetzung leider Einschränkungen hingenommen werden. Das neue SGA-Lernprojekt wird in kleinem Umfang unter veränderten Rahmenbedingungen weitergeführt.

7. AnsprechpartnerInnen

Doris Winter
Familienzentrum Au
Calwer Str. 4-6, 75175 Pforzheim
Tel.: 07231-41 44 06
E-Mail: winter@familienzentrum-au.de
www.familienzentrum-au.de

Georg Ginal
amj Ginal Jugendhilfeeinrichtung
Vorstandsmitglied Trägerkreis Familienzentrum Au
Osterfeldstraße 23, 75172 Pforzheim

F. Projekt „BauStellen“ in Freiburg

1. Ausgangslage und Projektskizzierung

Der fachliche Hintergrund der Einrichtung ist aus den Forschungsergebnissen der dreijährigen Freiburger Studie zur Wohnungsnot bei jungen Menschen entstanden, die mittlerweile auch als Buch „Unter

[BauStellen]

Die Jugendlichen neigten nahezu alle zu Selbstüberschätzung.

der Brücke rechts...“ erschienen ist. Aus dieser Studie und bundesweiten Untersuchungen wurde deutlich, dass die Zahl junger Menschen, die aus dem bestehenden Hilfesystem fallen und es vorziehen, ihren Lebensmittelpunkt auf die Straße zu verlagern, bundesweit ansteigt. Dabei kann es sich um delinquente, gewaltbereite, drogenabhängige und/oder psychisch beeinträchtigte junge Menschen handeln, die mit dem bestehenden Angebot der Heimerziehung nicht mehr erreicht werden oder aus diesem herausgeflogen sind und dadurch in die Wohnungslosenhilfe abgedrängt wurden. Von den VertreterInnen der Jugend- und Wohnungslosenhilfe wurde dieser Trend bestätigt und die Aussage getroffen, dass es für diese „Randgruppe“ kaum bzw. keine altersadäquaten Angebote gäbe. Damit wurde deutlich, dass es für die Zielgruppe der jungen Menschen auf der Straße einer neuartigen und passgenauen Hilfeform bedurfte, um ihnen überhaupt wieder Anschluss an das Hilfesystem zu ermöglichen. Entsprechend wurden in der Projektentwicklungsphase betroffene Menschen im Sinne des partizipativen Ansatzes befragt, welche Kriterien eine Hilfeform aufweisen müsste, so dass sie diese prinzipiell annehmen und sich damit wieder aktiv in den Kontakt mit dem Hilfesystem und damit der Welt der „Erwachsenen“ begeben würden. Aus diesen Befragungen und den Empfehlungen der ExpertInnen der verschiedenen Hilfesysteme ist schlussendlich die Umsetzung der Jugendhilfeeinrichtung „BauStellen“ entstanden.

2. Ziele

Trotz seiner Anbindung an das bestehende Jugendhilfesystem mit entsprechenden Hilfeplänen war BauStellen sehr niedrighschwellig gestaltet. Die Einrichtung hatte zum Ziel, obdachlosen Jugendlichen ein (sozial-)pädagogisches Angebot zu machen, das es ihnen ermöglicht, eigenen, jugendgerechten Wohnraum zu erschaffen und sich darüber (berufliche) Qualifikationen zu erwerben. Den TeilnehmerInnen sollte somit vorrangig die Möglichkeit des „Sesshaftwerdens“ jenseits des Lebens auf der Strasse geboten werden. Vor diesem Hintergrund war das Angebot partizipativ gestaltet und darauf bedacht, die Jugendlichen durch eine individualisierte Pädagogik an ihrem jeweiligen Entwicklungsstand abzuholen. Ziel des Projektes war es dabei unter anderem, den sich gegenseitig bedingenden Kreislauf von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit aufzulösen.

Übergeordnetes Ziel der Einrichtung war die Verselbständigung der BewohnerInnen. Während des Angebots wurde ein zentral gelegenes Wohnhaus unter pädagogischer und fachmännischer Anleitung umgebaut, so dass die TeilnehmerInnen sich in den verschiedenen Baubereichen erproben und orientieren und sich gleichzeitig wieder an einen geregelten Tagesablauf gewöhnen konnten. Die jungen Menschen wohnten von Beginn an in dem Haus. Neben der Tagesstrukturierung

durch die Mitarbeit bei den Umbauarbeiten wurde auch alltagspraktische Unterstützung angeboten; so z.B. bei Ämtergängen, Schuldenregulierung, Geldverwaltung etc. Dies war neben den gemeinsamen Umbauarbeiten ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt, da die meisten BewohnerInnen noch Schulden aus der Vergangenheit mitbrachten und die Erledigung vieler alltäglicher Aufgaben bisher nicht ausreichend erlernt hatten. Des Weiteren bestand für die jungen Menschen die Möglichkeit, an Computerkursen teilzunehmen, Beratungsgespräche wahrzunehmen oder je nach individueller Voraussetzung auch einen entsprechenden Schulabschluss nachzuholen.

3. Zielgruppe

Das Projekt BauStellen richtete sich an junge Menschen im Alter von ca. 16 bis 21 Jahren, die gleichzeitig von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit betroffen waren. Es sollten dabei vor allem junge Menschen erreicht werden, die ihren Lebensmittelpunkt auf die Straße oder in ungesicherte Wohnverhältnisse verlegt und die Schule oder Ausbildung abgebrochen hatten und damit Gefahr liefen, den Anschluss an das bestehende Hilfesystem zu verlieren.

4. Umsetzung, Rahmenbedingungen

Die Gesamtfinanzierung war für die vorgesehene Projektlaufzeit von zwei Jahren gesichert und deckte sich über einen Zuschuss der „Stiftung Deutsche Behindertenhilfe - Aktion Mensch e.V.“, Mittel der Landesstiftung, Eigenmittel und den mit dem Landeswohlfahrtsverband Baden verhandelten Tagespflegesatz ab. Der Zuschuss der Stiftung „Aktion Mensch e. V.“ ist für die nächsten 25 Jahre zweckgebunden, was sich positiv auf die Nachhaltigkeit des Projektes auswirkt. Inventargegenstände, technische Geräte u. Ä. wurden durch die Akquise weiterer Spenden finanziert.

Das Personal bestand aus einer Einrichtungsleitung, einem Fachdienst und drei weiteren Mitarbeitenden, die für den Gruppendienst zuständig waren. Alle drei Fachkräfte des Gruppendienstes verfügten neben ihrer pädagogischen Ausbildung über eine handwerkliche Qualifikation. Durch das geschlechtergemischte Team sollte ein geschlechtsspezifisches Angebot ermöglicht werden, bei dem sich insbesondere junge Frauen in nicht frauentypischen Berufen erproben konnten. Das Projekt wurde in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen wie beispielsweise dem Sozial- und Jugendamt Freiburg, der Jugendberatung Freiburg e.V. und Freiburger Trägern der Jugend- und Wohnungslosenhilfe durchgeführt.

5. Erfahrungen und Zielerreichung

Aus fachlicher Sicht lässt sich festhalten, dass alle Jugendlichen von der Tagesstrukturierung durch das gemeinsame Arbeiten profitiert

Ziel des Projektes war es dabei unter anderem, den sich gegenseitig bedingenden Kreislauf von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit aufzulösen.

haben, allerdings mussten je nach individueller Vorgeschichte sehr unterschiedliche Ziele und Intensitäten festgelegt werden. Es gab bei allen BewohnerInnen Motivationsschwankungen, die ein kontinuierliches Arbeiten erschwert haben. Diese Schwankungen hängen in erster Linie mit den multiplen Problemlagen der BewohnerInnen zusammen, die von Suchtproblemen, Delinquenz, Verschuldung, Gewaltbereitschaft, psychischen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zur Verwahrlosung reichen. Daher musste das Angebot sehr niedrigschwellig gestaltet werden, um nicht an den Realitäten der Zielgruppe vorbei zu arbeiten, aber gleichzeitig noch erreichbare Anforderungen für die BewohnerInnen zu schaffen. Insgesamt lässt sich in Bezug auf das gemeinsame Arbeiten festhalten, dass das Angebot weit unterhalb einer beruflichen Qualifizierung anzusiedeln ist, dieses aber den jungen Menschen wieder das Gefühl ermöglichte, sich als kompetent, nützlich und produktiv zu erleben (zudem ist bei den Bauarbeiten das Ergebnis der eigenen Arbeit sofort sichtbar), auch wenn die jungen Menschen dieses Angebot nicht in dem ursprünglich erwarteten Ausmaß nutzten. So konnte das Ziel auf einen geordneten Tagesrhythmus nur teilweise erreicht werden, und entsprechend ist die Berufsreife bei manchen BewohnerInnen nur bedingt vorhanden – dieses Ergebnis muss allerdings vor dem Hintergrund unterschiedlich langer „Straßenkarrieren“ gesehen werden.

Auf anderen Ebenen gab es größere „Erfolge“: Die Schuldenregulierung ist bei allen Jugendlichen, die sich am Projekt beteiligt haben, sehr positiv verlaufen, d.h. alle haben sich diesem Problem gestellt und mit Hilfe der pädagogischen Fachkräfte einen Tilgungsplan entworfen, die Gläubiger angeschrieben sowie Ratenzahlungen getätigt. Alle BewohnerInnen waren sehr froh um die professionelle Hilfe und sind nach wie vor sehr motiviert, den Schuldenberg aus ihrer Vergangenheit aufzuarbeiten. Die pädagogische Arbeit zielte entsprechend nicht nur auf die Aufarbeitung, sondern auch auf die Geldeinteilung in der Gegenwart, da die meisten bisher nicht gelernt haben, ihre finanziellen Mittel planvoll einzusetzen. Auch hier werden die Erfolge immer deutlicher sichtbar, ebenso darin, dass so gut wie keine neuen Schulden mehr hinzugekommen sind.

Auch die Hilfe bei Ämter- und Behördengängen, bei Gerichtsangelegenheiten oder mit der Polizei wurden von den BewohnerInnen sehr stark eingefordert und genutzt, was deutlich macht, dass sie mit bürokratischen Formalien mehrheitlich überfordert sind. Für viele BewohnerInnen war die Hilfe bei ganz alltagspraktischen Aufgaben, wie z.B. Putzen, Einkaufen, Abwaschen etc. erforderlich und nützlich, da sie diese Kompetenzen aufgrund ihrer Biographie nur ungenügend erlernt haben. Hier konnten wertvolle Fortschritte erzielt werden. Ebenso konnten die jungen Menschen darin bestärkt werden, auch

Sehr deutlich wurde auch, dass sich alle BewohnerInnen im Verlauf des Projektes immer stärker von „der Straße“ abgegrenzt und sich neue Lebensweisen angeeignet haben.

unangenehme Termine, wie z.B. Gerichtsvorladungen, Gläubigern, beim Jugendamt etc. wahrzunehmen und sich den Problemen der Vergangenheit zu stellen. Sehr deutlich wurde auch, dass sich alle BewohnerInnen im Verlauf des Projektes immer stärker von „der Straße“ abgegrenzt und sich neue Lebensweisen angeeignet haben.

6. Nachhaltigkeit, Ausblick

Den jungen Menschen gegenüber kann zum Abschluss das Versprechen eingelöst werden, dass sie nach Beendigung der Maßnahme die neu erbauten Wohnungen als selbständig oder weiterhin pädagogisch begleitete MieterInnen beziehen können. Damit wird ihre Wohnraumversorgung nachhaltig gesichert und gleichzeitig die Basis für eine gesellschaftliche und berufliche Reintegration geschaffen. Da die Mehrheit der BewohnerInnen auch nach Abschluss der Jugendhilfe weiterer Betreuung bedarf (wenn auch in geringerem Umfang wie bisher), wird die Mehrzahl der Wohnplätze in ein Betreutes Wohnen für Erwachsene nach § 67 SGB XII überführt werden. Damit ist für diese Gruppe der Bereich der Wohnraumversorgung nachhaltig gesichert und die Grundlage für alle aufbauenden Entwicklungsschritte geschaffen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass alle BewohnerInnen ihre Sesshaftwerdung, ihre Tagesstruktur, ihr Durchhaltevermögen, ihr Vertrauen in die Erwachsenenwelt, ihre persönliche Stabilisierung und ihre soziale Integration deutlich weiterentwickelt haben und dadurch auf einem guten Weg sind, ihr Leben selbständig zu gestalten. Dies ist als Erfolg der Jugendhilfemaßnahme zu sehen; auch wenn manche der BewohnerInnen noch keine Berufsreife vorweisen, so haben sie doch zumindest die Basis für eine nachhaltige Integration geschaffen, von der sie zuvor auf der Straße sehr weit entfernt waren.

7. Träger

Diakonieverein beim Diakonischen Werk Freiburg e.V.
Schwarzwaldstraße 24
79102 Freiburg

G. Projekt „Niedrigschwellige Übergangswohnmöglichkeit für junge Erwachsene in besonderen Lebenslagen“ in Konstanz

1. Ausgangslage

Zu Projektbeginn bestand in Konstanz eine durchschnittlich 20 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 17 bis 25 Jahren umfassende, seit Jahren in Konstanz lebende Innenstadt-Szene, die sich überwiegend dem Punk-Lebensstil zuordnen lässt.

Die Schuldenregulierung ist bei allen Jugendlichen, die sich am Projekt beteiligt haben, sehr positiv verlaufen.

[Übergangswohnmöglichkeit]

In der kontinuierlichen Betreuung durch die Mobile Jugendarbeit der Stadt Konstanz zeigte sich, dass viele dieser jungen Erwachsenen in unterschiedlichen Lebensphasen immer wieder wesentliche Veränderungen ihrer Lebenssituation anstrebten.

Problemlagen und Hilfebedarfe dieses Personenkreises ließen und lassen sich folgendermaßen beschreiben:

- › belastete Biographie (Gewalterfahrungen in familialen und partnerschaftlichen Beziehungen, Beziehungsabbrüche, Heim-/Psychiatrie-/JVA-Erfahrungen, Aufwachsen ohne stabile Familie),
- › früher Einstieg in ein Leben außerhalb von Familie und Arbeitswelt („Straßenkarriere“),
- › kein stabiler Wohnsitz,
- › wenig persönlicher Besitz,
- › längere Zeiten ohne strukturierten Tagesablauf; kein Schulabschluss bzw. keine abgeschlossene Ausbildung; „Lücken im Lebenslauf“,
- › Delinquenzbelastung: laufende Strafverfahren und Bewährungsungen,
- › Konsum von legalen und illegalen Drogen, z.T. verbunden mit Abhängigkeiten und „Abstürzen“,
- › schlechter Gesundheitszustand in Verbindung mit mangelnden Möglichkeiten der Grundversorgung (gesunde Ernährung, saubere/warme Kleidung, Hygiene),
- › zugespitzte finanzielle Situation: Abhängigkeit von Hilfe zum Lebensunterhalt; Schulden bzw. offene Geldbußen,
- › Versorgung von einem oder mehreren Hund/en
- › wenig Freizeitmöglichkeiten und Erlebnisräume.

In der kontinuierlichen Betreuung durch die Mobile Jugendarbeit der Stadt Konstanz zeigte sich, dass viele dieser jungen Erwachsenen in unterschiedlichen Lebensphasen immer wieder wesentliche Veränderungen ihrer Lebenssituation anstrebten, dabei teilweise klare Ziele (z.B. fester Wohnsitz, geregelte Arbeit oder Ausbildung bzw. Nachholen von Schulabschlüssen) benannten und motiviert waren, diese Ziele auch zu verfolgen.

Um diese Ziele wirklich angehen zu können und eine Veränderung ihrer Lebenssituation zu erreichen, fehlte es aber zum einen an einer kurzfristig zur Verfügung stehenden Wohnmöglichkeit, in der ein besonderer Lebensstil akzeptiert wird, aber auch Regeln des gemeinsamen Zusammenlebens formuliert werden, zum anderen an weitergehender individueller Unterstützung und Betreuung, um die Veränderungsmotivation aufrecht zu erhalten.

2. Ziele

Vor diesem Hintergrund wurde vom Sozial- und Jugendamt Konstanz und dem Verein Familien- und Erziehungshilfe Konstanz e.V. ein Hilfeangebot mit folgenden Zielsetzungen konzipiert:

- › Sicherstellung einer Grundversorgung, die darauf abzielt, die jungen Erwachsenen unabhängig von längerfristigen Veränderungsabsichten in ihrer Lebenssituation so zu stabilisieren (ohne sie darin zu

verfestigen), dass sie weitere Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lebenssituation entwickeln können.

- › Impulse und Ideen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität anzubieten sowie niedrigschwellige Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um erste Schritte umzusetzen oder gar eine grundlegende Umorientierung einzuleiten.

3. Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an junge Erwachsene von 18 bis 26 Jahren, die

- › Ziele wie z.B. Aufnahme einer geregelten Tätigkeit oder Bearbeiten einer Suchtproblematik verfolgen wollen, dazu aber einer Abklärungsphase bedürfen,
- › in einer krisenhaften Zuspitzung ihrer Lebenssituation eine Orientierungsphase einlegen wollen,
- › derzeit in solchen Lebenssituationen zumeist bei anderen jungen Erwachsenen der Szene mit Wohnung Unterschlupf suchen.

4. Zugangsregelung

Der Zugang zur Hilfe erfolgt ausschließlich über zwei Wege:

1. Mobile Jugendarbeit (MJA)
2. Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)

ASD und MJA informieren sich in allen Fällen gegenseitig, um sicher zu stellen, dass in jedem Fall auch immer alle zur Verfügung stehenden Informationen ausgetauscht werden.

5. Zugangsvoraussetzungen und Aufnahmebedingungen

Die Auswahl der Interessenten für die Übergangswohnmöglichkeit soll niedrigschwellig sein. Dies bezieht sich darauf, dass

- › der Aufenthalt von bis zu 2 (eigenen) Hunden pro Person (jedoch nie mehr als drei Hunden gemeinsam) in der Einrichtung sowie deren Übernachtung im Zimmer der jeweiligen HalterInnen möglich ist,
- › die Abstinenz von legalen und illegalen Drogen außerhalb der Einrichtung keine Voraussetzung ist, wobei der verfestigte Konsum von Heroin allerdings als Ausschlusskriterium gilt.

Die Mindestaufenthaltsdauer der jungen Erwachsenen in Konstanz vor Aufnahme in die Einrichtung soll 6 Monate betragen. Als weitere Aufnahmebedingungen sollen die jungen Erwachsenen bereit und in der Lage sein, ihr Einverständnis mit den Regeln zu erklären, denen das Wohnen in der Einrichtung unterliegt:

- › keine Gewaltanwendung in der Einrichtung
- › kein Konsum illegaler und kein Missbrauch legaler Drogen in der Einrichtung
- › keine Übernachtung von Gästen.

Des Weiteren sollen sie

- › eine aufsuchende Betreuung akzeptieren, die in einem vereinbarten zeitlichen Turnus stattfindet und
- › mit diesen BetreuerInnen Zielformulierungen erarbeiten, die der Problemlösung und Wiederverselbständigung dienen.

6. Aufgaben und Ziele der Hilfeleistung

- › Abklärung – warum bin ich hier?: Es soll geklärt werden, wie es zu der aktuellen Situation gekommen ist, d.h. ein Stück weit Ursachenforschung und Biographiearbeit geleistet werden.
- › Perspektive – was will ich tun?: Es soll zur (Wieder-)Aufnahme einer geregelten Arbeit, einer Ausbildung oder auch zur intensiven Bearbeitung einer Suchtproblematik motiviert werden. Es sollen längerfristige Lebensperspektiven erarbeitet werden.
- › Autonomie – wie schaffe ich es alleine?: Die Übernahme von Selbstverantwortung soll unterstützt werden. Die Fähigkeit zu vorausschauendem Planen und zum schrittweisen Realisieren von Teilschritten unter Aufrechterhaltung eines gesetzten Zieles soll entwickelt und verstärkt werden.
- › Regeln und Strukturen: Es soll Hilfestellung beim (Wieder-)Erwerb eines konstruktiven Umgangs mit Alltagsanforderungen und Regeln geleistet werden. Ziel ist der Aufbau von Regelmäßigkeit und Strukturiertheit (verantwortlicher Umgang mit Geld, Routine in der Selbstversorgung, geregelter Tagesablauf, Einhaltung von Terminen und Zeitvorgaben etc.).

7. Rahmenbedingungen

Mieter der zur Betreuung erforderlichen Wohnung ist der Verein für Familien- und Erziehungshilfe Konstanz e.V. Das Mietverhältnis mit den BewohnerInnen wird über einen befristeten Mietvertrag für möblierten Wohnraum geregelt.

Die Miete als Bestandteil des Lebensunterhaltes wird vom Sozial- und Jugendamt über die Jugendhilfe (§ 13, 3, SGB VIII) direkt an den Verein gezahlt. Ein möglicher Mietausfall (leerstehende Räume bei weiterlaufenden Kosten) wird über Projektmittel des Sozial- und Jugendamtes sichergestellt.

Die Erstausrüstung und die notwendigen Ersatzbeschaffungen werden ebenfalls über Projektmittel des Sozial- und Jugendamtes finanziert. Der notwendige Lebensunterhalt der jungen Menschen wird vom Sozial- und Jugendamt über die Jugendhilfe (§ 13, 3 SGB VIII) direkt an sie ausbezahlt. Die Wohnung besteht aus drei möblierten Zimmern, wobei ein Zimmer als Aufenthaltsraum genutzt wird, sowie Küche und Bad. Der Spielraum zur Einrichtung nach persönlichen Bedürfnissen ist sehr eng gefasst, um von Vorneherein zu dokumentieren, dass ein Wohnen auf Dauer konzeptionell nicht gewollt ist.

Die Erstausrüstung und die notwendigen Ersatzbeschaffungen werden ebenfalls über Projektmittel des Sozial- und Jugendamtes finanziert.

8. Erfahrungen und Nachhaltigkeit

Das Angebot hat sich bewährt, um jungen Erwachsenen in sehr schwierigen Lebenslagen als „Sprungbrett“ zu wesentlichen Veränderungen in ihrem Leben zu dienen. Beispielsweise konnten 80% der im Projekt begleiteten Personen bei Projektende eigenen Wohnraum beziehen und gingen einer Tätigkeit nach (meistens 1,50-Euro-Jobs). Auch nach über drei Jahren nach Ende der Hilfe haben sich die ersten beiden im Projekt geförderten jungen Erwachsenen auf deutlich höherem Niveau stabilisiert. Beide verfügen über einen stabilen Wohnsitz sowie Beschäftigung und die während des Projekts erreichten zentralen Ziele, dauerhafte Heroin-Abstinenz (in einem Fall) und das Erlangen und Durchhalten einer Ausbildung (im zweiten Fall), werden weiterhin eingehalten.

Die größte Spannung im Hilfeprozess entsteht aus dem Merkmal der Konzeption, dass sie einerseits stark am Freiwilligkeitsprinzip orientiert ist, andererseits aber Kontinuität und Verbindlichkeit bei der Inanspruchnahme der Betreuung von den jungen Erwachsenen einfordert. Das Freiwilligkeitsprinzip als Leitorientierung wird hinsichtlich der Lebenslage der jungen Erwachsenen weiterhin als wichtig erachtet. Nur so kann am besten gewährleistet werden, dass sie die Verantwortung für das Gelingen der angestrebten Veränderungen nicht abgeben. Vom Betreuer verlangt diese Konzeption besonders in der ersten Phase viel Fingerspitzengefühl, denn in allen Fällen hat sich gezeigt, dass nach dem Einzug in die Wohnung erst eine kurze Phase des „Ausruhens“ folgte, bevor dann die gesetzten Ziele erreicht werden konnten.

Die zuerst konzipierte Verweildauer von drei Monaten wurde dahingehend verändert, den Zeitraum der Hilfe im Einzelfall auf maximal sechs Monate zu erweitern. Um den Clearing- und Sprungbrettcharakter der Hilfe zu erhalten, soll jedoch zunächst immer nur ein dreimonatiger Aufenthalt geplant werden, der dann nach einem erneuten Hilfeplangespräch bei Bedarf um bis zu maximal drei Monate verlängert werden kann. Dies wurde aus zwei Gründen als notwendig erachtet:

- › Nach einer langen Zeit des unstrukturierten Lebens benötigten die jungen Erwachsenen länger als erwartet, um die jeweils formulierten Ziele zu verfolgen, und so müssen sehr kleine Schritte gewählt werden. Auch die Beziehung zum betreuenden Mitarbeiter des Vereins, die die jungen Erwachsenen als sehr hilfreich beschrieben, wurde behutsam schrittweise aufgebaut.
- › Das in jedem Fall verfolgte Ziel, eine anschließende Wohnmöglichkeit zu finden, ist aufgrund des derzeit wieder sehr angespannten Wohnungsmarkts in Konstanz in drei Monaten in der Regel nicht zu verwirklichen.

Im Projektzeitraum wurde auch deutlich, dass das Angebot auch für eine größer werdende Gruppe junger Erwachsener erfolgreich sein könnte, die

- › faktisch wohnungslos sind, obwohl sie noch bei ihren Eltern polizeilich gemeldet sind, weil sie wegen massiver Konflikte dort dauerhaft nicht mehr wohnen, sondern bei FreundInnen oder PartnerInnen übernachten.
- › bei ihren Eltern unter schwierigen Bedingungen wohnen, die ihre persönliche Entwicklung stark beeinträchtigen (insbesondere Gewalterfahrungen bzw. sehr beengte Wohnverhältnisse), aus denen sie sich aber nicht selbständig lösen können.

9. Ausblick

Die Konzeption in der bisherigen Form hat sich bewährt, um für die benannten Zielgruppen die formulierten Ziele zu erreichen. Da auch über die bisher seit Beginn des Projektes am 15.01.2003 in der Übergangswohnung betreuten 9 jungen Menschen, davon 5 männlich und 4 weiblich, weiterhin Bedarf besteht, ist angestrebt, das Angebot nach § 13 Abs. 3 SGB VIII als festen Bestandteil der Jugendhilfe in Konstanz zu etablieren. Nach den bisherigen Erfahrungen entstehen der Jugendhilfe monatliche Kosten in Höhe von ca. 1.200 € (eine Heimunterbringung kostet demgegenüber monatlich ca. 3.500 €).

10. AnsprechpartnerInnen

Christian Lipski
Verein für Familien- und Erziehungshilfe Konstanz e.V.
Katzgasse 6, 78462 Konstanz
Tel.: 07531-29102
E-Mail: mail@familienhilfe-konstanz.de

Alfred Kaufmann
Sozial- und Jugendamt der Stadt Konstanz, Jugendhilfeplanung
Benediktinerplatz 2, 78467 Konstanz
Tel.: 07531-900-478
E-Mail: KaufmannA@stadt.konstanz.de

Stefanie Ehrlich
Sozial- und Jugendamt der Stadt Konstanz, Mobile Jugendarbeit
Magdeburger Straße 20, 78467 Konstanz
Tel.: 07531-73186
E-Mail: mobile-jugendarbeit@stadt.konstanz.de

[Schulverweigerer]

H. Projekt „Schulverweigerer und Schulschwänzer“ in Reutlingen

1. Projektkurzbeschreibung und die Ausgangslage für die Projektidee

Seit Juni 2003 wurde das Projekt „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“ im Auftrag der Landesstiftung Baden-Württemberg von ridaf Reutlingen gGmbH durchgeführt.

In enger Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt Reutlingen, dem Kreisjugendamt Reutlingen, den Schulen im Landkreis und den Eltern und Kindern, sollten schulmüde Jugendliche motiviert werden, wieder in die Schule zu gehen.

Die Ausgangslage für die Projektidee war, dass weder Jugendhilfe noch Schule im Rahmen ihrer Möglichkeiten, nach Einleitung aller bisher üblichen Maßnahmen, die SchülerInnen bzw. ihre Eltern so erreichen konnten, dass die SchülerInnen nach längerer Abwesenheit wieder die Schule besuchten. Schulamt und Jugendamt setzten sich mit verschiedenen freien Trägern zu gemeinsamen Überlegungen zusammen, wie dieser Problematik weiter nachgegangen werden könnte. Dabei waren drei Arbeitsschwerpunkte als vorrangig erkannt worden:

- › Prävention von Schulverweigerung
- › Krisenintervention
- › Vernetzung mit anderen Beteiligten.

Im Falle der Aufnahme einer/s SchülerIn in das Projekt laufen verschiedene Stufen der Krisenintervention ab. Zu Beginn steht die Aktivierung des Informationsflusses bzw. einer gestörten Kommunikation zwischen dem/der SchülerIn, der Familie und der für den Schulbesuch relevanten Stellen und Personen. In einem weiteren Schritt wird durch aufsuchende Arbeit die Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit mit der Familie, dem/der SchülerIn und dem Projektmitarbeiter hergestellt. Je nachdem, ob ein Zugang zu dem/der SchülerIn möglich ist und die Problemstellung es zulässt, wird der/die SchülerIn über einen mehrmonatigen Zeitraum durch den Projektmitarbeiter begleitet. Sofern weiterführende Maßnahmen notwendig sind, übernimmt der Projektmitarbeiter eine Brückenfunktion und vermittelt z.B. an freie TherapeutInnen, Erziehungsberatungsstellen u.a..

Bei einem Großteil der Fälle im Projekt ist auffällig, dass die Schulen enorme Probleme haben, die Familien in irgendeiner Form zu erreichen. In den meisten Fällen geht diese Tatsache mit problematischen Kommunikationsstrukturen innerhalb der Familien einher.

In der Regel startet das Projekt über die reine Kommunikation hinaus einen Prozess, in dem herausgearbeitet werden soll, wo die Ursachen für eine Schulverweigerung liegen könnten. Seitens des Projektes wird

Um den Clearing- und Sprungbrettcharakter der Hilfe zu erhalten, soll jedoch zunächst immer nur ein dreimonatiger Aufenthalt geplant werden.

In der Regel handelt es sich um sozial benachteiligte Jugendliche mit einer psychosozialen Problematik im Hintergrund.

nicht grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Schwierigkeiten nur bei dem/der SchülerIn und der Familie zu suchen sind. Haben die SchülerInnen Probleme in der Schule z.B. mit LehrerInnen und/oder MitschülerInnen, kann sich der Projektmitarbeiter z.B. in einer Scharnierfunktion verstehen. Haben Eltern mit Migrationshintergrund Schwierigkeiten im Umgang mit dem aus ihrer Sicht fremden Schulsystem ihrer Kinder, kann der Projektmitarbeiter als Vermittler dienen. Einmal in den Kreislauf des Schuleschwänzens geraten, entstehen für die SchülerInnen Hürden und Versagensängste, die sie oftmals selbst nicht überwinden können. Der Projektmitarbeiter versucht in solchen Fällen zusammen mit der Schule, den Wiedereinstieg zu erleichtern. Im Arbeitskreis „Schulverweigerer“ wird die aktuelle Arbeit ausgewertet und der selbst gestellte Arbeitsauftrag dahingehend erweitert, dass im Sinne der Vernetzung verschiedene Gespräche mit anderen Beteiligten geführt werden. Dadurch wird z.B. erreicht, dass die Bußgeldstellen, sofern sie von den Schulen angerufen werden, sehr zeitnah entsprechende Bescheide versenden sowie teilweise auch mit den Familien Kontakt aufnehmen. Außerdem sind die FamilienrichteInnen des Landkreises bereit, relativ frühzeitig Eltern die Folgen ihres Handelns auch von juristischer Seite darzulegen. Die JugendsachbearbeiterInnen der Polizei, die während der normalen Schulbesuchszeiten Jugendliche in der Stadt kontrollieren und sich mit den Schulen rückkoppeln, sind zu einer noch intensiveren Zusammenarbeit bereit.

2. Zielgruppe/Ziele

Die Schule selbst bestimmt, wen sie als SchulverweigerInnen melden. Für das Projekt vorgesehen sind schulpflichtige SchülerInnen, bevorzugt im Alter zwischen 12 und 16 Jahren der Klassenstufen 5 bis 8, die durch aktive Schulabstizienz auffallen. In der Regel handelt es sich um sozial benachteiligte Jugendliche mit einer psychosozialen Problematik im Hintergrund. Oft sind die Schul- und Lebensbiographien schon in jungen Jahren durch eklatante Brüche gekennzeichnet. Die SchülerInnen kommen vornehmlich aus den Förder- und Hauptschulen des Landkreises Reutlingen. Die sozialpädagogischen Ziele variieren mit der Problembelastung, z.B. grundlegende Stabilisierung, Bearbeitung von Lebensproblemen, Strukturierung des Tages oder Steigerung der Gruppenfähigkeit. Schulbezogene Themen und damit verbundene Ziele sind z.B. Motivationsaufbau, Nachholen von Schulstoff, Abschlussreicherung (intern, extern) oder Reintegration. Eine besondere Bedeutung hat die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen.

3. Erfahrungen

Erster Fall (optimal gelöst):

Der 15-jährige Thorsten geht in die 7. Klasse einer Reutlinger Hauptschule. Er fehlte über den Zeitraum von 2,5 Monaten immer wieder

regelmäßig. Der Kontakt von Schule zu Familie ist nicht möglich. Ein Schreiben vom Amt für Schule und Bildung dient als Türöffner in die Familie. In nur zwei Gesprächen mit den Eltern und dem Jugendlichen werden die Eltern über die aktuelle Schulsituation von Thorsten informiert, und es wird reflektiert, dass der Schulbesuch als Voraussetzung für einen Übergang von Schule zu Ausbildung und Beruf notwendig ist. Mit der Schule wurde abgesprochen, die Monatskarte nur beim Erscheinen des Schülers auszuhändigen. Von dem Zeitpunkt an kam der Schüler wieder regelmäßig in die Schule.

Bei fast allen Fällen von Schulverweigerung ist auffällig, dass die Schulen (manchmal auch die Jugendhilfe) enorme Probleme haben, die Familien zu erreichen, was in vielen Fällen mit problematischen Kommunikationsstrukturen innerhalb der Familien selbst einhergeht. Deswegen ist einer der ersten Schritte, alle zu kontaktieren und aufzusuchen, die für das Thema Schulbesuch relevant sind (Schule = KlassenlehrerIn/SchulleiterIn und Schulsozialarbeit, Kreisjugendamt = ASD, Familie = Eltern + SchülerIn), um eine möglichst funktionierende Kommunikation zu gewährleisten. Dadurch werden einige Schlupflöcher für die Familien oder die SchülerInnen geschlossen. Im besten Fall genügt dies bereits, um SchülerInnen wieder zum Schulbesuch zu bewegen.

Zweiter Fall (in der Regel):

Die 16-jährige Saskia geht in die 8. Klasse einer Reutlinger Hauptschule (Problematik: Alter und Integration in der Klasse). Sie fehlt immer wieder über längere Zeiten, zum Schluss über 3 Monate. Die Schule hat keine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit der Mutter. Gesprächsangebote, Kontaktversuche per Telefon, Briefe und Hausbesuche werden nicht erwidert, auch bei Bußgeld gibt es keine Reaktion. Der Türöffner ist ein Schreiben vom Amt für Schule und Bildung und die Mitarbeiterin des Allgemeinen Sozialen Dienstes, die bereits einen Kontakt zur Familie hatte. Es muss über einen längeren Zeitraum (2 bis 3 Monate) durch regelmäßige Besuche und Gesprächsangebote Vertrauen aufgebaut werden, bis Saskia bzw. die allein erziehende Mutter bereit sind, sich relevanten Themen zu stellen. Es besteht ein unklares Rollenverhältnis Tochter/Mutter. Der Tochter gelingt es dabei immer wieder, die Mutter so unter Druck zu setzen, dass sie Entschuldigungen schreibt, wenn sie nicht in die Schule will. Inzwischen hat ein Kreislauf eingesetzt: Die lange Abwesenheit von der Schule bedeutet große Lücken, dass heißt wiederum Angst vor Versagen in der Schule und allgemeine Angst, was sagen die LehrerInnen, was sagen die MitschülerInnen. Diese Hürde darf nicht unterschätzt werden. Von Seiten der Schule ist ein Signal, dass der/die SchülerIn erwünscht ist, enorm wichtig, um Brücken offen zu halten. Um die Dynamiken und Verstrickungen zu entzerren, erweist sich eine Kooperation mit z.B.

Der Türöffner ist ein Schreiben vom Amt für Schule und Bildung und die Mitarbeiterin des Allgemeinen Sozialen Dienstes.

der Erziehungsberatungsstelle als sehr wichtig. In diesem Fall schlägt der ASD Saskia und ihrer Mutter vor, eine familientherapeutische Begleitung anzunehmen, um intensiver an ihren Themen arbeiten zu können. Nach insgesamt 7 Monaten Fehlzeit in der Schule gelingt es, mit Saskia zu vereinbaren, dass sie am Morgen mit Begleitung in die Schule geht. Nach drei Wochen gibt es wieder ein paar Tage Fehlzeiten, ohne dass etwas Offensichtliches passiert ist, und erst nach erneuter Begleitung geht sie wieder in die Schule.

Dritter Fall („vergebliche Liebesmühe“):

Bei dem 16-jährigen Schüler Nicola in der neunten Klasse einer Sonderschule stellt sich heraus, dass er auf die „Zeitkarte“ setzt: Er weiß genau, dass seine Schulpflicht mit 16 Jahren bzw. dem Ende der 9. Klasse endet. Hinzu kommt, dass seine Eltern als „Kommunikationsprofis“ bezeichnet werden können. Alle Versuche, mit pädagogischen Gesprächen auf die Familie einzuwirken, laufen ins Leere. Absprachen werden unterlaufen und manipuliert. Aus Sicht des Projektmitarbeiters gibt es keine Möglichkeit, auf die Situation einzuwirken. Grundsätzlich problematisch ist die Tatsache, dass viele SchülerInnen erst zum Projekt gelangen, wenn sie schon relativ alt sind (in vier Fällen 16 Jahre) und das Ende der Schulpflicht abzusehen ist. Eine Reintegration in die Schule zu einem Zeitpunkt, an dem die Orientierung des/der Jugendlichen aufgrund von Alter und Klassenstufe von der Schule weggeht, gestaltet sich perspektivisch grundsätzlich schwerer als bei jüngeren SchülerInnen in niedrigeren Klassenstufen.

Statistik (für den Zeitraum 20. Juli 2003 – 03. August 2006)

Bisher waren 31 SchülerInnen im Projekt, davon 19 männliche und 12 weibliche. 16 Jugendliche kamen aus der Hauptschule, 13 aus der Sonderschule und einer aus dem Gymnasium. Die durchschnittliche Dauer der Maßnahme lag bei 6,2 Monaten (gemessen an 23 SchülerInnen). Bei Projekteinstieg waren die Jugendlichen im Durchschnitt 13,8 Jahre alt (gemessen an 30 SchülerInnen). 18 Jugendliche kamen aus Familien mit Migrationshintergrund. Bei zwei SchülerInnen musste die Teilnahme am Projekt abgebrochen werden.

Das Projekt „Schulverweigerer“ wird mittlerweile auch ohne Förderung der Landesstiftung im selben Umfang weitergeführt. Alle beteiligten PartnerInnen sind sich über die Notwendigkeit sowie der Effektivität der Arbeit einig. So konnten Gelder akquiriert werden, die die Finanzierung voraussichtlich bis zumindest Dezember 2007 sichern.

Das Projekt „Schulverweigerer“ wird mittlerweile auch ohne Förderung der Landesstiftung im selben Umfang weitergeführt.

[Lern- und Erlebensorte]

3. Ansprechpartner

Nezam Al Jaru
Rommelsbacherstr.1, 72760 Reutlingen
Tel.: 07121 / 340541
E-Mail: n.aljaru@ridaf.org

Axel Kerll
Ringelbachstr.195, 72762 Reutlingen
Tel.: 07121 / 2676-0
E-Mail: a.kerll@ridaf.org

I. „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ der Jugendberufshilfe Future in Göppingen

1. Projektbeschreibung

Das Projekt „Chancen durch Gestaltung individueller Lern- und Erlebensorte“ begleitete junge Menschen, die sich seit längerer Zeit dem bestehenden Schulkontext entzogen haben. Die pädagogische Vorgehensweise gliederte sich in mehrere Module:

1.1 Zugang schaffen zur Zielgruppe

Durch Kooperation mit den beteiligten Schulen, dem Jugendamt, dem Schulamt und den Trägern der Jugendsozialarbeit sowie mit einer Präsenz in der Lebenswelt der Jugendlichen wurde ein Zugang zur Zielgruppe geschaffen. Auf bereits bestehende Kontakte zu Netzwerken und Schulen sowie auf bisherige Erfahrungen aufsuchender Sozialarbeit und damit verbunden informellen Wegen konnte zurückgegriffen werden.

1.2 Beziehungsaufbau – freizeit- und kulturpädagogische Angebote

Es wurde davon ausgegangen, dass bereits negativ besetzte Erfahrungen der Zielgruppe mit PädagogInnen gegeben waren, die es nötig machten, weiterführende Angebote des Projekts in den freizeit- und kulturpädagogischen Bereich zu legen, um diese Erfahrungen und die damit verbundenen erlernten Handlungsmuster zu durchbrechen und einen Beziehungsaufbau von SchülerInnen und Pädagogin zu ermöglichen. Hierbei wurde an den Ressourcen und Stärken der Einzelnen angesetzt.

Diese Angebote dienten ebenfalls dazu, eine verlässliche Tagesstruktur in Form einer Ganztagesbetreuung zu installieren sowie mit den Aktionen verbundene Gesprächsforen zu schaffen. Die gemeinsamen Erlebnisse ermöglichten eine ungezwungener und angstfreie At-

mosphäre, in der auch die Familiensituation, die bisherige Schullaufbahn, Zukunftsvorstellungen, Wünsche, Träume etc. der Jugendlichen thematisiert werden konnten.

Dieses Projektmodul fand hauptsächlich im Einzelkontakt statt. Nur teilweise konnten Gruppen gebildet werden, wenn die Altersstruktur passte und ein ähnlicher biographischer Hintergrund festzustellen war.

1.3 Individuelle schulische Angebote

Für die Zielgruppe wurde ein sehr differenziertes schulisches Angebot in Kooperation mit der beteiligten Schule ausgearbeitet. Je nach Zielformulierung, die entweder eine Schulfremdenprüfung oder eine Rückführung in die Klasse darstellte, wurde im Einzel- bzw. Kleingruppenkontext der aktuelle Lernstoff wiederholt und weiter vermittelt. Das Hauptaugenmerk lag auf kurzfristigen Erfolgserlebnissen. So konnte an den vorhandenen Leistungen/Stärken angesetzt und die Defizite individuell ausgeglichen werden.

Zudem wurde für SchülerInnen, deren Ziel eine Ausbildung war, die Möglichkeit eines Praktikums in Ausbildungsbetrieben geboten, in dem die Jugendlichen sozialpädagogisch begleitet wurden. Wichtig war in diesem Zusammenhang der kontinuierliche Kontakt zu den betreuenden LehrerInnen der Schule. Mit Hilfe der Sozialpädagogin sollten Denk- und Verhaltensmuster seitens der Schule und der SchülerInnen verändert werden, um die Rückkehr an die Schule zu ermöglichen und Voraussetzungen für eine positive Lernumwelt zu schaffen. Hierbei waren „Verletzungen“ auf beiden Seiten zu heilen. Es galt, wieder eine gemeinsame Gesprächsbasis zu finden und auch in der Wahrnehmung des Lehrpersonals neue Chancen für die SchülerInnen zu eröffnen. Außerdem war der Prozess der Reintegration in kleinen Schritten zu denken, da die positive Eingliederung der SchülerInnen in den bestehenden Klassenverband Geduld erforderte.

1.4 Angebote zur beruflichen bzw. sozialen Integration

In diesem Bereich wurden unterstützende Hilfen zur beruflichen bzw. sozialen und somit gesellschaftlichen Integration auf breiter Ebene angestrebt. In enger Kooperation mit der Berufsberatung der Agentur für Arbeit Göppingen konnte in den meisten Fällen eine realistische Berufswahl für die Jugendlichen erarbeitet werden. Hierbei galt es für die Jugendberufshilfe „Future“, lebensnahe und praktische Unterstützung im Prozess des Bewerbungsverfahrens (mögliche Praktikums- und Ausbildungsplatzstellen, Bewerbung schreiben, Vorstellungsgespräch, Bus- bzw. Zugverbindungen, etc.) zu bieten. Es sollten aber auch unter Einbezug eines Theaterpädagogen Alltagssituationen geübt werden, wie z.B. um Auskunft bitten, sich entsprechend der

„Die Beziehung zu den Jugendlichen ist oftmals sehr lose und von Überforderung oder Resignation geprägt.“

Situation zu verhalten bzw. sich zu kleiden (Outfit), Telefongespräche führen, Gespräche führen über aktuelle Themen, Benehmen bei Tisch, das Wirken der Körpersprache, etc.

Dieses Angebot unterstützte die Gewinnung von Selbstsicherheit und Selbstbewusstsein der Jugendlichen und eine Sensibilisierung im Umgang miteinander.

1.5 Vernetzung und Kooperation

Im Übergang Schule – Beruf besteht die Notwendigkeit einer Schaffung vernetzter Strukturen und vieler Kooperationen. Für das Projekt konnte auf bewährte Kooperationsstrukturen mit Schulen, dem Jugendamt und dem staatlichem Schulamt zurückgegriffen werden. Der Vorgehensweise lag die Methodik des Casemanagements zu Grunde. Der wichtigste Kooperationspartner in diesem Projekt war das örtliche Jugendamt. Im Einzelfall wurden die Ziele, Maßnahmen und Vorgehensweisen in den regelmäßigen stattfindenden Kontakten besprochen.

1.6 Elternarbeit

Bei Jugendlichen, die die Schule verweigern, sind in nahezu allen Fällen schwierige Lebensumstände im Familienverband vorhanden. Häufig sind die Eltern selbst sehr problembelastet und kommen mit den Anforderungen ihrer momentanen Lebenssituation nicht zurecht. Die Beziehung zu den Jugendlichen ist oftmals sehr lose und von Überforderung oder Resignation geprägt. Schule ist für diese Eltern ein Reizwort. Den Eltern wird immer wieder deutlich gemacht bzw. sie geben sich selbst das Gefühl, ihre Erziehungsaufgabe nicht in vollem Umfang wahrgenommen zu haben. Hierbei müssen u.a. auch kulturelle Unterschiede berücksichtigt werden. Elternarbeit erfordert Empathiefähigkeit und viel Zeit. Es gilt die Erziehungsfähigkeit der Eltern zu stärken und vor allem den Beziehungsaufbau zum Kind/Jugendlichen wieder zu begleiten.

2. Ausgangslage für die Projektidee

SchülerInnen, die aufgrund ständiger Konfliktsituationen mit den LehrerInnen oder aus anderen vielfältigen Gründen die Schule verweigern, werden sehr früh mit Scheiter- und Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert. Diese können sich durch die gesamte Sozialisation ziehen und gipfeln in Versagens- bzw. Zukunftsängsten, Rückzug und Isolation, gesellschaftlicher Marginalisierung und existenziellen Schwierigkeiten in der allgemeinen Lebensbewältigung verbunden mit der späteren Gefahr von Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Krankheit und Drogenmissbrauch.

Anfragen seitens der Schulen belegen, dass ein großer Bedarf an unterstützenden sozialpädagogischen Angeboten gegeben ist, vor allem auch im präventiven Bereich, um schwierige SchülerInnen im

Klassenverband zu halten und das Ziel des Schulabschlusses realisieren zu können.

Das Projekt der Landesstiftung „Hilfen für Schulverweigerer und Straßenkinder“ bot Chancen, jungen schulfernen SchülerInnen Perspektiven zu bieten, die individuell auf die Bedürfnisse und Kompetenzen abgestimmt sind.

3. Ziele

Die Ziele des Projekts bestehen im Wesentlichen in der Stärkung des Selbstwertgefühls der SchülerInnen, dem Erlangen sozialverträglicher Handlungsstrategien, dem Abbau von Aggression und Gewaltbereitschaft, einem regelmäßigen Schulbesuch, Integration im Schul- bzw. Klassenverband, Verbesserung der Kommunikationsstrukturen und Vermittlung zwischen Elternhaus, SchülerInnen und LehrerInnen, der Erarbeitung von Zielen im Schuljahr mit dem Hinblick auf einen späteren Beruf, die Entlastung aller Beteiligten, die Vermittlung notwendiger, weiterführender Hilfen (Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung, Sozialpädagogische Familienhilfe, Berufs- bzw. Suchtberatung etc.) und das Verbleiben der SchülerInnen an der Regelschule.

4. Zielgruppe

Das Projekt richtete sich an junge Menschen zwischen 12 und 18 Jahren, die aus unterschiedlichsten Gründen der Schule fernblieben oder durch dissoziales Verhalten auffielen. Die ProjektteilnehmerInnen wurden von den Schulen an die Jugendberufshilfe gemeldet.

5. Umsetzung, Rahmenbedingungen, Erfahrungen

Im Rahmen der Projektumsetzung wurden 35 junge Menschen erfolgreich begleitet und berufliche bzw. schulische Perspektiven eröffnet. Nach Projektbewilligung wurde einigen ausgewählten Schulen im Landkreis die Konzeption vorgestellt. Alle Schulen teilten mit, dass Schulverweigerung ein schwieriges Thema darstellt, das alleine nicht bewältigt werden kann, auch wenn nur Einzelfälle auftraten. Vier kooperierenden Schulen wurde eine Zusage gemacht, um den persönlichen Rahmen nicht zu sprengen.

Die Begleitung der SchülerInnen erfolgte vornehmlich durch aufsuchende Sozialarbeit, auch im Elternhaus. Eine Gruppe von Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren wurde zu einer Lerngemeinschaft zusammengefasst, die jeweils im Frühjahr die Schulfremdenprüfung absolvierten. Während der Projektlaufzeit wurde auch mit einer gesamten Schulklasse gearbeitet, die als unbeschulbar galt. Der Fokus lag auf Sozialem Kompetenztraining. Erstaunlich war, dass der Sozialpädagogin alle Türen zur Sicherstellung des Zugangs zu den SchülerInnen geöffnet wurden. Es konnten ohne große Probleme Unterrichtszeiten

Die Erkenntnisse und Erfahrungen waren für die weitere pädagogische Arbeit unglaublich wertvoll.

genutzt werden, um erste Kontakte herzustellen. Fundierte und breitgefächerte Informationen wurden zur Verfügung gestellt. Diese Kooperationsbereitschaft zeigte, dass diese Form der Unterstützung als notwendig und sinnvoll erachtet wurde.

An dieser Stelle sollte aber nochmals dargestellt werden, welche hohe fachliche Kompetenz für das Projekt notwendig war, um die Komplexität der einzelnen Fälle durchdringen und strukturieren zu können. Das Projekt löste bei der zuständigen Pädagogin ein hohes Maß an Betroffenheit aus, da deutlich wurde, wie tief die Verletzungen bei allen Beteiligten im Einzelfall waren.

Als wichtige Rahmenbedingungen wurden eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung sowie ein hohes Maß an Flexibilität der zuständigen Fachkraft erachtet, da häufig Kriseninterventionen notwendig waren. Ebenso war die Einrichtung einer 24-Stunden-Hotline für die Projektteilnehmenden wichtig, da viele dieser Krisen am Abend oder an den Wochenenden entstanden. Verlässlichkeit, Kontinuität und Mut zu ungewöhnlichen pädagogischen Interventionen sind unabdingbar für junge Menschen und ihr persönliches Umfeld, um neue Handlungs- und Verhaltensstrategien zu erarbeiten.

Das Projekt, das individualisierte, bedarfsgerechte Unterstützung mit einer Geh-Struktur aufwies, gestaltete sich vor allem für junge Menschen mit vielfältigen Problemstellungen als wirkungsvoll und nachhaltig. Alle Beratungsfälle im Laufe dieser zwei Jahre konnten ihre Lebenssituation verbessern. Vor allem die begleitende Elternarbeit und der Netzwerkcharakter des Projekts dienten dazu, verhärtete Fronten zwischen Schule/Elternhaus/SchülerInnen aufzuweichen. Die individuelle Betreuungsform konnte durch die Langfristigkeit über zwei Jahre sehr in die Tiefe gehen.

6. Ausblick

Die Erkenntnisse und Methoden des Projekts wurden in die Gesamtkonzeption der Jugendberufshilfe „Future“ integriert und gelten als wichtiger Bestandteil der Beratungs-, Qualifizierungs- und Bildungsarbeit. Die Erkenntnisse und Erfahrungen waren für die weitere pädagogische Arbeit unglaublich wertvoll.

7. Ansprechpartnerin

Antje Maichl

Jugendberufshilfe „Future“ in Trägerschaft der Bruderhaus Diakonie
Schillerstr. 8, 73033 Göppingen

Tel.: 07161-965817

Fax: 07161-965818

E-Mail: future@bruderhausdiakonie.de

Erstaunlich war, dass der Sozialpädagogin alle Türen zur Sicherstellung des Zugangs zu den SchülerInnen geöffnet wurden.

Schriftenreihe der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg

Lfd. Nr.	Titel	VÖ-Termin
1	1. Wettbewerb Berufliche Schulen – Dokumentation des Wettbewerbs 2002 mit den Preisträgerinnen und Preisträgern	2002
2	Neue Wege der Förderung freiwilligen Engagements von Jugendlichen – Eine Zwischenbilanz zu Modellen in Baden-Württemberg	2003
3	2. Wettbewerb Berufliche Schulen – Dokumentation des Wettbewerbs 2003 mit den Preisträgerinnen und Preisträgern	2003
4	Jugend und verantwortungsvolle Mediennutzung Medien und Persönlichkeitsentwicklung – Dokumentation des Fachtags, 4.12.2003	Januar 2004
5	3. Wettbewerb Berufliche Schulen – Dokumentation des Wettbewerbs 2004 mit den Preisträgerinnen und Preisträgern	November 2004
6	Hochschulzulassung: Auswahlmodelle für die Zukunft – Eine Entscheidungshilfe für die Hochschulen	Februar 2005
7	Faustlos in Kindergärten – Evaluation des Faustlos-Curriculums für den Kindergarten	Dezember 2004
8	Selbstvertrauen stärken – Ausbildungsreife verbessern – Dokumentation innovativer Projekte im Berufsvorbereitungsjahr 2001/2002	Januar 2005
9	Dialog Wissenschaft und Öffentlichkeit – Ein Ideenwettbewerb zur Vermittlung von Wissenschaft und Forschung an Kinder und Jugendliche	Januar 2005
10	Bericht zur wissenschaftlichen Evaluation von Jugend und verantwortungsvolle Mediennutzung – Medien u. Pers.entwicklung	Juli 2005
11	Strategische Forschung in Baden-Württemberg	April 2005

Lfd. Nr.	Titel	VÖ-Termin
12	Beruf UND Familie – Wie gestalten wir das UND? – Ein Leitfaden für Praktiker...	September 2005
13	4. Wettbewerb Berufliche Schulen – Dokumentation des Wettbewerbs 2005 mit den Preisträgerinnen und Preisträgern	September 2005
14	Jugend. Werte. Zukunft. – Eine Studie von Dr. Heinz Reinders	Oktober 2005
15	Forschungsprogramm Optische Technologien – Zwischenberichte aus den Forschungsprojekten	September 2005
16	Medienkompetenz vermitteln – Strategien und Evaluation – Das Einsteigerprogramm start und klick! (Be)	Mai 2006
17	Forschungsprogramm Nahrungsmittelsicherheit – Berichte und Ergebnisse aus den Forschungsprojekten	Juni 2006
18	beo – 5. Wettbewerb Berufliche Schulen – Dokumentation des Wettbewerbs 2006 mit den Preisträgerinnen und Preisträgern	August 2006
19	Erfahrungen, die's nicht zu kaufen gibt! – Bildungspotenziale im freiwilligen Engagement junger Menschen – Dokumentation Bad Boll	September 2006
20	Raus aus der Sackgasse! - Dokumentation des Programms „Hilfen für Straßenkinder und Schulverweigerer“	September 2006
21	Förderung der Selbständigkeit und Eigenverantwortung von Menschen mit Behinderung – Projektdokumentation	September 2006
22	Aktionsprogramm Familie – Förderung der Familienbildung – Abschlussdokumentation	September 2006

Die gemeinnützige LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg ist eine der größten Stiftungen in Deutschland. Sie ist die einzige Stiftung, die in außergewöhnlicher Themenbreite dauerhaft, unparteiisch und ausschließlich in die Zukunft Baden-Württembergs investiert – und damit in die Zukunft seiner Bürgerinnen und Bürger.

LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg gGmbH
Im Kaisemer 1
70191 Stuttgart
Telefon +49 (0) 7 11.24 84 76 - 0
Telefax +49 (0) 7 11.24 84 76 - 50
info@landesstiftung-bw.de
www.landesstiftung-bw.de



LANDESSTIFTUNG
Baden - Württemberg

Wir stiften Zukunft